

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Alfred Mechttersheimer

Der militärisch - industrielle  
Komplex in den USA  
und in der  
Bundesrepublik Deutschland

Helga Haftendorn

Militärhilfe als Problem  
deutscher Außenpolitik

B 28/71

10. Juli 1971

Alfred Mechtersheimer, geb. am 13. August 1939 in Neustadt/Weinstraße; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaft in Bonn und am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Diplom-Politologe, Hauptmann und Lehrer für Wehrgeschichte an der Offizierschule der Luftwaffe in München-Neubiberg.

Veröffentlichungen: mehrere Zeitschriftenaufsätze zur Friedensforschung und zu wehrpolitischen Fragen.

Helga Haftendorn, Dr. phil., Jahrgang 1933, Studium der Politischen Wissenschaft, neueren Geschichte und Philosophie in Heidelberg, Frankfurt a. M. und USA; 1960 Promotion; von 1958 bis 1968 erst Redakteurin im Europa-Archiv, dann wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn; seit 1969 Wiss. Rat und Dozentin an der Universität Hamburg. Hauptarbeitsgebiet: Internationale Politik, insbes. Fragen der Abrüstung und der internationalen Sicherheit.

Veröffentlichungen u. a.: Europäische Sicherheitskonferenz, Opladen 1970 (zus. mit Hans-Peter Schwarz); Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971; Schriftleitung der Reihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit“, Frankfurt 1964 ff.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland

## Einleitung

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die Frage nach der Existenz eines neuen Militarismus. Werden infolge der ständig wachsenden Rüstungen in allen Teilen der Welt die politische Struktur und der politische Entscheidungsprozeß in den militärisch hochgerüsteten Staaten nicht zwangsläufig immer mehr von militärischen Kategorien bestimmt? Waffentechnische und strategische Entwicklungen erfordern heute bereits im Frieden die nahezu vollständige Präsenz der Streitkräfte. Die Mobilmachung im Sinne einer schlagartigen Umstellung vom Friedens- auf den Kriegszustand gibt es für den militärischen Apparat nicht mehr. Das heißt: kampfbereite Streitkräfte mit hohem Abschreckungswert müssen im Frieden in Staat und Gesellschaft integriert werden<sup>1)</sup>.

Einsatzbereitschaft im Rahmen des Abschreckungssystems erfordert für die militärischen Apparate Personal und Material, deren Qualität über ihrem quantitativen Anteil am Gesamtpotential liegt. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs waren die Armeen zu 80 Prozent mit Gütern aus der Friedensproduktion ausgerüstet; bis heute hat sich dieser Anteil auf rund 10 Prozent verringert<sup>2)</sup>. Es müssen also hochwertige, nur militärisch verwendbare Güter in großer Zahl produziert werden, was

zu einer Durchdringung des gesamten ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Bereichs eines Landes führt und dadurch ein Interessengeflecht entstehen läßt, das unter anderem auf Beibehaltung oder sogar Ausweitung der Rüstung zielt.

Diese Interessen könnten sich zu einem unkontrollierten Machtkomplex formieren — mit der Tendenz, auch dann aufzurüsten, wenn dazu keine außenpolitische Notwendigkeit besteht. Ein derartiger militärischer, industrieller, wissenschaftlicher und politischer Komplex wäre sowohl innen- als auch außenpolitisch wirksam. Je nach seinem Volumen müßte sich der Schwerpunkt der innenpolitischen staatlichen Aktivität mehr oder weniger auf militärisch relevante Aufgaben verlagern, und die Außenpolitik würde von der Militärpolitik verdrängt werden. Es wäre ein Militarismus entstanden, der sich von der tra-

### Helga Haftendorn

Militärhilfe als Problem deutscher  
Außenpolitik ..... S. 37

ditionellen Erscheinungsform<sup>3)</sup> in mehrfacher Weise unterscheiden würde:

Die politische Kontrolle über das Militär wird nicht zwangsläufig aufgehoben; zwar tritt eine Verschiebung der Gewichte innerhalb des politischen Systems zugunsten des Militärs ein, aber nicht dadurch, daß die Armee ihre instrumentale Rolle aufgäbe, sondern dadurch, daß militärische und nichtmilitärische gesellschaftliche Interessen weitgehend kongruent werden. Kennzeichen des neuen Militarismus ist nicht die Vorherrschaft traditioneller militä-

nischer Forschungsinstitute, München und Wien 1966, S. 157.

<sup>3)</sup> Vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, München 1959<sup>2</sup>, Band I, S. 13 ff.

<sup>1)</sup> Aus der Konzeption der Abschreckung ergibt sich idealtypisch die Notwendigkeit nicht nur der permanenten militärischen Präsenz, sondern auch der psychischen Kampfbereitschaft der gesamten Bevölkerung bereits im Frieden. Für Dieter Senghaas ist dies Ausgangspunkt seiner Kritik an der „organisierten Friedlosigkeit“ des Abschreckungssystems. Siehe u. a. Dieter Senghaas, Zur politischen Theorie organisierter Friedlosigkeit, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs, Freiburg 1970, S. 25 ff. — Diesem Ansatz wird nicht gefolgt, weil der empirische Beweis für die Existenz einer Kämpferideologie nicht erbracht ist. Die bundesrepublikanische Wirklichkeit könnte eher ein Beleg für die Vereinbarkeit von funktionierender Abschreckung und friedliebender Bevölkerung sein.

<sup>2)</sup> Vgl. Helmut Krauch, Forschung und Rüstung, in: Helmut Krauch u. a. (Hrsg.), Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerika-

rischer Formen im staatlichen und gesellschaftlichen Leben. Die militärischen Attitüden werden immer stärker von der Technik geprägt und damit den zivilen ähnlich. Es besteht kein prinzipieller Gegensatz zwischen politischer und militärischer Führung. Der Spielraum der politischen Entscheidungsträger wird durch militärische Notwendigkeiten, die gleichzeitig eine systemerhaltende Funktion haben, stark eingengt. So stellt sich „die Frage nach dem rechten Verhältnis von Staatskunst und Kriegstechnik“ (G. Ritter) in neuer Weise: Kann heute ein Staat mit einer großen Rüstung überhaupt eine friedliche Politik betreiben?

Bei dem skizzierten — hypothetischen — Phänomen handelt es sich nicht um den reaktionären oder den demokratischen, sondern um einen technologischen Militarismus. Nicht in einer kampfbetonten, kriegerischen Geisteshaltung, sondern in den modernen militärischen Apparaten und im Mechanismus des Wettrüstens liegen seine Primärursachen.

Um diese Hypothese zu verifizieren oder zu falsifizieren, bieten sich die beiden hochgerüsteten Weltmächte USA und Sowjetunion an. Wir wählen die Vereinigten Staaten von

Amerika, und zwar deshalb, weil dort das empirische Material relativ leicht zugänglich ist und seit Anfang 1969 in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine Diskussion über den „military industrial complex“ stattfindet.

Zahlreiche Indizien lassen in der Sowjetunion eine der amerikanischen Entwicklung vergleichbare Konstellation vermuten. Die hohen militärischen Ausgaben, die Militarisierung der Außenpolitik — selbst gegenüber anderen sozialistischen Staaten — könnten Symptome eines Militarismus sein, der ohne formale Machtübernahme und ohne adäquate Repräsentation der militärischen Elite in den Partei- und Staatsorganen die Politik und Gesellschaft der Sowjetunion nachhaltig bestimmt.

Im folgenden wird versucht, die Elemente und die Struktur des als System begriffenen militärisch-industriellen Komplexes anhand der zahlreichen Darstellungen des military industrial complex in den USA zu skizzieren. Es soll ein Bezugssystem oder Modell entwickelt werden, das bei der Überprüfung der Hypothese von einem neuen Militarismus, hier für die Bundesrepublik Deutschland, hilfreich sein kann<sup>4)</sup>.

## I. Der militärisch-industrielle Komplex in den USA

### 1. Finanzielle Aufwendungen

Im Jahre 1970 wurden in allen Ländern der Erde mindestens 200 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten von Amerika rund 35 Prozent. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt der USA schwankte in den letzten Jahren zwischen 10 und 7,5 Prozent und ist damit höher als in allen vergleichbaren Staaten<sup>5)</sup>. In den zehn Jahren von 1959 bis 1968 beliefen sich die Verteidigungsausgaben auf 551 Milliarden Dollar. Dieser Betrag liegt weit über der Hälfte aller bundesstaatlichen Ausgaben der USA. In keinem Land wird pro Kopf der Bevölkerung so viel für das Militär aufgewendet, nämlich über 300 Dollar im Jahr; in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland sind es weniger als ein Viertel dieses Betrages<sup>6)</sup>.

### 2. Umfang der Streitkräfte

In den Streitkräften der USA dienten 1970 fast 3,2 Millionen Soldaten. Die größte Armee der westlichen Welt gliedert sich in das Heer (1,4

Millionen), die Luftwaffe (0,8 Millionen), die Marine (0,7 Millionen) und das Marinekorps (0,3 Millionen)<sup>7)</sup>. Außerdem verfügen die Vereinigten Staaten über 1,5 Millionen Mann in der einsatzbereiten Reserve und in der Nationalgarde. Das amerikanische Verteidigungsministerium ist der größte selbständige Organisationskomplex der Geschichte, und es verwaltet „die größte Machtballung, die je von Menschenhand aufgebaut wurde“<sup>8)</sup>. Personal

<sup>4)</sup> Zur politologischen Modellbildung siehe Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg 1969, S. 57 f.

<sup>5)</sup> Detaillierte neueste Zahlenangaben in Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 29, v. 31. 1. 1971, S. 19.

<sup>6)</sup> Vgl. Die Zeit v. 17. 11. 1967. Siehe auch Walther G. Hoffmann, Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt — Ein internationaler und intertemporaler Vergleich, in: Kyklos, Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften 1970, Fass. I, S. 80—97.

<sup>7)</sup> Wo im folgenden keine Quelle angegeben ist, handelt es sich — wie hier — in der Regel um Angaben des Institute for Strategic Studies, London, in: The Military Balance 1970—1971.

<sup>8)</sup> Robert S. McNamara, Die Sicherheit des Westens, Bedrohung und Abwehr, Wien 1969, S. 105.

und Material sind nur zu rund 60 Prozent in den USA selbst stationiert. Der Rest befindet sich auf ungefähr 2000 Militärbasen in Übersee<sup>9)</sup>.

### 3. Rüstungsindustrie

1968 vergab das amerikanische Verteidigungsministerium Aufträge in Höhe von 45,3 Milliarden Dollar an die Industrie; das waren 5,3 Prozent des Bruttosozialproduktes<sup>10)</sup>. Der Anteil der Rüstungsproduktion ist bei den zukunftsorientierten Industriezweigen groß. Er liegt in der Flugzeugindustrie bei 80 Prozent. Beim Schiffbau werden ca. 60 und bei der elektronischen Industrie rund 50 Prozent aller Lieferungen für das Pentagon unternommen<sup>11)</sup>.

Noch deutlicher wird die Situation, wenn man den Rüstungsanteil am Umsatz der einzelnen Firmen untersucht. So beträgt der Anteil bei der Lockheed Aircraft Corporation, die 1969 einen Umsatz von 2 Milliarden Dollar erzielte und fast 100 000 Menschen beschäftigte, 85 Prozent<sup>12)</sup>. Auch General Dynamics produziert zu über 80 Prozent für das Pentagon. Bei mehreren großen Firmen der Elektroindustrie und des Schiffbaues liegt der Anteil der Rüstungsproduktion noch höher<sup>13)</sup>. 1965 haben die 100 größten Auftraggeber 69 Prozent aller Verteidigungsaufträge über 10 000 Dollar erhalten<sup>14)</sup>. Der Rest verteilt sich auf rund 18 000 Firmen und Institutionen. Daß diese Beschaffungspolitik die Wirtschaftsstruktur beeinflusst, ist offenkundig. Daneben gibt es eine starke regionale Konzentration der Rüstungsindustrie. In die drei Staaten Kalifornien, New York und Texas flossen in den Haushaltsjahren 1958—1967 rund 38 Prozent der Aufträge des Pentagon. Über 50 Prozent des Bruttosozialprodukts im Staate Washington gehen auf Regierungsaufträge zurück. Dort würde eine Massenentlassung bei der Firma Boeing eine Krise hervorrufen.

Der Arbeitsplatz von rund 10 Prozent aller Beschäftigten der USA liegt im Bereich der Rüstungsindustrie<sup>15)</sup>. Daher bemühen sich Ge-

werkschaften, Abgeordnete, Gouverneure, Bürgermeister und Kirchen stets um staatliche Anschlußaufträge, wobei sich jeder gegen den Vorwurf seiner Rivalen zu wappnen sucht,

## INHALT

### Einleitung

#### I. Der militärisch-industrielle Komplex in den USA

1. Finanzielle Aufwendungen
2. Umfang der Streitkräfte
3. Rüstungsindustrie
4. Militärforschung
5. Militär
6. Parlament
7. Die Verflechtungen
8. Die Auswirkungen
9. Die Ursachen

#### II. Der militärisch-industrielle Komplex in der Bundesrepublik

1. Finanzielle Aufwendungen
2. Umfang der Streitkräfte
3. Rüstungsindustrie
  - Luftfahrtindustrie
  - Industrie der Tiefenrüstung
  - Militärhilfe und Rüstungsexport
  - Der ausländische Einfluß
  - Konzentration in der Rüstungsindustrie
  - Zusammenfassung
4. Militärforschung
5. Militär
  - Offiziere in der Wirtschaft
  - Offiziere in der Politik
  - Bundesnachrichtendienst
  - Soldatenverbände
  - Zusammenfassung
6. Bundestag

#### III. Schlußbemerkungen

nicht genügend für die Erhaltung der Arbeitsplätze getan zu haben.

#### 4. Militärforschung

Nach Angaben von „Time Magazin“ sind 21 Prozent aller amerikanischen Spezialarbeiter und 16 Prozent aller akademischen Angestellten in der Rüstungsindustrie beschäftigt<sup>16)</sup>. Der Anteil ist wesentlich größer, berücksichtigt man nur die in der Forschung und Entwicklung eingesetzten Wissenschaftler und Ingenieure. Die Gesamtkosten von Waffensystemen verändern sich immer mehr zugunsten der For-

<sup>16)</sup> Nach: Die Zeit v. 16. 5. 1969.

<sup>9)</sup> Vgl. David M. Shoup, Der Militarismus in Amerika, in: Der Spiegel 17/1969, S. 140.

<sup>10)</sup> Vgl. Die Zeit v. 16. 5. 1969, S. 3.

<sup>11)</sup> Vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1967<sup>3</sup>, S. 77.

<sup>12)</sup> Vgl. FAZ v. 3. 1. 1970, S. 15.

<sup>13)</sup> Zahlen zu diesem Abschnitt bei Ralph E. Lapp, Kultur auf Waffen gebaut, Bern und München 1969, Anhang II und IV.

<sup>14)</sup> Vgl. Die Zeit v. 16. 5. 1969.

<sup>15)</sup> Vgl. Die Zeit v. 29. 12. 1967.

schung und Entwicklung. Bei der Raketenproduktion liegt der entsprechende Prozentsatz heute über 60. Eine amerikanische Rüstungsfirma beschäftigt vier- bis fünfmal so viele Wissenschaftler und Ingenieure wie ein umsatzgleiches Unternehmen mit ziviler Produktion<sup>17)</sup>.

Die Industrie gab 1966 für Forschung und Entwicklung über 15 Milliarden Dollar aus, wovon der Staat über die Hälfte finanzierte<sup>18)</sup>. Das Pentagon verfügt über den Hauptteil der staatlichen Forschungsfinanzierung.

Die amerikanischen Universitäten waren bis zum Zweiten Weltkrieg vom Staat weitgehend unabhängig. Infolge ihrer Stiftungsvermögen waren vor allem die großen Universitäten nicht auf Kontraktforschung angewiesen. Eine Änderung trat mit dem Projekt Manhattan für den Bau der ersten Atombombe ein, als die Regierung in großem Umfang als Wissenschaftsunternehmer auftrat. Heute benötigen viele akademische Institutionen zur Erfüllung ihrer nichtmilitärischen Aufgaben die Mittel aus dem Verteidigungsministerium. Das MIT (Massachusetts Institute of Technology) wird zur Hälfte und die John Hopkins University zu drei Vierteln aus dem Verteidigungsetat finanziert<sup>19)</sup>.

Neben der Industrie und den Universitäten arbeiten rund 350 non-profit-Organisationen für das Verteidigungsministerium. RAND, 1946 von der Luftwaffe gegründet, MITRE und System Development sind die bekanntesten dieser nominell unabhängigen und nicht gewerbsmäßigen Unternehmen. Die teilweise hochqualifizierten Wissenschaftler dieser Institutionen erhalten Bezüge, die im öffentlichen Dienst nicht gezahlt werden können. Durch diese „non-profit think-tanks“ werden qualifizierte Wissenschaftler in der Militärforschung eingesetzt, die sonst aus finanziellen und psychologischen Gründen nicht für das Militär arbeiten würden. Über die Forschungsergebnisse verfügt allein das Verteidigungsministerium<sup>20)</sup>.

<sup>17)</sup> Vgl. Krauch, a. a. O., S. 157 ff. General Electric wendet jährlich 750 Millionen Dollar für Forschung und Entwicklung auf und beschäftigt rund 16 000 Wissenschaftler und Ingenieure.

<sup>18)</sup> Vgl. Die Zeit v. 30. 5. 1969.

<sup>19)</sup> Nach Angaben der Zeit v. 16. 5. 1969 unter Bezug auf James Ridgeway, Die geschlossene Gesellschaft. Siehe auch Jack Raymond, Die Macht im Pentagon, Düsseldorf und Wien 1967, S. 183 ff.

<sup>20)</sup> Davon ist die RAND-Corporation ausgenommen, die ihre Mitarbeiter zu Veröffentlichungen anhält.

In den regierungseigenen Laboratorien arbeiten bei einem Kostenaufwand von zwei Milliarden Dollar ungefähr 100 000 Zivilisten und 50 000 Soldaten<sup>21)</sup>.

## 5. Militär

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs rüsteten die USA rapide ab, der im Krieg gewonnene Einfluß des Militärs auf die Außenpolitik blieb jedoch erhalten. „Die Generale Clay und MacArthur regierten als Prokonsulen in Deutschland und Japan.“<sup>22)</sup> Clay erhielt seine Instruktionen nicht vom Außen-, sondern vom Verteidigungsministerium. In der amerikanischen Besatzungszone dominierte das Militär auch dann noch, als in den anderen Zonen bereits Zivilverwaltungen eingesetzt waren.

Nicht nur dort, wo es galt, den Militarismus in den besiegten Ländern auszurotten, verdrängten die Militärs die Diplomaten und Politiker, sondern auch bei der Aufteilung des westpazifischen Raumes und bei der Festlegung der Bedingungen des Friedensvertrages mit Japan bestimmten die Generale<sup>23)</sup>. Die koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjon wurden von amerikanischen Soldaten geführt.

Mehr noch als sein Vorgänger Roosevelt schenkte Präsident Truman den Militärs Vertrauen. Admiral Leahy wurde persönlicher Stabschef des Präsidenten und General Marshall mehrmals Außen- und Verteidigungsminister. Der große Wahlsieg Eisenhowers im November 1952 ist ohne das große Prestige der amerikanischen Generalität nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu erklären. Daß ein Berufssoldat fast ein Jahrzehnt dieses wichtige Amt bekleidete, begünstigte die Ambitionen vieler Generale, sich für Bereiche der Politik verantwortlich zu fühlen, die nach der Verfassung Aufgabe der Politiker sind. Redefeldzüge von Militärs haben unter der Regierung Kennedy wiederholt zu Spannungen zwischen den Generalen und der politischen Führung beigetragen.

<sup>21)</sup> Raymond, a. a. O., S. 139. Zahlreiche Nationallaboratorien, wie die Atomstädte Los Alamos, Livermore und Oak Ridge werden überwiegend vom Pentagon finanziert, aber von Universitäten oder Industriefirmen betrieben.

<sup>22)</sup> Z. Brzezinski und S. Huntington, Politische Macht, USA/UdSSR, Köln 1966, S. 366.

<sup>23)</sup> Vgl. C. Wright Mills, Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten. Hamburg 1962, S. 236.

Der Einfluß des Militärs auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß<sup>24)</sup> ist eine Funktion der bedeutenden Rolle, die die Streitkräfte bei der Sicherung der US-amerikanischen Interessen in fast allen Teilen der Welt spielen. Die Unterstützung der von kommunistischen Revolutionen bedrohten Regierungen durch die USA wird bis heute primär als eine militärische Aufgabe verstanden. Außerdem hat das amerikanische Militär infolge der US-Hegemonie in den westlichen Militärpakten, durch die umfangreichen Ausbildungsprogramme für ausländische Soldaten<sup>25)</sup> und die rund 40 bilateralen Militärabkommen einen Einfluß auf die militärischen und auch politischen Verhältnisse in den mit den USA verbündeten oder von ihnen abhängigen Staaten.

Der große Einfluß des Militärs im auswärtigen Bereich wirkte positiv auf seine innenpolitische Stellung, deren reale Basis die wirtschaftliche Bedeutung der Streitkräfte ist. Während des Zweiten Weltkrieges entstand als Folge der hohen Produktionsziele ein enger Kontakt zur Wirtschaft, der nicht von der politischen Führung kontrolliert, sondern zwischen Generalen und Wirtschaftsführern direkt hergestellt wurde. Die aus der gemeinsamen Organisation der Kriegswirtschaft erwachsene Interessengemeinschaft und die persönlichen Verbindungen blieben auch über das Kriegsende hinaus bestehen und verstärkten sich noch, als im Verlauf des Kalten Krieges immer aufwendigere Waffensysteme entwickelt und gebaut wurden.

Es ist für qualifizierte hohe Offiziere nicht schwierig, bei den Rüstungsfirmen, mit denen sie während ihrer Dienstzeit in Kontakt standen, nach ihrer Entlassung eine zweite Karriere zu beginnen. Dabei finden sie nicht nur in Repräsentations- und Beraterfunktionen Verwendung, sondern steigen bis in das Top-Management auf. Sie profitieren auch in ihrer zivilen Aufgabe von der soliden militärischen Ausbildung; denn weder die Industrie noch die zivile Verwaltung verfügt über ein derart „ausgezeichnetes und ausgefeiltes Schulungssystem“ wie die Armee<sup>26)</sup>. Die pensionierten Berufssoldaten bleiben auch nach ihrem Aus-

scheiden auf vielfältige Weise mit ihren aktiven Kameraden verbunden. Sie bilden wahrscheinlich eine der bestorganisierten und einflußreichsten Gruppen im amerikanischen Leben<sup>27)</sup>.

Von den 400 000 Offizieren der US-Streitkräfte sind mehr als die Hälfte jüngere Reserveoffiziere, die nach ihrer Dienstzeit häufig in die zahlreichen militärischen Vereinigungen eintreten. Neben den großen Organisationen für die Teilstreitkräfte<sup>28)</sup> gibt es mitgliederstarke und einflußreiche Veteranen- und Reservistenverbände<sup>29)</sup>. Während sich der Einfluß dieser Verbände reduziert zu haben scheint, ist die Bedeutung der National Guard Association of the United States ungebrochen. Die Nationalgarde ist für viele immer noch die Verkörperung des traditionellen amerikanischen Ideals „einer wohldisziplinierten Miliz aus den Reihen der Bürgerschaft, die in den Waffen geübt ist“ und „den geeignetsten natürlichen und sicheren Schutz eines freien Landes“ darstellt<sup>30)</sup>. Trotz der Rivalitäten mit den Streitkräften ist die Nationalgarde eine wichtige militärische Kraft, die tief in der amerikanischen Gesellschaft verankert ist.

Ein wichtiges Organ im staatlichen Sektor ist der CIA (Central Intelligence Agency). Mit einem tatsächlichen Jahresetat von etwa 1,5 Milliarden Dollar ist der CIA nicht nur der größte Geheimdienst der (westlichen) Welt, sondern auch eine der größten amerikanischen Behörden. Der „Vater des CIA“ war General Walter Bedell Smith, von 1946 bis 1949 Botschafter in Moskau und später kurze Zeit stellvertretender Außenminister. Er leitete nach einem Admiral von 1950 bis 1953 den Geheimdienst und gab ihm ein militärisches Gepräge. Bis heute ist der CIA trotz seiner späteren zivilen Leiter eng mit dem militärischen Establishment verbunden; das ergibt sich schon aus teilweise rein militärischen Aktionen<sup>31)</sup>. Zusammen mit den Geheimdiensten der Teilstreitkräfte und dem CIC (Counter Intelligence Corps) bildet der CIA bei seinem

<sup>27)</sup> Vgl. Shoup, a. a. O., S. 141.

<sup>28)</sup> Association of the United States Army, Air Force Association und Navy League.

<sup>29)</sup> American Legion, Veterans of Foreign Wars, Retired Officers und andere mit zusammen vier Millionen Mitgliedern; sowie die Reserve Officers Association.

<sup>30)</sup> Virginia Bill of Rights von 1776, Artikel 13, Satz 1.

<sup>31)</sup> Wie zum Beispiel: Iran 1953, Guatemala 1954, Indonesien 1958, Kuba (Schweinebucht) 1961, Kongo 1964, Kambodscha 1970.

<sup>24)</sup> Siehe dazu die sehr kritische Arbeit von Ekkehart Krippendorff, Die amerikanische Strategie, Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt 1970, insbes. S. 130 ff.

<sup>25)</sup> Zahlenangaben hierzu bei Krippendorff, a. a. O., S. 292.

<sup>26)</sup> Shoup, a. a. O., S. 142.

schwer kontrollierbaren Eigenleben eine kaum zu überschätzende Macht in der institutionellen und interessenbezogenen Nähe des Militärs<sup>32)</sup>.

## 6. Parlament

Nach der Verfassung (Abschnitt 8) hat nur der Kongreß das Recht, Armeen aufzustellen und zu unterhalten. Es wäre zu vermuten, daß das Parlament gemäß dieser Verfassungsbestimmung gegenüber den Rüstungsvoranschlägen der Regierung eine kritisch-ablehnende Haltung einnimmt. In der Wirklichkeit liegen die Verhältnisse eher umgekehrt.

Besonders in der Amtszeit von Verteidigungsminister McNamara beschuldigten Organe des Parlaments die politische Führung, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu gefährden<sup>33)</sup>. Das Senate Preparedness subcommittee beispielsweise übte 1968 innerhalb von zwei Wochen dreimal scharfe Kritik an der zivilen Führung des Pentagon. Sie wurde beschuldigt, militärisches Fachwissen unterzubewerten und ständig das Militär zu übergehen, wenn es um die Festsetzung der Zahl der benötigten Flugzeuge gehe. Die Senatoren legten nahe, die Entwicklung der neuen Jäger für die Luftstreitkräfte und die Marine mit voller Kraft voranzutreiben<sup>34)</sup>. Solche Stellungnahmen aus dem Kongreß, die sich kaum von Eingaben der Industrieverbände unterscheiden, sind keine Seltenheit<sup>35)</sup>.

Zahlreiche Mitglieder des Parlaments gehören einer der zivil-militärischen Vereinigungen an<sup>36)</sup>. Viele Abgeordnete stehen unter dem permanenten Druck, für eine Vollbeschäftigung der in ihren Bundesstaaten ansässigen Rüstungsindustrie zu sorgen<sup>37)</sup>. Rüstungsfirmen verlegen oder errichten Produktionsstätten in die Wahlkreise von einflußreichen Abgeord-

neten, um auf diese Weise die Auftragseingänge zu sichern.

Der Verteidigungshaushalt wurde im Senat und Abgeordnetenhaus nie gründlich diskutiert. 70-Milliarden-Dollar-Militärbudgets wurden nach einer Stunde oder zehn Minuten verabschiedet<sup>38)</sup>. Bis vor kurzem sah die Mehrheit im Parlament in den Verteidigungsplänen einen militärischen Vorgang, den allein das Militär richtig beurteilen könne. Kamen trotzdem Zweifel über die Notwendigkeit von Rüstungsprogrammen auf, galten Grundsätze wie „better too much than too little“.

## 7. Die Verflechtungen

Es sind vier zentrale Elemente des militärisch-industriellen Komplexes in den USA zu erkennen, deren Interessen unter den gegenwärtigen Bedingungen auf Beibehaltung oder Ausdehnung der Rüstung gerichtet sind:

- die Rüstungsindustrie,
- die Militärforschungsstätten,
- das Militär,
- Teile des Kongresses.

Um diese zentralen Elemente gruppieren sich zahlreiche weitere Elemente (Geheimdienste, Soldatenverbände, Behörden etc.), die alle durch ein dichtes Interaktionsnetz verbunden sind. Darüber hinaus ist die Verbindung durch Personalunion, Funktionswechsel, institutionelle Verklammerungen und Abhängigkeiten häufig so intensiv, daß die Darstellung einzelner Elemente nur analytisch zu rechtfertigen ist. In der Realität sind sie häufig so sehr ineinander verschränkt, daß beispielsweise eine Untersuchung mit Hilfe des Instrumentariums des Entscheidungsansatzes unmöglich wird<sup>39)</sup>.

Markantes Beispiel für eine Interessenverflechtung ist der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, David Packard. Er besitzt 30 Prozent des Kapitals der Elektronikfirma Hewlett-Packard Company, eines großen Zulieferers der Rüstungs- und Raumfahrt-

<sup>32)</sup> Siehe Näheres bei David Wise und Thomas B. Ross, *The Espionage Establishment*, New York 1967.

<sup>33)</sup> Vgl. *Der Spiegel* 50/1967, S. 132 ff.

<sup>34)</sup> Vgl. *Air Force Time*, Jahrg. 29, 1968, Nr. 10.

<sup>35)</sup> Siehe Jonathan B. Bingham, *Can Military Spending be Controlled?*, in: *Foreign Affairs*, Oktober 1969, S. 55.

<sup>36)</sup> Der Vorsitzende des House subcommittee on military construction war Generalmajor der Reserve und Vorstandsmitglied der National Rifle Association; nach Bingham, a. a. O., S. 56.

<sup>37)</sup> Als McNamara 1964 die Schließung von 80 Militärbasen ankündigte, erhielt er noch am selben Tag Proteste von 169 Abgeordneten, nach: *Die Zeit* v. 16. 5. 1969.

<sup>38)</sup> So Senator Gaylord A. Nelson, in: Erwin Knoll and Judith Nies McFadden (eds), *American Militarism 1970*, New York 1969, S. 19.

<sup>39)</sup> Wie soll angesichts der Verflechtungen sinnvoll zwischen pressure-groups als Elementen der innerstaatlichen Umwelt und dem Parlament als Element der Entscheidungseinheit differenziert werden? Zu den Begriffen siehe Joseph Frankel, *Die außenpolitische Entscheidung*, Köln 1965, S. 17 ff.



industrie. Außerdem war er bis zu seinem Amtsantritt Mitglied der Aufsichtsräte von US-Steel, General Dynamics und der Chase Manhattan Bank; sein Vermögen wird auf 1,2 Milliarden DM geschätzt<sup>40)</sup>. Während die früheren Verteidigungsminister Wilson und McNamara ihren Aktienbesitz beim Übertritt vom Industriemanagement in den Staatsdienst verkaufen mußten, durfte David Packard seine Anteile für die Dauer seines Staatsdienstes einem von ihm selbst gewählten Treuhänder übergeben<sup>41)</sup>.

Auch die Präsidenten der Vereinigten Staaten standen in dem Verdacht, mit Interessen der Rüstungsindustrie liiert zu sein. Mag Kennedy bei der Propagierung einer — nicht existenten — Raketenlücke noch Opfer einer Fehlinformation gewesen sein<sup>42)</sup>, so ist die Tatsache, daß sich nach dem Amtsantritt von Präsident Johnson die Rüstungsaufträge für dessen Heimatstaat Texas verdreifachten und dieser Bundesstaat heute nach Kalifornien die meisten Regierungsaufträge erhält, sicher aufschlußreich<sup>43)</sup>.

Einen erheblichen Beitrag zur personellen Verflechtung industrieller und militärischer Interessen leisten diejenigen Offiziere, die nach ihrer Tätigkeit in der Armee für die Rüstungsindustrie arbeiten. Bei den 95 größten Vertragspartnern des Verteidigungsministeriums sind 2072 ehemalige hohe Offiziere mit Jahresbezügen bis zu 360 000 DM engagiert<sup>44)</sup>. 1960 waren allein bei General Dynamics 186 pensionierte Offiziere im Generals- und Oberstenrang tätig<sup>45)</sup>.

Wichtige Clearingstelle des militärisch-industriellen Komplexes ist die eigentliche Rüstungslobby in den Washingtoner Büros der National Security Industrial Association, der Veteranen- und Reservistenverbände und Nationalgarde und in den Anwaltsbüros.

Auch die Streitkräfte selbst unterhalten eigene Verbindungsbüros, die besonders den Kongreßmitgliedern mit Informationen und Hilfe-

leistungen zur Seite stehen. Die amerikanischen Streitkräfte betreiben eine intensive public relations-Arbeit. Die Armee verfügt über das größte Rundfunksystem der Welt, produziert Filme und Publikationen in hohen Auflagen und führt Seminare mit großer Breitenwirkung durch<sup>46)</sup>. Zusammen mit den übrigen Elementen des militärisch-industriellen Komplexes produziert die Armee öffentliche Meinung, besonders in Fragen der gegnerischen Rüstung, in denen die amerikanischen Geheimdienste das Informationsmonopol besitzen.

Die Elemente des militärisch-industriellen Komplexes sind also sowohl personell und institutionell als auch ideologisch verflochten und akkumulieren dadurch ihre Interessen zu einer Macht, die die gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen durchdringt und den politischen Entscheidungsprozeß bisher stärker beeinflußt hat als jede andere Interessenakkumulation.

## 8. Die Auswirkungen

Präsident Eisenhower hat in seiner vielzitierten Abschiedsadresse vom 17. 1. 1961 vor einem militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplex und vor dessen Einfluß auf die politische Moral und die demokratisch-freiheitliche Gesinnung gewarnt. Niemals dürfe zugelassen werden, daß die Macht dieses Gefüges die Freiheiten und die demokratischen Prozesse gefährdet. In dem Jahrzehnt, das seit Eisenhowers Mahnung vergangen ist, sind folgende Entwicklungen eingetreten bzw. deutlicher sichtbar geworden, die entweder unmittelbar auf die Existenz eines militärisch-industriellen Komplexes zurückzuführen sind oder durch ihn eine besondere Ausprägung und Intensität erhalten haben:

a) Am Ende der 60er Jahre stürzten die Vereinigten Staaten in eine tiefe innenpolitische Krise<sup>47)</sup>. Infolge der Priorität der Militärausgaben fehlten die Mittel für eine erfolgversprechende Lösung der frühzeitig erkannten sozialen Probleme. Erst als der innenpolitische Konflikt bürgerkriegsähnliche Formen angenommen hätte und dadurch auch die außen-

<sup>40)</sup> Vgl. Die Zeit v. 16. 5. und 6. 6. 1969.

<sup>41)</sup> Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht, Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München 1969, S. 221.

<sup>42)</sup> Einzelheiten dazu bei Janko Musulin, Die kranke Weltmacht, Wien u. a. 1969, S. 139 f.

<sup>43)</sup> Vgl. Lapp, a. a. O., S. 206. Auch Präsident Nixon sieht sich ähnlichen Verdächtigungen ausgesetzt; siehe Der Spiegel 13/1969, S. 110.

<sup>44)</sup> Raymond, a. a. O., S. 264 ff.

<sup>45)</sup> John Kenneth Galbraith, Wie man Generale bündigt, Hamburg 1970, S. 22.

<sup>46)</sup> Richard J. Barnet, The Economy of Death, New York 1969, S. 73 f.; deutsch: Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes, Hamburg 1971, S. 53 ff.

<sup>47)</sup> Siehe dazu den instruktiven Aufsatz von Herbert von Borch, Amerika heute — Weimar 1932?, in: Süddeutsche Zeitung vom 11./12. 7. 1970.

politische Entscheidungsfreiheit empfindlich eingeschränkt zu werden drohte, war eine Reduzierung des militärischen Budgetanteils von 44 Prozent im Fiskaljahr 1968/69 auf heute 34 Prozent möglich <sup>48)</sup>.

b) Der starke Einfluß militärischer Kategorien auf die Außenpolitik der USA ist evident <sup>49)</sup>. Aktionen wie die Schweinebucht-Invasion oder die Intervention in der Dominikanischen Republik, aber auch mehrere Entscheidungen im Vietnamkrieg haben darüber hinaus die Abhängigkeit der politischen Führung von militärischen Überlegungen demonstriert. Insgesamt ist ein deutlicher Trend zur Militarisierung der Außenpolitik der USA zu registrieren, der selbst bei der zivilen Entwicklungshilfe erkennbar ist <sup>50)</sup>.

c) Innerhalb des Verfassungssystems ist bei militärischen Entscheidungen eine deutliche Kompetenzverlagerung zugunsten der Exekutive eingetreten. Die „Präsidentenkriege“ haben das ausschließlich dem Kongreß zustehende Recht, Kriege zu erklären, ausgehöhlt. Und innerhalb der Exekutive ist die politische Kontrolle militärischer Apparate immer schwerer geworden <sup>51)</sup>.

d) Die öffentliche Kontrolle der Außenpolitik leidet unter dem beim CIA und den Streitkräften liegenden Informationsmonopol bezüglich gegnerischer Rüstungen und Aktionen. Nicht überprüfbare Angaben gelangen über verschiedene Wege in die Massenmedien und produzieren eine scheinbar pluralistisch entstandene „öffentliche Meinung“, die Regierung und Parlament beeinflusst und u. U. die vom militärischen Establishment betriebenen oder bereits gefällten Entscheidungen scheindemokratisch legitimiert <sup>52)</sup>.

e) Rüstungsaufträge werden mit steigendem Volumen immer weniger nach militärischen Bedürfnissen als vielmehr nach Aspekten der Beschäftigungs- und Strukturpolitik oder der

finanziellen Lage einzelner Firmen vergeben <sup>53)</sup>.

f) Die Struktur der Rüstungsunternehmen hat sich infolge der Gewöhnung an den Hauptauftraggeber Staat so entwickelt, daß es kaum möglich ist, den Anteil der Zivilproduktion entscheidend zu vergrößern. Es fehlen marktorientierte Verkaufsorganisationen, kaufmännische Stäbe und Werbeabteilungen. Die technologische Kostenexplosion zwingt zu Rüstungsexporten, die jedoch die immer größer werdende Abhängigkeit der Rüstungsunternehmen vom Staat nicht verhindern <sup>54)</sup>.

g) Die Ausrichtung der staatlichen Forschungspolitik auf militärisch relevante Sektoren hat zu einer Einseitigkeit der Forschungstätigkeit geführt <sup>55)</sup>. Atomphysik, Luft- und Raumfahrt haben eine Forschungsintensität aufzuweisen, die beispielsweise in der Medizin keine Entsprechung findet. Diese Entwicklung hat wegen der weltweiten Schrittmacherrolle der USA große Bedeutung für die gesamte zivilisatorische Entwicklung der Menschheit.

h) Im Dezember 1970 wurde bekannt, daß die Armee Privatpersonen überwacht und selbst von Abgeordneten Dossiers anlegt. Die Leitung des Pentagon war darüber offensichtlich nicht unterrichtet <sup>56)</sup>. Die Aussichten auf eine totale Unterbindung dieser Maßnahmen sind gering. Wenn man sieht, daß den Streitkräften im Juni 1968 eine Mitverantwortung für die innere Ordnung deshalb übertragen wurde, weil bürgerkriegsähnliche Unruhen ausbrachen, die durch die hohen Militärausgaben zumindest mitverursacht waren, dann wird deutlich, wie sehr Staat und Gesellschaft durch die überdimensionale Rüstung beeinflusst worden sind.

Die hier dargestellten Auswirkungen des militärisch-industriellen Komplexes in den USA lassen sich nicht mit dem Hinweis auf dessen bisherige militärische Effizienz rechtfertigen.

<sup>48)</sup> Vgl. NZZ v. 31. 1. 1971, Fernausgabe Nr. 29, S. 19.

<sup>49)</sup> Siehe z. B. Hans J. Morgenthau, Die Verdrängung der Politik durch das Militärwesen, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt, Gütersloh 1966, S. 222—233.

<sup>50)</sup> Vgl. Ulrich Albert, Der Handel mit Waffen, München 1971.

<sup>51)</sup> Zur Reorganisation des Pentagon siehe FAZ v. 30. 7. 1970.

<sup>52)</sup> Ein derartiger Prozeß war bei der Errichtung des Raketen-Abwehrsystems „Safeguard“ zu beobachten; siehe Musulin, a. a. O., S. 142 ff.

<sup>53)</sup> Nach Schätzungen des Pentagon werden mit einer Milliarde Dollar für Rüstungsaufträge 70 000 Arbeitsplätze gesichert. Vgl. Die Zeit v. 8. 11. 1968.

<sup>54)</sup> Zur „technologischen Krise“ in der Luftfahrtindustrie siehe Süddeutsche Zeitung v. 18. 2. 1971, S. 2, und FAZ v. 19. 2. 1971, S. 15.

<sup>55)</sup> 80 % der staatlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben kommen aus dem Etat des Pentagon, der NASA und der Atomenergiekommission. Nach Klaus Nittinger, Vergleichsanalytische Betrachtung der amerikanischen und europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie, (als Manuskript gedruckt) 1970, S. 96.

<sup>56)</sup> Vgl. mehrere AP-Meldungen von Anfang Januar 1971.

Wenn der Trend zur Militarisierung anhält, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem die Existenz der USA durch die Folgen der eigenen Rüstung stärker bedroht ist als durch die Rüstung ihrer Gegner.

### 9. Die Ursachen

Es fehlt nicht an Versuchen, die Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes in den USA monokausal zu deuten. Für die marxistische Schule ist er das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung im Spätkapitalismus. Die Herrschaft der Monopole und ihr Bestreben, mit allen Mitteln ihre politische und ökonomische Macht zu erhalten und nach Möglichkeiten auszudehnen, seien die eigentlichen Ursachen. Die Militärs und die Staatsbürokratie sind die hierzu notwendigen Agenten<sup>57)</sup>. Die etwas differenziertere Analyse von Fritz Vilmar schildert zwar eingehend die verschiedenen Funktionen der Rüstung, orientiert sich aber bei der Frage nach der Entstehung des Militarismus ebenfalls unkritisch an der Einschätzung des Spätkapitalismus als eines „niedergehenden gesellschaftlichen Systems“<sup>58)</sup>. Gegen diese pauschalen Begründungen spricht allein die Tatsache, daß es innerhalb von drei Jahren möglich war, den Anteil des Militäretats am Bundeshaushalt um 10 Prozent zu senken<sup>59)</sup>, auch wenn diese Reduzierung durch eine Systemkrise erzwungen wurde. In einer im Januar 1971 vorgelegten Studie von Bernhard Udis und Kenneth Boulding wird behauptet, selbst bei einer Verringerung der Verteidigungsausgaben auf 4 Prozent des Bruttosozialproduktes seien keine ernsthaften Anpassungsschwierigkeiten zu erwarten<sup>60)</sup>. Auch wenn dies makroökonomisch möglich sein mag, ernsthafte politische Komplikationen sind unvermeidlich. Trotzdem kann der militärisch-industrielle Komplex nicht als wesensmäßiger Teil der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern muß als

Ergebnis einer Fehlentwicklung begriffen werden, deren Ursachen in anderen Faktoren zu suchen sind<sup>61)</sup>.

Unzweifelhaft waren die kommunistischen Machtergreifungen in Osteuropa, die Berliner Blockade und der Angriff in Korea die Initialzündung für das weltweite Wettrüsten. Die einzelnen Phasen des Wettrüstens können hier nicht dargestellt werden<sup>62)</sup>. Von Interesse ist allerdings die Frage, weshalb auch dann, als von den beiden Weltmächten der Kalte Krieg für beendet erklärt worden war, der Rüstungswettkampf unvermindert fortgesetzt wurde. Ganz offensichtlich liegt die Ursache für die Intensität des Wettrüstens nicht allein im politischen Gegensatz der beiden antagonistischen Systeme.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war es relativ einfach, die Kampfkraft der Armeen miteinander zu vergleichen. Heute ist es außerordentlich schwierig, die Wirksamkeit der sowjetischen und amerikanischen Waffensysteme festzustellen. Raketen haben nicht nur verschiedene Reichweiten, sie können mobil, stationär oder „gehärtet“, von Land und unter Wasser, konventionell und atomar, mit einem oder mehreren Gefechtsköpfen abgefeuert werden; Atombomben können taktisch oder strategisch eingesetzt und nicht nur durch Raketen, sondern auch durch Flugzeuge und Satelliten ins Ziel gebracht werden.

Die Konsequenz ist, daß jedes neue gegnerische Waffensystem nicht mit dem Aufbau eines gleichwertigen beantwortet werden kann, weil erstens die Wirksamkeit der gegnerischen Waffen nicht bekannt ist und zweitens der Aufbau eines Antisystems wegen der langen Entwicklungszeiten nicht erst in Angriff genommen werden kann, wenn die gegnerischen Systeme und deren Wirksamkeit mit Sicherheit festgestellt worden sind. Die Ungewißheit in bezug auf die Möglichkeiten und Absichten des Gegners sind das wirksamste Stimulans des Rüstungswettkampfs<sup>63)</sup>. Diese Ungewißheit ist die politisch-psychologische Be-

<sup>57)</sup> So z. B. bei Otto Reinhold, Wie John Kenneth Galbraith die USA-Militärs unter Kontrolle bringen möchte, in: *Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*, 24. Jg., Heft 12, 1969, S. 1489—1498, passim. Siehe auch Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt 1968, S. 548 ff., sowie Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, *Monopolkapitalismus. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, Frankfurt 1967, S. 211 ff.

<sup>58)</sup> *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft*, Frankfurt 1967<sup>3</sup>, S. 22.

<sup>59)</sup> Siehe Anm. 48.

<sup>60)</sup> *Wehr und Wirtschaft*, Nr. 1/71, S. 27.

<sup>61)</sup> Wohl kann die kapitalistische Wirtschaftsstruktur allgemein und in der jeweiligen spezifischen Ausformung in besonderen die Entwicklung eines derartigen Komplexes begünstigen.

<sup>62)</sup> Dazu allgemein siehe George Hallgarten, *Das Wettrüsten. Seine Geschichte bis zur Gegenwart*, Frankfurt 1967.

<sup>63)</sup> Vgl. George W. Rathjens, Die Zukunft des strategischen Rüstungswettkampfs, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Zur Pathologie des Rüstungswettkampfs*, Freiburg 1970, S. 104.

dingung für den Rüstungswettkampf, der wegen der waffentechnischen Entwicklung die Hypertrophie des Militärischen in den USA verursacht hat.

Bei der Darstellung des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes wurde deutlich, daß dessen besondere Erscheinungsform nicht allein mit den sozusagen objektiven Bedingungen des Wettrüstens und der Technologie zu erklären ist, sondern auch in spezifischen Voraussetzungen begründet sein muß.

Die Vereinigten Staaten hatten ursprünglich eine betont antimilitaristische Tradition. „Stehende Heere sollen in Friedenszeiten als der inneren Freiheit gefährlich nicht unterhalten werden, und das Militär soll unter allen Umständen der Zivilgewalt klar untergeordnet sein und von ihr beherrscht werden“, heißt es in der Virginia Bill of Rights von 1776.

Die Furcht vor „dem Mann auf dem Pferderücken“ hielt das Militär in Friedenszeiten bis 1945 mit wenigen Ausnahmen unter 25 000 Mann. Der Primat der Zivilgewalt war, sofern er angesichts der geringen Zahl der Streitkräfte überhaupt gefährdet werden konnte, durch die Verschmelzung des Militärs mit der Gesellschaft gesichert. Ausdruck dieser Integration war der Funktionswechsel von Politikern und Generalen. Vor 1896 waren von den 51 nominierten Präsidentschaftskandidaten 21 Generale oder ehemalige Generale, acht wurden gewählt<sup>64</sup>). Die Generale Marshall und Eisenhower haben also an eine alte amerikanische Tradition angeknüpft.

Im Zweiten Weltkrieg wurde aber eine weitere und wichtige Linie der amerikanischen Tradition wirksam. Wenn in der amerikanischen Geschichte die Politiker den Frieden nicht erhalten konnten, dann mußten sie beiseite treten und die Soldaten den Sieg erringen lassen. Die USA konnten bei ihren früheren militärischen Konflikten ungestraft gegen den Clausewitzschen Satz vom Primat der Politik im Kriege verstoßen, da es im nordamerikanischen Raum kein Kräftegleichgewicht aufrechtzuerhalten galt.

Die politische Kontrolle der amerikanischen Generale im Zweiten Weltkrieg war gering. Das amerikanische Kriegsziel wurde im Gegensatz zu dem Englands und Rußlands ent-

scheidend von militärischen Kategorien bestimmt<sup>65</sup>). „Das einzige Ziel“, sagte General Marshall, „muß ein schneller und vollständiger Sieg sein.“ General Eisenhower wollte nichts, was er für militärisch unklug hielt, „lediglich zu dem Zweck unternehmen, um einen politischen Vorteil zu erreichen“<sup>66</sup>). Nach dem Krieg konnten die Soldaten ihre Stellung weitgehend behaupten, da der militärische Krieg bald durch den sogenannten Kalten Krieg abgelöst wurde und vor allem auch deshalb, weil es kein Beamtentum und kein diplomatisches Corps im europäischen Sinne gab<sup>67</sup>). Dies begünstigte die allgemeine Tendenz der militärischen Apparate, den eigenen Organisationszielen mehr als den Interessen der Allgemeinheit zu dienen<sup>68</sup>).

Außerdem ist festzustellen, daß die militäristischen Tendenzen in den Vereinigten Staaten auch eine Folge von „zu wenig Staat“ sind. Die traditionelle Zurückhaltung des Staates gegenüber gesellschaftlichen Aufgaben in den USA führte zu einer getarnten Finanzierung unumgänglicher staatlicher Maßnahmen, wie Vollbeschäftigungspolitik, Wissenschaftsförderung und Unterstützung von Notstandsgebieten, über den Verteidigungshaushalt mit den aufgezeigten nachteiligen Folgen.

Abschließend lassen sich drei Faktoren nennen, die zur Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes in den Vereinigten Staaten geführt haben:

- a) die waffentechnische Entwicklung,
- b) der internationale Rüstungswettkampf,
- c) die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen in den USA.

Ein militärisch-industrieller Komplex ist also dann vorhanden, wenn das durch die Faktoren Rüstungsqualität und Rüstungsquantität verursachte Gleichgewicht des politischen Systems durch entgegengerichtete nichtmilitärische Interessen nicht aufgehoben wird<sup>69</sup>).

<sup>65</sup>) Vgl. Morgenthau, a. a. O., S. 223 f.

<sup>66</sup>) Zitiert nach Brzezinski und Huntington, a. a. O., S. 365, und Morgenthau, a. a. O., S. 224.

<sup>67</sup>) Vgl. Mills, a. a. O., S. 226 f.

<sup>68</sup>) Vgl. Galbraith, a. a. O., S. 18 f.

<sup>69</sup>) Die Mathematisierung dieses Zusammenhangs hätte vermutlich heuristischen Wert, kann aber im Rahmen dieser Arbeit, auch wegen der Schwierigkeit, verlässliche Skalierungskriterien zu erarbeiten, nicht geleistet werden.

<sup>64</sup>) Brzezinski und Huntington, a. a. O., S. 364.

## II. Der militärisch-industrielle Komplex in der Bundesrepublik

Wegen der absoluten und relativen Disproportion zwischen der US-amerikanischen und westdeutschen Rüstung scheint die Frage nach einem dem military industrial complex vergleichbaren Phänomen in der Bundesrepublik Deutschland a priori negativ beantwortet zu sein. Trotzdem häufen sich in jüngster Zeit Stimmen, die von einem militärisch-industriellen Komplex auch in der Bundesrepublik sprechen oder zumindest vor der Entstehung eines solchen warnen <sup>70)</sup>.

Der Faktor Rüstungsqualität liegt in der Bundesrepublik nahe dem Höchstwert; denn das Großgerät der Bundeswehr entspricht im großen und ganzen dem technischen Standard der Weltmächte, wobei allerdings die atomare und Großraketen-Komponente fehlt.

Für den Faktor Rüstungsquantität erscheint eine leicht über dem mittleren Wert liegende Zahl gerechtfertigt, wenn man — wie im folgenden dargestellt — die Relation zur Wirtschaftskraft und zum Umfang ausländischer Rüstungen zugrunde legt.

Um festzustellen, welche systemverändernden Folgen die Verteidigungslasten verursacht haben, soll nun anhand des am Beispiel der USA erarbeiteten Bezugssystems nach den einzelnen Elementen und den Interaktionen eines möglichen militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik Deutschland gesucht werden.

### 1. Finanzielle Aufwendungen

Die Bundesrepublik Deutschland hat 1970 3,8 Prozent <sup>71)</sup> ihres Bruttosozialproduktes für die Verteidigung ausgegeben. Dieser Anteil liegt unter dem der vergleichbaren Staaten in Westeuropa <sup>72)</sup>.

<sup>70)</sup> So z.B. Rainer Rilling, *Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD*, Köln 1970; Fritz Vilmar, *Technischer Fortschritt als Abfallprodukt der Rüstungsforschung?*, in: *Frankfurter Hefte* 4/1970; Ekkehart Krippendorf, *Abrüstung*, in: *Sozialdemokratie und Sozialismus heute*, Köln 1968. — Siehe auch die Angriffe auf den „westdeutschen militärisch-industriellen Komplex“ in der sowjetischen und DDR-Presse. Jetzt auch Claus Grossner, *Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik? Beitrag zur deutschen Ausgabe von Richard J. Barnet, a. a. O.*, (Anm. 46).

<sup>71)</sup> Ohne Berlinhilfe und nur Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsplans. Vgl. Weißbuch 1970, S. 203.  
<sup>72)</sup> Zum Vergleich zwischen BRD und DDR siehe Materialie zum Bericht zur Lage der Nation 1971, Deutscher Bundestag Drucksache VI/1690, S. 5. Siehe auch Weißbuch 1970, S. 203.

Bei stetig steigendem Bruttosozialprodukt ist der Verteidigungsetat seit 1962 unter 20 Mrd. DM geblieben. 1971 soll der Wehrhaushalt auf 21,9 Mrd. DM ansteigen. Sein Anteil am Bundeshaushalt wird sich jedoch von 22,3 Prozent im Jahre 1970 auf 18,7 Prozent im Jahre 1974 schrittweise reduzieren <sup>73)</sup>.

Die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik weisen seit 1962 in Relation zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der staatlichen Ausgaben eine rückläufige Tendenz auf. Trotzdem ist die Bundeswehr, für die bis heute rund 200 Mrd. DM aufgewandt wurden, nach wie vor ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Für Rüstungszwecke wurden von 1955 bis Ende 1969 rund 84 Mrd. DM ausgegeben, wovon 60 Mrd. DM auf reine Materialbeschaffung, 17,2 Mrd. DM auf die Materialerhaltung und 6,8 Mrd. DM auf Forschung, Entwicklung und Erprobung entfielen <sup>74)</sup>. Der Verteidigungshaushalt 1971 stellt für militärische Beschaffungen 4,2 Mrd. DM zur Verfügung <sup>75)</sup>.

### 2. Umfang der Streitkräfte

Die Bundesrepublik unterhält die zahlenmäßig stärkste Armee in Westeuropa. Die Umfangszahl lag Anfang 1971 bei 476 000; im Heer dienten 315 000, in der Luftwaffe 100 300 und in der Marine 33 000 Soldaten. Von ihnen sind 54 000 Berufs- und 192 600 Zeitsoldaten sowie 255 000 Wehrpflichtige. Die Gruppe der Berufsoffiziere zählt 23 600. Im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums sind 169 400 Beamte, Angestellte und Arbeiter tätig. Der Gesamtumfang der Bundeswehr liegt somit bei 650 000 Personen <sup>76)</sup>. Das sind knapp 2,5 Prozent aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik <sup>77)</sup>.

Die Kampfverbände der Bundeswehr sind der NATO unterstellt. Die Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit der NATO-Streitkräfte auf dem Territorium der Bundesrepublik verbleibt nach dem NATO-Dokument MC 36/2 in na-

<sup>73)</sup> Vgl. Wehrpolitische Information v. 4. 2. 1971.

<sup>74)</sup> Weißbuch 1970, S. 146.

<sup>75)</sup> Wehrpolitische Information v. 18. 2. 1971.

<sup>76)</sup> Vgl. Wehrkunde 1/1971, S. 43.

<sup>77)</sup> Näheres dazu bei Hans D. Klingemann, *Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung. Volkswirtschaftliche Konsequenzen der Rüstung in der Bundesrepublik*, in: René König (Hrsg.), *Beiträge zur Militärsoziologie*, Sonderheft 13/1968 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, S. 243 f.

tionaler Zuständigkeit. Für diese und andere Aufgaben unterhält die Bundeswehr ein Territorialheer mit einem dichten Netz von ortsbundenen Dienststellen. Parallel dazu gliedert sich die Bundeswehrverwaltung über die sechs Wehrbereichsverwaltungen bis zu den Standortverwaltungen.

Die militärischen und zivilen Dienststellen sind die einzigen administrativen Zweige, die unter Umgehung der Verwaltungshoheit der Länder und den Selbstverwaltungskompetenzen der Gemeinden von einem Bundesministerium bis zur Ortsebene reichen.

Aus militärgeographischen, strategischen und politischen Gründen unterhält die Bundeswehr auch außerhalb des westdeutschen Territoriums Ausbildungs- und Nachschubeinrichtungen, bzw. benutzt die entsprechenden NATO- oder nationalen Einrichtungen verbündeter Länder. Die Bundeswehr übt u. a. regelmäßig in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich, der Türkei und Griechenland. In Portugal wurde ein großer Luftwaffen-Versorgungsstützpunkt errichtet. Allein an 40 verschiedenen Orten der USA halten sich ständig 3000 Bundeswehrsoldaten auf <sup>78)</sup>.

### 3. Rüstungsindustrie

Ein wichtiges Ziel der alliierten Besatzungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg war die totale Beseitigung des deutschen Rüstungspotentials. Demontage, Produktionsverbot, Vermögenskontrolle, Entnazifizierung und Kriegsverbrecherprozesse waren die Instrumente dieser Politik des „industrial disarmament“, die in ihren Auswirkungen die Wiederaufrüstung ab 1955 entscheidend beeinflusste.

Die überwiegende Mehrheit der privaten Industrie stand der westdeutschen Wiederbewaffnung ablehnend gegenüber. Grund hierfür waren nicht nur die in den ersten Nachkriegsjahren entstandenen Ressentiments, sondern auch wirtschaftliche Bedenken im Zusammenhang mit der damaligen konjunkturellen Situation. Von einer zusätzlichen, militärischen Nachfrage, einer steigenden Steuerlast und einem Verlust qualifizierter Arbeitskräfte befürchtete die Wirtschaft Lohnsteigerungen und Kostenerhöhungen. Häufig wurde die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlages und des Verlustes der gerade wiedergewonnenen Auslandsmärkte aufgezeigt <sup>79)</sup>.

<sup>78)</sup> Vgl. Der Spiegel 7/1967, S. 18.

<sup>79)</sup> Siehe z. B. Christian Krull, Wirtschaft und Rüstung, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer, Frankfurt 1955.

Die aufgrund alliierter und deutscher militärischer Planungen festgelegte Umfangszahl von 500 000 Soldaten für die neuen deutschen Streitkräfte forderte einen starken innenpolitischen Protest heraus, weil eine Armee dieser Größe mit hoher Wahrscheinlichkeit zu den befürchteten wirtschaftlichen Konsequenzen geführt hätte. Auch die nach der Übernahme des Verteidigungsressorts durch Franz Josef Strauß vorgenommene Reduzierung der Planung auf 300 000 Mann räumte das Unbehagen im Unternehmerlager nicht gänzlich aus <sup>80)</sup>.

Nur diejenigen Branchen, die mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatten, wie die Textil- und Schuhindustrie, oder Industriezweige, die sich in Strukturkrisen befanden, wie der Schiffbau und Teile der Kraftfahrzeugindustrie, zeigten sich an Rüstungsaufträgen interessiert. Hinzu kamen Interessenten aus Zonenrand- und Notstandsgebieten. Gegenüber der Tiefenrüstung <sup>81)</sup> jedoch verhielt sich die Industrie ablehnend oder zurückhaltend.

Zum Aufbau von Produktionsstätten für die Tiefenrüstung fehlte allerdings auch das technologische know-how, so daß nahezu die gesamte Ausrüstung der Bundeswehr mit „hardware“ durch Rüstungsimporte beschafft werden mußte. 1957 betrug der Anteil der Auslandsbeschaffung an den gesamten Waffenkäufen 60 Prozent. Dieser Anteil hat sich zwar kontinuierlich bis auf 22,7 Prozent im Jahre 1969 verringert <sup>82)</sup>; aber auch dieser Anteil liegt weit über dem vergleichbarer Länder.

An der Spitze der Rüstungsimportländer standen und stehen die USA, mit großem Abstand gefolgt von Frankreich, Großbritannien und

<sup>80)</sup> Zur unterschiedlichen Beurteilung der ökonomischen Interessen bei der Aufrüstung siehe Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Dritte Folge, Witten und Berlin 1966, und Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, a. a. O., S. 105 ff.

<sup>81)</sup> Breitenrüstung ist „eine Art von Rüstung, die Betriebe zu Rüstungszwecken umstellt oder erweitert, nicht aber, wie im Falle der Tiefenrüstung, neue Anlagen mit dem spezifischen Zweck der Herstellung von Rüstungs- oder rüstungswichtigen Gütern errichtet“. Werner Gebauer, Kriegswirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Band, S. 395.

<sup>82)</sup> Bei einem Anstieg des Auftragsvolumens von 3,3 Mrd. DM auf 9,2 Mrd. DM. Vgl. Wehrpolitische Information v. 12. 2. 1970.

mindestens zwölf weiteren Ländern<sup>83)</sup>. Die Tatsache, daß nicht nur „hardware“ im Ausland beschafft wurde, ist ein Hinweis auf das Bemühen, einen Teil der durch die Aufrüstung hervorgerufenen Güternachfrage auf das Ausland zu lenken, womit gleichzeitig ein Beitrag zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht geleistet werden konnte.

### Luftfahrtindustrie

Eine modern ausgerüstete Luftwaffe ist nicht in der Lage, ihr Fluggerät alleine mit truppen-eigenen Mitteln zu warten. Schon aus diesem Grund wäre für die Instandsetzung und Wartung der rund 1600 Flugzeuge und 700 Hubschrauber eine nationale Luftfahrtindustrie erforderlich. So begann auch der Aufbau der Luftfahrtindustrie 1957 mit der Indienstellung der ersten Luftwaffengeschwader mit amerikanischem und kanadischem Gerät, dessen Wartung und Instandsetzung deutschen Firmen übertragen wurde.

Im Jahre 1958 begann mit der Entscheidung für den Kauf des Überschallflugzeuges 104 Starfighter und den Lizenzbau von 554 Maschinen dieses Typs und von 300 Maschinen der Fiat G 91 die eigentliche Entwicklung der deutschen Luftfahrtindustrie zur heute wichtigsten Rüstungsindustrie der Bundesrepublik.

Der Umsatz der gesamten Luft- und Raumfahrtindustrie stieg von 760 Millionen im Jahre 1959 auf 1,2 Milliarden DM im Jahre 1964. Im Jahre 1970 dürfte er bei zwei Milliarden DM liegen<sup>84)</sup>. Die Beschäftigtenzahl hatte sich von 20 000 im Jahre 1960 auf 37 000 Ende 1965 erhöht. 1970 liegt sie einschließlich der Triebwerksfirmen bei 50 000.

Diese Zahlen sind in Relation zur wirtschaftlichen Potenz der Bundesrepublik gering<sup>85)</sup>,

<sup>83)</sup> Von den 33 Mrd. DM, die von 1956—1964 für Material und Dienstleistungen ins Ausland gegeben wurden, entfielen auf die USA mehr als die Hälfte, nämlich 17 Mrd., auf Frankreich 4,5 Mrd. und auf Großbritannien 3,3 Mrd., während die sonstigen Länder 8,4 Mrd. DM erhielten. Vgl. Vilmar, a. a. O., S. 112. Eine detaillierte Zusammenstellung über die Beschaffung des Fluggeräts der Bundeswehr bringt Wehr und Wirtschaft 3/1967, S. 151.

<sup>84)</sup> In der Wirtschaftspresse schwanken die Angaben zwischen 1,5 Mrd. DM (Die Welt v. 23. 4. 1970) und 3 Mrd. DM (Süddeutsche Zeitung v. 24. 4. 1970). Die hier angegebene Zahl basiert auf einer Addition der neuesten Firmenangaben und einer Schätzung der Umsätze der Triebwerks- und Aus-rüstungsfirmen ohne Elektrokonzerne.

<sup>85)</sup> Es arbeiten höchstens 0,5 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten in Betrieben der Luft- und Raumfahrtindustrie.

gewinnen aber dadurch an Bedeutung, daß dieser Industriezweig zu fast 90 Prozent von staatlicher Finanzierung abhängig ist und der militärische Fertigungsanteil mit 76 Prozent deutlich über den Vergleichszahlen des Auslandes liegt<sup>86)</sup>.

Aus ursprünglich acht Großunternehmen der Luftfahrtindustrie haben sich drei große Konzerne formiert, deren Anteil am deutschen Zellenbau und der Raumfahrttechnik 97,3 Prozent beträgt. Dieser Konzentrationsprozeß hat sich früh durch die Entwicklungsgemeinschaften angekündigt, die für die Lizenzprogramme geschaffen wurde, um möglichst viele Firmen partizipieren zu lassen. Bundesregierung und Bundestag hatten wiederholt die Firmen zur Fusion angehalten und diese finanziell begünstigt. Der Bundestag hatte im April 1968 von der Bundesregierung verlangt, sie möge auf eine Fusion möglichst aller deutscher Flugzeugwerke hinwirken, „auch unter Inkaufnahme von Nachteilen für diejenigen Firmen, die die Konzentrationsbestrebungen nicht unterstützen“<sup>87)</sup>.

Ein nationaler Konzern ist bisher nicht entstanden. Als vorläufiger Endstand des Konzentrationsprozesses gibt es im Süden die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH und die Dornier AG und im Norden die Vereinigten Flugtechnischen Werke VFW-Fokker. Die Lage der Produktionsstätten der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ist von einer ausgeprägten Nord-Süd-Polarisation bestimmt.

Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), München-Ottobrunn, ist aus dem Zusammenschluß der Bölkow GmbH und der Messerschmitt AG im Jahre 1968 und der späteren Fusion mit der Hamburger Flugzeugbau GmbH (HFB) entstanden. Der Konzern erzielte 1970 einen Umsatz von ungefähr 912 Millionen DM<sup>88)</sup>, der fast zur Hälfte auf Entwicklungsprojekte entfällt. In den vornehmlich in Südbayern gelegenen Betriebsstätten sind 20 500 Menschen beschäftigt.

<sup>86)</sup> USA 70, Großbritannien 60, Frankreich 50 Prozent; vgl. zu diesem Abschnitt Klaus Nittinger, Vergleichsanalytische Betrachtung der amerikanischen und europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie, o. O. 1970, als Manuskript gedruckt, Anhang B 2.3.

<sup>87)</sup> Der Spiegel 46/1968, S. 52.

<sup>88)</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 26. 3. 1971.

Das Stammkapital in Höhe von knapp 63 Millionen DM teilt sich wie folgt auf:

Familie Blohm (HFB)	24,85 %
Willy Messerschmitt	21,3 %
Ludwig Bölkow	13,4 %
Boeing Company	8,9 %
SNIAS, Frankreich	8,9 %
Siemens	8,35 %
August-Thyssen-Hütte	8,35 %
Freistaat Bayern	5,95 %

Der Anteil der militärischen Entwicklung und Produktion liegt bei 75 Prozent. Auf dem zivilen Markt hat der Hubschrauber Bo 105 Erfolgchancen; die Boeing Corp. hat eine Lizenz für die USA erworben. Der Anteil der Weltraumprojekte hat sich stark vergrößert, liegt aber mit 85 Millionen DM noch unter 10 Prozent des Gesamtumsatzes, obwohl MBB über die größte industrielle Raumfahrtkapazität in der Bundesrepublik verfügt. MBB ist an dem europäischen Airbus-Projekt und an der Entwicklung der Panavia 200 führend beteiligt<sup>89)</sup>. Nach Erklärungen der Geschäftsleitung wird MBB jede Marktchance nutzen, um weiter zu expandieren<sup>90)</sup>. Der Exportanteil, der bei 18 Prozent liegt, soll gesteigert werden. Mit der französischen staatlichen SNIAS betreibt MBB aufwendige Raketenentwicklungen<sup>91)</sup>.

Die VFW-Fokker in Bremen ist aus einem Zusammenschluß der deutschen Vereinigten Flugtechnischen Werke und den niederländischen Fokker-Werken entstanden. Der Umsatz belief sich 1969 auf 900 Millionen DM. Das „größte inter-europäische Luft- und Raumfahrtunternehmen“ gibt die Belegschaft mit insgesamt 24 000 an<sup>92)</sup>. Die deutschen Produktionsstätten liegen in Bremen, Einswarden, Hoykenkamp, Lemwerder, München, Speyer und Varel. Das Stammkapital beträgt 150 Millionen DM, das VFW und Fokker je zur Hälfte ein-

bringen. Die Besitzverhältnisse bei der VFW waren vor der Fusion folgendermaßen:

Friedrich Krupp GmbH	35,1 %
United Aircraft Corporation (USA)	26,4 %
Hanseatische Industrie-Beteiligungsgesellschaft (USA/Schweiz)	26,4 %
Familie Heinkel	12,1 %

Die Fokker gehört der Northrop Corp. (USA), einigen belgisch-niederländischen Banken, der Familie Bugerhout und Kleinaktionären.

Auch bei VFW-Fokker liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung, Produktion und Wartung von Militärmaschinen, obwohl der zivile Produktionsanteil über dem des MBB-Konzerns liegt. Neben der Beteiligung an den Projekten Panavia 200 und Airbus A-300 B will die Gesellschaft 1971 mit dem VFW 614 das erste Flugzeug aus deutscher Produktion vorstellen, das seine Entwicklungskosten in Höhe von 600 Millionen DM durch Verkauf finanzieren könnte. Auch wenn die zu VFW-Fokker gehörende ERNO Raumfahrttechnik GmbH Bremen eine gute Position erreicht hat und andere zivile Programme vorangetrieben werden, so ist das Unternehmen von dem angestrebten Gleichgewicht von ziviler und militärischer Entwicklung und Fertigung noch weit entfernt<sup>93)</sup>.

Das Familienunternehmen Dornier AG in Friedrichshafen und München ist mit einem Kapital von 30 Millionen DM, 7000 Beschäftigten und einem Umsatz von rund 360 Millionen DM<sup>94)</sup> das kleinste der drei großen Luft- und Raumfahrtunternehmen. Bisher hat die Gesellschaft zahlreiche Beteiligungs- und Fusionsvorschläge abgelehnt<sup>95)</sup>. Außer dem eibromotorigen Kurzstartflugzeug DO 27, von dem über 700 Stück verkauft wurden, ist keine eigene Entwicklung erfolgreich gewesen. Mit der Entscheidung über das in Zusammenarbeit mit der französischen Firma Dassault-Brequet entwickelte Trainingsflugzeug Alpha-Jet steht und fällt vermutlich die Selbständigkeit dieses letzten Familienunternehmens der deutschen Flugzeugindustrie.

Der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, die ihre Existenz vornehmlich der Luftwaffe

<sup>89)</sup> MBB hält als deutsche Systemführungsgesellschaft 42,5 Prozent der „Panavia-Aircraft“ und 45 Prozent der „Airbus-Industrie“.

<sup>90)</sup> Lt. FAZ v. 25. 4. 1970. Damit wandte sich die Gesellschaft ausdrücklich gegen die Erklärung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Airbus GmbH, Franz Josef Strauß, wonach die deutsche Luftfahrtindustrie nicht an eine Expansion denke.

<sup>91)</sup> Vgl. ISS (ed.) The Military Balance 1970/71, S. 113 ff. und Süddeutsche Zeitung v. 24. 2. 1971.

<sup>92)</sup> In Stellenanzeigen, z. B. in FAZ v. 18. 4. 1970.

<sup>93)</sup> Vgl. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 29. 3. 1970.

<sup>94)</sup> Vgl. Klaus Nittinger, a. a. O., S. 41 und FAZ v. 4. 8. 1970.

<sup>95)</sup> Vgl. Capital 7/70, S. 93—96.



verdankt, ist es nicht gelungen, mit Hilfe der umfangreichen militärischen Lizenz- und Entwicklungsaufträge einen nennenswerten militärischen oder zivilen Markt zu gewinnen. Damit ist die Industrie noch auf längere Zeit von militärischen und zivilen staatlichen Entwicklungsaufträgen abhängig<sup>96)</sup>. In den westdeutschen Luft- und Raumfahrtunternehmen wurde zwar technologisch auf fast allen Gebieten der Anschluß an den internationalen Standard gefunden, doch eine konkurrenzfähige Kombination von technischen und kaufmännischen Faktoren ist nur bei einigen kleineren Projekten gelungen. Erst in jüngster Zeit bemüht man sich ernsthaft um die Beseitigung erheblicher Strukturschwächen, die besonders bei den (ehemaligen) Familienfirmen auch als Folge der Abhängigkeit vom staatlichen Auftraggeber bestehen. Nicht zuletzt das Prinzip der Selbstkostenerstattung hat zu unrationellen Strukturen geführt<sup>97)</sup>.

Wegen der fehlenden Anschlußaufträge bemühen sich die Unternehmen, meist in Kooperation mit anderen Firmen, um Entwicklungsaufträge aus dem nichtmilitärischen Bereich. Messerschmidt-Bölkow-Blohm arbeitet an Projekten für die Meerwasserentsalzung, gegen die Wasserverunreinigung und die Luftverschmutzung, hat im Februar 1971 den Prototyp eines abgasfreien Kraftfahrzeuges vorgestellt und arbeitet an einem Schnellverkehrssystem.

Doch kann diese Zukunftsforschung die Entwicklungs- und Produktionskapazitäten bei weitem nicht auslasten. Ohne das militärische Panavia- und das zivile Airbus-Programm gerät dieser Industriezweig in eine ernste Krise. Deshalb wird von den Unternehmen gefordert, diese beiden Projekte auch dann weiterzuführen, wenn sie sich bereits heute geschäftlich als Fehlschlag erweisen sollten, lediglich zu dem Zweck, die Entwicklungskapazitäten auszulasten und die Voraussetzungen für eine Wettbewerbsfähigkeit für die übernächste Flugzeuggeneration zu schaffen<sup>98)</sup>.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Luft- und Raumfahrtindustrie ein wenig gefestigter Sektor der deutschen Industrie ist, der wegen der

ungesicherten Nutzung seiner Entwicklungs- und Produktionskapazitäten zu den krisenanfälligsten Zweigen der westdeutschen Wirtschaft zählt<sup>99)</sup>.

### *Industrie der Tiefenrüstung*

Neben der Luftfahrtindustrie konzentriert sich die Produktion spezifisch militärischer Güter auf die Waffen- und Munitionsherstellung sowie den Panzerbau.

Die wichtigsten Produzenten von Waffen und Munition in der Bundesrepublik sind<sup>100)</sup>:

1. Dynamit Nobel AG, Troisdorf  
Munition, leichte Artillerie-Raketen, Sprengmittel
2. Rheinmetall GmbH, Düsseldorf  
Sturmgewehre, MGs, Kanonen, Munition, Panzertürme
3. Industrierwerke Karlsruhe AG  
Munition
4. Mauser Werke AG, Oberndorf  
Pistolen, Munition
5. Diehl KG, Nürnberg  
Infanteriewaffen, Munition, Zünder, Granaten, Minen, elektronische Geräte für Luftfahrzeuge, Panzerteile
6. WASAG Chemie AG, Essen  
Munition
7. Nitrochemie GmbH, München-Aschau  
Munition
8. Heckler & Koch GmbH, Oberndorf  
Sturmgewehre, Export von Waffenfabriken
9. Metallwerke Elisenhütte, Nassau  
Munition
10. Carl Walther, Ulm  
Pistolen
11. Sauer & Sohn GmbH, Düsseldorf  
Waffen

Diese Firmen sind von den Aufträgen des Verteidigungsministeriums abhängig; jedoch nur selten total, da der Anteil der Bundeswehraufträge entweder nur etwa die Hälfte des Umsatzes ausmachen (Ziffer 1 und 2) oder

<sup>96)</sup> Die Bundesregierung will von 1970—74 11,7 Mrd. DM für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ausgeben, wovon 9,16 Mrd. DM für militärische Projekte vorgesehen sind.

<sup>97)</sup> Zur Frage der Kostenpreise siehe Franz-Josef Wissing, *Das Beschaffungswesen der Bundesrepublik Deutschland*, Diss. Bonn 1967, S. 112 ff.

<sup>98)</sup> Vgl. Wehr und Wirtschaft 1/1971, S. 28 ff.

<sup>99)</sup> „Die vorhandenen Produktionskapazitäten ließen eine Verdoppelung der produktiv Beschäftigten zu.“ Nittinger, a. a. O., S. 43.

<sup>100)</sup> Zusammengestellt nach Klingemann, a. a. O. S. 262 ff. und Anzeigen in Fachzeitschriften sowie Rilling, a. a. O., S. 255 ff.

ein hoher Produktionsanteil exportiert wird (Ziffer 5 und 8).

Bemerkenswert ist, daß die meisten dieser Unternehmen (außer Ziffer 8, 9 und 10) im Besitz großer Finanzgruppen sind. An der Waffen- und Munitionsherstellung sind beteiligt die Friedrich Flick KG (Ziffer 1 und 11), der Röchling-Konzern (Ziffer 2), Bohlen und Halbach (Ziffer 6 und 7) und die Quandt-Gruppe (Ziffer 3 und 4)<sup>101)</sup>. Im Jahre 1969 wurden Aufträge für ungefähr 300 Millionen DM allein für Munition an die deutsche Industrie vergeben<sup>102)</sup>.

Von weit größerer Bedeutung ist der Panzerbau. Die deutschen Heeresverbände wurden bei ihrer Aufstellung mit Kettenfahrzeugen aus ausländischen Beständen und Produktionen ausgerüstet. Als Nachfolgemuster für den Kampfpanzer war eine deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion geplant, die jedoch politisch scheiterte. Unter der Systemführung der Krauss-Maffei AG, München, entwickelte ein Firmenkonsortium den Kampfpanzer Leopard, der in verschiedenen Versionen in einer Stückzahl von rund 1850 an die Bundeswehr ausgeliefert wird. Das Leopard-Programm wird rund drei Milliarden DM kosten. Das Beschaffungsprogramm für den neuen Schützenpanzer Marder, der von der Gruppe Rheinmetall-Henschel-Hanomag gebaut wird, kostet mindestens 1,5 Milliarden DM. Die Krauss-Maffei AG wird anstelle einer deutsch-amerikanischen Entwicklung den Leopard II als Kampfpanzer für die Mitte der siebziger Jahre bauen, der pro Stück mindestens 1,8 Millionen DM kosten wird.

Trotz des Umfangs und der hohen Kosten gibt es in der Bundesrepublik keine große Panzerindustrie im engeren Sinne, da zum Beispiel die Krauss-Maffei AG an der Wertschöpfung des Kampfpanzers Leopard nur mit etwa 15 Prozent beteiligt ist<sup>103)</sup>. Ihr Anteil beschränkt sich im wesentlichen auf die Systemführung, den Betrieb der Taktstraße und die Überprüfung der montierten Fahrzeuge. Der Panzerbau

ist, ähnlich wie der militärische Schiffbau<sup>104)</sup>, wo der Produktionsanteil der Werften bei rund 20 Prozent liegt, von einem weitgefächerten Zulieferersystem bestimmt. Beim Leopard sind 2700 Zulieferer beteiligt, wobei die Hersteller des Motors (Daimler-Benz AG), der Panzerwanne (Blohm und Voss AG), der Kanone (England) und der umfangreichen Elektronik die wichtigsten sind.

Für die Panzerprojekte ist die Elektroindustrie mit bis zu 45 Prozent, ähnlich wie bei den Schiffbauprogrammen und der Luftfahrtindustrie, der wichtigste Zulieferer. Obwohl sie nach außen kaum in Erscheinung treten, profitieren die Elektrokonzerne am stärksten von der zunehmenden Kompliziertheit moderner Waffensysteme. Die Elektronik- und Fernmeldeindustrie erhält den mit Abstand größten Anteil der Rüstungsausgaben<sup>105)</sup>.

Charakteristisch für die gesamte Rüstungsproduktion ist die Kooperation der Großunternehmen für ein jeweiliges Waffensystem. 1967 haben sich die Firmen AEG-Telefunken, Siemens, Standard-Elektrik-Lorenz und Rohde & Schwarz auf Initiative des Verteidigungsministeriums in der Elektronik System Gesellschaft mbH (ESG) eine Systemführungsstelle für die verschiedenen Flugzeugprojekte geschaffen<sup>106)</sup>.

Die Firmen der Elektroindustrie schließen sich auch mit Firmen anderer Branchen zu Entwicklungsgesellschaften für neue Waffensysteme zusammen. So arbeiten AEG-Telefunken und Honeywell mit der Dynamit Nobel AG in der Gesellschaft für un gelenkte Flugkörpersysteme mbH (GUF) zusammen. In der Arbeitsgemeinschaft Matador klären die Firmen Siemens und AEG-Telefunken im Hinblick auf einen mit Radar ausgerüsteten Fliegerabwehrpanzer ihre Interessen mit den Firmen Krauss-Maffei und Rheinmetall ab. AEG-Telefunken besitzt Lizenzen für militärische Produkte der Firmen Marcan, EMI, Philips und Decca.

Das Interesse der Elektrokonzerne an der Rüstungsproduktion zeigt sich auch in den Beteiligungen zum Beispiel der AEG-Telefunken an der Deutschen Werft AG (ca. 30 Prozent), der Standard-Elektrik-Lorenz (über die Harsteatische Industrie-Beteiligungen) an den

<sup>101)</sup> Siehe dazu später „Konzentration in der Rüstungsindustrie“.

<sup>102)</sup> Im Einzelplan 1415, Titel 554 04, sind 500 Millionen DM veranschlagt. Der Munitionsbedarf der Bundeswehr wird heute zu 60 Prozent durch die inländische Produktion gedeckt. Ausländische Werke liefern vornehmlich Artillerie- und Panzermunition bis zu 203 mm. Vgl. Wehr und Wirtschaft 3/1967, S. 146.

<sup>103)</sup> Wehr und Wirtschaft 8/1968, S. 371; Klingemann, a. a. O., S. 261, nennt nur 5 Prozent.

<sup>104)</sup> Auf die Behandlung der speziellen Probleme der Marinerüstung und -beschaffung muß in dieser Arbeit verzichtet werden.

<sup>105)</sup> Detaillierte Zahlen im Weißbuch 1970, S. 149.

<sup>106)</sup> Zu den rüstungstechnischen Entwicklungsfirmen siehe Wehr und Wirtschaft 1/1968, S. 45.

VFW-Fokker (ca. 10 Prozent) und der Siemens AG an der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (8,35 Prozent).

Die Folgen dieses Engagements der Elektroindustrie bei der Produktion von Rüstungsgütern haben sowohl für die Rüstungsindustrie selbst als auch für den zivilen Wettbewerb der Elektrokonzerne Relevanz, auch wenn der Anteil der Rüstungsaufträge am Umsatz der Elektro- und Elektronikindustrie unter vier Prozent liegen dürfte<sup>107</sup>). Das Interesse der Elektrokonzerne gilt offenbar primär den vom Verteidigungsministerium finanzierten Forschungs- und Entwicklungsprojekten und nur sekundär großen Stückzahlen.

#### *Militärhilfe und Rüstungsexport*

Die westdeutsche Militärhilfe entstand als Ergebnis amerikanischen Drängens auf „burden sharing“ bei der Unterstützung der wirtschaftlich schwachen NATO-Partner Griechenland, Portugal und Türkei<sup>108</sup>). Bisher erhielten die Türkei Lieferungen für 200 Millionen DM, Griechenland bis 1967 für 101 Millionen DM. Je zur Hälfte wurde Überschußmaterial der Bundeswehr und neues Gerät der westdeutschen Produktion zur Verfügung gestellt<sup>109</sup>).

Seit 1962 hat die Bundesrepublik neben den umfangreichen Lieferungen an Israel Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe an 17 afrikanische und asiatische Staaten gegeben. Der Gesamtwert der Lieferverträge beläuft sich auf 276 Millionen DM. Bis Ende 1970 wurden 1360 afrikanische Soldaten in der Bundesrepublik ausgebildet<sup>110</sup>).

Diese Militärhilfe blieb wirtschaftlich ohne größere Bedeutung und politisch ohne den erhofften Erfolg. Die am stärksten unterstützten afrikanischen Staaten sind nahezu identisch mit den Ländern, die ihre Beziehungen zu Bonn deutlich verschlechtert haben (Guinea, Sudan, Tansania) oder von blutigen inneren

Konflikten heimgesucht wurden (Nigeria, Sudan).

Für Verteidigungsminister Helmut Schmidt ist bei Waffenlieferungen durch die Bundesregierung „das Risiko der Rückschläge größer als die Wahrscheinlichkeit der Vorteile“; er hat deshalb die Verantwortung für die Rüstungshilfe an das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium abgegeben<sup>111</sup>). Lediglich in der nur geringe Kosten verursachenden Ausbildungshilfe in Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr sieht das Verteidigungsministerium eine Möglichkeit, Freunde zu gewinnen, „die die deutschen Verhältnisse kennenlernen und verstehen“<sup>112</sup>).

1965 begann ein neuer Abschnitt im westdeutschen Rüstungsexport, als der Kampfpanzer Leopard internationale Anerkennung fand und zu einem Zeitpunkt auf dem Markt erschien, als mehrere europäische Armeen einen Nachfolgetyp für die veralteten amerikanischen Panzer M 47 und M 48 suchten. Bisher sind ca. 1600 Stück des bei der Krauss-Maffei AG, München, gebauten Panzers von ausländischen Staaten bestellt worden: Belgien (334), Niederlande (468), Norwegen (78), Italien (200, weitere 600 in Lizenz). Interessiert sind Dänemark, Spanien, Türkei, Argentinien u. a.

Im Zusammenhang mit der Rüstungshilfe wurden nach dem Iran, Sudan, Nigeria, Thailand und Indonesien Produktionsstätten für Waffen und Munition geliefert. Der Export von Gewehren ist offenbar umfangreich.

Nennenswerte Exporterfolge kann außerdem nur die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm verzeichnen, die ihre Panzer-Abwehrrakte Cobra 120 000 mal in alle Teile der Welt verkauft hat und die auch für einige zusammen mit der französischen SNIAS entwickelte Raketen größere Auslandsaufträge erwarten kann.

Von der Industrie wird beklagt, daß die NATO bisher weit weniger Rüstungsaufträge in die Bundesrepublik vergeben hat, als dies dem deutschen Finanzierungsanteil an den gemeinsamen Projekten der Allianz entsprochen hätte. Außerdem wird von industrieller Seite kritisiert, die deutschen Militärattachés (neue Bezeichnung: Verteidigungs-Attachés) seien zu wenig mit Fragen der deutschen Rüstungsindustrie vertraut<sup>113</sup>).

<sup>111</sup>) Interview des Norddeutschen Rundfunks v. 1. 2. 1971.

<sup>112</sup>) Lt. Wehrpolitische Information, ebenda.

<sup>113</sup>) Vgl. Rilling, a. a. O., S. 270. 1970 waren 56 Verteidigungsattachés in 42 Staaten akkreditiert.

<sup>107</sup>) Siehe dazu Klingemann, a. a. O., S. 264. In einzelnen Produktionsstätten allerdings, wie z. B. beim Werk Ulm der AEG-Telefunken, beträgt der Anteil der Wehrtechnik mehr als 50 Prozent. — AEG-Telefunken erzielte 1970 einen Gruppen-Umsatz von 9,2 Mrd. DM.

<sup>108</sup>) Siehe dazu die Darstellung von Helga Haftendorn in dieser Ausgabe, ferner die Untersuchung von Ulrich Albert, Der Handel mit Waffen, München. Artikel 3 des NATO-Vertrages verpflichtet zur gegenseitigen Unterstützung.

<sup>109</sup>) Weißbuch 1970, S. 157 f.

<sup>110</sup>) Detaillierte Angaben in: Wehrpolitische Information v. 11. 2. 1971.

Ohne größeren Erfolg blieben die Bemühungen der deutschen Rüstungsindustrie auf dem US-amerikanischen Markt. Hier konnte lediglich die Firma Rheinmetall einen größeren Auftrag über die Lieferung einer in Lizenz hergestellten, von Hispano-Suiza entwickelten Panzerabwehrkanone gewinnen, der später jedoch wegen inneramerikanischer Widerstände teilweise zurückgezogen wurde <sup>114)</sup>.

Das Weißbuch 1970 gibt den Anteil der staatlichen und privaten Rüstungsausfuhr am Gesamtexport der Bundesrepublik mit 0,3 Prozent an <sup>115)</sup>.

### Der ausländische Einfluß

Durch die politische und militärische Bindung der Bundesrepublik an die NATO wird das Eindringen ausländischen, besonders amerikanischen Kapitals in die deutsche Industrie und auch in die Rüstungsindustrie begünstigt.

Der Einfluß des amerikanischen Kapitals im Rüstungssektor ist schon deshalb groß, weil das technologische Niveau der modernen Waffensysteme entscheidend von der amerikanischen Industrie bestimmt wird. Zahlreiche amerikanische und internationale Konzerne wirken über vielfältige Beteiligungen direkt bis in die deutschen Waffensystemprogramme hinein <sup>116)</sup>. Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart (mit Graetz und Schaub-Lorenz u. a.) gehört zu 99,44 Prozent der International Standard Electric Corporation, New York; die Felten & Guillaume-Gruppe ist zu über zwei Dritteln Teil eines belgisch-französischen Konzerns; die Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim gehört zu mindestens 56 Prozent der Schweizer Mutterfirma und die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, Hamburg, ist ein Tochterunternehmen des niederländischen Stammhauses.

General Electric besitzt zwar nur rund 10 Prozent des 510 Millionen-Grundkapitals von AEG-Telefunken; dies sichert ihr aber bei dem auf 120 000 Aktionäre verstreuten Kapital einen großen Einfluß, zumal General Electric durch mehrere gemeinsame Tochtergesellschaften

mit der AEG-Telefunken verbunden ist <sup>117)</sup>. Die wichtigsten Systemführungsgesellschaften der Elektronikindustrie setzen sich folgendermaßen zusammen (in Klammern der US-Anteil in Prozent am Stammkapital) <sup>118)</sup>:

Elekluft, Elektronik- und Luftgeräte GmbH, Bonn

AEG-Telefunken (10) — General Electric (100) — Hughes Aircraft (100)

Flug-Elektronik GmbH, München

AEG-Telefunken (10) — Eltro GmbH & Co (40) — Honeywell GmbH (100) — Litton Industries GmbH (100) — Siemens (—) — Standard Elektrik Lorenz (99) — Teldix GmbH (55)

ESG, Elektronik System Gesellschaft mbH, München

AEG-Telefunken (10) — Simens (—) — Standard Elektrik Lorenz (99) — Rohde & Schwarz (—)

Auch an den beiden größten Luftfahrtkonzernen VFW-Fokker und MBB ist ausländisches Kapital insgesamt mit ca. 40 Prozent beteiligt <sup>119)</sup>. Daneben gibt es zahlreiche Betriebe der Luftfahrt-Zuliefererindustrie, die häufig reine Tochtergesellschaften von US-Konzernen sind <sup>120)</sup>. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit amerikanischem Fluggerät hat den Ankauf und die Errichtung dieser Betriebe in der Bundesrepublik sehr gefördert, wodurch den amerikanischen Firmen auch ein Einbruch in den zivil-industriellen Markt gelungen ist. Durch eine Vielzahl von Kooperations-, Lizenz-, Beratungs- und Betreuungsverträgen ist gewährleistet, das praktisch keine neue deutsche wafentechnische Entwicklung der amerikanischen Rüstungsindustrie verborgen bleiben kann.

### Konzentration in der Rüstungsindustrie

Der bereits bei der Luftfahrtindustrie konstatierte Trend zur Konzentration läßt sich für alle Branchen der Rüstungsindustrie feststellen, wobei die von den Rüstungsaufträgen ausgehenden Fusionsimpulse über die ohnehin

<sup>114)</sup> Der Abschluß des Vertrages in Höhe von 600 Millionen DM war erst möglich, als Rheinmetall mehrere Millionen DM an eine jüdische Organisation gezahlt hatte. Vgl. Der Spiegel 7/1967, S. 22 f. und Wehr und Wirtschaft 1/1968, S. 16.

<sup>115)</sup> 1968 lag die Vergleichszahl für die USA bei 3,8, Frankreich 3,1, England 2,4, Schweiz 0,8, Schweden 0,6.

<sup>116)</sup> Die Angaben über Beteiligungen nach Commerzbank (Hrsg.), Wer gehört zu wem?, 1969 S.

<sup>117)</sup> Z. B. in der Kernreakortteile GmbH und in der Osram GmbH (in letzterer außerdem mit Siemens).

<sup>118)</sup> Die Anteile der Firmen sind nicht immer gleich groß.

<sup>119)</sup> Wegen des geringen Eigenkapitals von MBB könnte sich dieser Anteil noch erhöhen.

<sup>120)</sup> z. B. Steinheil-Lear-Siegler AG, Ismaning; Bodenseewerk/Fluggerätewerk, Überlingen; Beckmann Instruments GmbH, München; Kollman System-Technik GmbH, München.

bestehende Konzentrationstendenz hinausgehen.

Die Forderungen der Bundeswehr und der NATO nach Standardisierung sowie das Interesse der staatlichen Behörden, möglichst nur mit einem Gesprächspartner aus der Industrie zu verhandeln, sind stärkere Konzentrationsantriebe als die aus der Wirtschaft kommenden oligopolitischen oder monopolistischen Bestrebungen.

In den Entwicklungsgesellschaften arbeiten häufig dieselben Firmen zusammen, die auf dem zivilen Bereich hart konkurrieren. Doch konnte die partielle Kooperation nicht ohne konzentrationsbegünstigende Auswirkung bleiben. So hat beispielsweise der Auftrag, für die Panavia 200 und den Airbus Triebwerke zu entwickeln, den letzten Anstoß gegeben zum Zusammenschluß von M.A.N. Turbo GmbH, München, und der Maybach Mercedes-Benz Motorenbau GmbH, Friedrichshafen. Dadurch ist mit der Motoren- und Turbinen-Union (mtu) mit über 10 000 Beschäftigten „der größte Hersteller schnellaufender Hochleistungs-Dieselmotoren in der Welt“ und „das führende Unternehmen der deutschen Triebwerksindustrie“ entstanden <sup>121)</sup>.

Wenn diese Großunternehmen auch die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Industrie verbessern, so sind doch erhebliche Auswirkungen auf das Beschaffungsverfahren und in bezug auf die gesamte Wirtschaftsordnung unausbleiblich, wie ein Beispiel aus der Konzentration im Panzerbau zeigt. Nachdem 1965 die Entscheidung für den Kauf des von einer Firmengruppe unter dem Hauptauftragnehmer Krauss-Maffei AG entwickelten Kampfpanzers Leopard gefallen war, hätte der Auftrag für die Entwicklung des Schützenpanzers Marder auch dann an die zweite Gruppe der westdeutschen Panzerproduzenten, der Rhein Stahl-Henschel-Hanomag, vergeben werden müssen, wenn militärische, ökonomische oder strukturpolitische Gründe dagegensprochen hätten. Da andererseits Krauss-Maffei spätestens ab 1974 einen Anschlußauftrag benötigt, wird das Nachfolgemuster für den Kampfpanzer dort gebaut werden müssen, sollen nicht Entwicklungs- und Produktionskapazitäten brachliegen und Arbeitsplätze gefährdet werden. Diese Beschaffungsentscheidung wird folglich von den industriellen Gegebenheiten präjudiziert. Mittlerweile hat sich die „Deutsche Entwicklungs GmbH“ konstituiert,

<sup>121)</sup> So in Stellenanzeigen in: Die Welt v. 7. 2. 1970.

in der alle westdeutschen Panzerproduzenten zusammenarbeiten. Damit haben die Beschaffungsdienststellen für die gesamte Entwicklung und Produktion aller Panzertypen nur noch einen Verhandlungspartner der Industrie.

Im Februar 1971 ist durch einen 4-Mrd.-Militärauftrag für die Lastwagenindustrie nicht nur deren Zukunft für mehrere Jahre gefestigt worden, sondern auch durch die Kooperation des Gemeinschaftsbüros (der Firmen Büssing, Rhein Stahl, Krupp, MAN und Klöckner-Humboldt-Deutz) mit Daimler-Benz die Voraussetzung für einen einzigen nationalen Lkw-Produzenten geschaffen worden <sup>122)</sup>.

Häufig besteht, bevor eine Fusion oder Kooperation vorgenommen wird, eine andere Konzentration, nämlich die über die großen Finanzgruppen. Der Kauf des Panzerproduzenten Krauss-Maffei AG durch die Daimler-Benz AG wäre wahrscheinlich ein spektakulärer Konzentrationsvorgang, würde aber die Interessen der Kapitaleigner der beiden Gesellschaften nur unwesentlich tangieren; denn die Friedrich Flick KG, Düsseldorf, ist mit 40 Prozent des Aktienkapitals der bestimmende Großaktionär von Daimler-Benz, und die Krauss-Maffei AG befindet sich über die Buderus'schen Eisenwerke, Wetzlar, nahezu im Alleinbesitz der Flick KG. Daß die Flick KG außerdem noch mit ca. 83,3 Prozent Kapitalanteil den größten westdeutschen Munitions- und Sprengstoffproduzenten, die Dynamit Nobel AG, Troisdorf, steuert, zeigt deutlich, daß die politische Bedeutung der westdeutschen Rüstungsindustrie nur unzulänglich mit ihrem Anteil an den einzelnen Industriezweigen gemessen werden kann.

Diesbezügliche Angaben sind ohnehin schwer zu ermitteln. Als Anhalt können folgende Werte für den Rüstungsanteil am Umsatz einzelner Industriezweige gelten <sup>123)</sup>:

Luftfahrzeugbau	75 %
Schiffbau	10 %
Fahrzeugbau	3 %
Bauwirtschaft	3 %
Bekleidung	0,7 %
Nahrungs- und Genußmittel	0,5 %

<sup>122)</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 12. 2. 1971. Über die zivilen Auswirkungen des neuen Fahrzeugprogramms siehe FAZ v. 17. 3. 1971.

<sup>123)</sup> Unter Anlehnung an Klingemann, a. a. O., S. 254 ff. und unter Berücksichtigung aktueller Zahlen.

Einige Finanzgruppen und Konzerne sind neben ihrer Mitgliedschaft an Entwicklungsfirmen und Arbeitsgemeinschaften durch folgende Unternehmen am Rüstungsgeschäft beteiligt <sup>124)</sup>:

Die Verankerung von Rüstungsunternehmen in großen Finanzgruppen hat sich in mehreren Fällen als vorteilhaft erwiesen, um die Folgen der auffallenden Diskontinuität der militärischen Auftragseingänge zu kompensieren.

Tabelle 1

Firma	StKap. Mill. DM	Beteiligung	Rüstungsproduktion
<i>Friedrich Flick KG, Düsseldorf</i> <sup>125)</sup>			
Daimler-Benz AG, Stuttgart	507	rd. 40 %	Lkw, Motoren, Triebwerke
Dynamit Nobel AG, Troisdorf	110	ca. 83,3 %	Munition, Sprengmittel, Raketen
Krauss-Maffei AG, München	16	Mehrheit	Panzer, Lkw
Motoren- und Turbinen-Union, München und Friedrichshafen	} 50	maßgeb.	Triebwerke, Dieselmotoren
Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar			66
Sauer & Sohn GmbH, Düsseldorf	?	Mehrheit	Waffen
<i>Friedrich Krupp GmbH, Essen</i>			
VFW-Fokker, Bremen	150	ca. 15 %	Flugzeuge
Atlas-MaK Maschinenbau GmbH, Kiel-Friedrichsorf	20	99,87 %	Schiffsmotoren, Bergepanzer (mil. Prod.-Anteil 40 %)
Atlas-Werke AG, Bremen	20	99,5 %	Schiffe, U-Boote
C. Plath KG, Hamburg	0,7	45 %	Nautisches Gerät
<i>Diehl-Konzern, Nürnberg</i> <sup>126)</sup>			
Diehl-KG, Remscheid	?	100 %	Panzerketten, Panzerteile
Diehl-Luftfahrtgeräte, Gauting	?	100 %	Flugzeuginstrumente
Firma Diehl, Nürnberg	?	100 %	Zünder
Gebr. Junghans GmbH, Schramberg	20	94 %	Zünder, Flugzeuginstrumente
<i>Quandt-Gruppe</i>			
Bayerische Motorenwerke, München	200	40—70 %	Panzermotoren
Industrie-Werke Karlsruhe	42	über 30 %	Munition
Mauser-Werke AG, Oberndorf	5,4	über 30 %	Waffen, Munition
Niederlandsche Wapenen Munitiefabriek			Munitionsexport
Daimler-Benz AG, Stuttgart	507	ca. 15 %	Lkw, Motoren, Triebwerke

<sup>124)</sup> Zusammengestellt nach: Wer gehört zu wem?, a. a. O., Berichten im Wirtschaftsteil FAZ und der Welt. Klingemann, a. a. O., Wehr und Wirtschaft, Jg. 1967 ff., Thayer, War Business, a. a. O., S. 280 ff.

<sup>125)</sup> Nach einem Bericht der Zeit v. 20. 3. 1970, S. 44, hat der Gesellschafter der Flick KG, Dr. Wolfgang Pohle, gesagt, daß seine Gesellschaft zu mehr als 90 Prozent „für den Frieden“ produziere.

<sup>126)</sup> Ca. 16 000 Beschäftigte und 600 Millionen Umsatz.

ren<sup>127)</sup>. Die Unternehmen bemühen sich im allgemeinen erfolgreich, den Anteil des Rüstungsgeschäfts begrenzt zu halten. So hat die Krauss-Maffei AG trotz des Erfolgs mit dem Panzer Leopard den zivilen Sektor so erweitert, daß der Geschäftsbereich „Sonderprogramme“ nicht mehr als 50 Prozent des Umsatzes ausmacht.

#### Zusammenfassung

Die mangelnde Bereitschaft der deutschen Industrie, bei Aufstellung der Bundeswehr Rüstungsgüter zu produzieren und der hohe Importanteil an Waffen haben die Entstehung einer westdeutschen Rüstungsindustrie als eigenständiger Branche bis heute stark gehemmt. Von der Luft- und Raumfahrtindustrie abgesehen, spielen in keiner Industriebranche Rüstungsaufträge eine umsatzmäßig bedeutende Rolle. Nachdem in den Jahren 1962 und 1963 der Anteil der inländischen Rüstungsausgaben an der Industrieproduktion einen Höhepunkt von 2,6 Prozent erreicht hatte, bewegte er sich in den letzten Jahren bei 2 Prozent<sup>128)</sup>. Unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten ist die Rüstungsindustrie allenfalls von qualitativer Bedeutung. Im Bereich der Rüstungsproduktion sind höchstens 220 000 Menschen tätig<sup>129)</sup>. Das sind ein Prozent aller abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik.

Der Einfluß der Luft- und Raumfahrtindustrie, die mit den Interessen einer ganzen Branche und dem Anspruch ihrer technologischen Bedeutung auftreten kann, findet seine Grenze in dem vergleichsweise geringen Gesamtumsatz.

#### 4. Militärforschung

Im Jahre 1970 wurden rund 1,1 Mrd. DM für die wehrtechnische Forschung, Entwicklung und Erprobung aufgewendet<sup>130)</sup>. Im Haushaltsplan 1971 sind 1,4 Mrd. DM eingeplant.

<sup>127)</sup> Z. B. bei Industrie-Werke Karlsruhe, Dynamit-Nobel, Rheinstahl-Henschel, Wasag-Chemie.

<sup>128)</sup> Weißbuch 1970, S. 147 f.

<sup>129)</sup> Diese Schätzung von Klingemann, a. a. O., S. 244, liegt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht unter den tatsächlichen Zahlen. Andere Schätzungen sind erheblich niedriger. H. J. Hauß nennt 120 000, übersieht dabei aber offensichtlich die durch die Wartungs-Rahmenverträge des BWB Beschäftigten; Hauß siehe bei Vilmar, a. a. O. Nachträge 1969, S. 20.

Nur auf die wehrtechnische Forschung entfielen 1969 rund 140 Millionen DM, von denen die Hälfte veranschlagt war für: die Ozeanographische Forschungsanstalt in Kiel mit dem Wehrforschungsschiff „Planet“, dem einzigen bundeswehreigenen Forschungslaboratorium; das deutsch-französische Forschungsinstitut St. Louis (ISL) für Ballistik und Waffenwesen und die Grundfinanzierung von sieben „non profit“-Forschungsinstituten, um „einen dringenden Bedarf der Wehrtechnik“ zu decken<sup>131)</sup>. Es handelt sich bei letzteren um folgende Gesellschaften und Institute:

##### a) Fraunhofer-Gesellschaft e. V., München

Institut für Aerobiologie, Grafschaft/Sauerland	
92 Bedienstete	2,1 Millionen DM
Institut für Chemie der Treib- und Explosivstoffe, Berghausen/Karlsruhe	
212 Bedienstete	4,8 Millionen DM
Institut für Elektrowerkstoffe, Freiburg	
68 Bedienstete	2,4 Millionen DM
Ernst-Mach-Institut, Freiburg	
129 Bedienstete	3,2 Millionen DM

##### b) Gesellschaft zur Förderung der astrophysikalischen Forschung e. V., Bonn

Forschungsinstitut für Hochfrequenzphysik, Werthoven	
119 Bedienstete	2,8 Millionen DM
Forschungsinstitut für Funk und Mathematik, Werthoven	
66 Bedienstete	4,4 Millionen DM

60 Institute der Industrie erhielten mit 43 Prozent (d. s. 60 Millionen DM) den größten Teil der Haushaltsmittel für die wehrtechnische Forschung; an etwa 120 Hochschulinsti-tuten wurden Aufträge mit einem Volumen von 25 Millionen DM erteilt<sup>132)</sup>.

<sup>130)</sup> Weißbuch 1970 S. 201. In den USA wurden 1969 über acht Mrd. Dollar für die Militärforschung und -entwicklung, d. h. über 10 Prozent des Verteidigungsetats (BRD 5 Prozent) ausgegeben.

<sup>131)</sup> So in Einzelplan 1420, (1969).

<sup>132)</sup> Wehrpolitische Information v. 6. 8. 1970.

Den folgenden Sachgebieten der Wehrforschung kam die stärkste Förderung zugute<sup>133)</sup>:

Informatik	10 Millionen DM
Festkörperphysik	9,8 Millionen DM
Sprengphysik	7,6 Millionen DM
Geophysik	6,8 Millionen DM

Angesichts dieser relativ minimalen Beträge kann es nicht überzeugen, wenn davon gesprochen wird, an den westdeutschen Universitäten und Technischen Hochschulen hätten sich „durch wehrtechnische und wehrpolitische Aufträge Militarierungsprozesse“<sup>134)</sup> vollzogen. Die Forschungsmittel des BMVg sind über fast alle Gebiete der Natur- und Ingenieurwissenschaften gestreut und haben keine Abhängigkeiten von relevantem Umfang entstehen lassen. Nur etwa 10 Prozent aller Aufträge unterliegen der Geheimhaltung.

Für wehrsoziologische Untersuchungen der Inneren Führung stehen rund 500 000 DM zur Verfügung. Die Ausgaben für sonstige sozialwissenschaftliche Untersuchungen liegen wohl etwa in gleicher Höhe. Eine kürzlich veröffentlichte empirische Untersuchung<sup>135)</sup> weist nach, daß die Kontakte zwischen Bundeswehr und Hochschulen außerordentlich gering sind, und die Ministeriumsreferate Erziehungs- und Ausbildungswesen, Soziologie, Militärpolitik, Strategie und Operations Research ihren wissenschaftlichen Bedarf fast ausschließlich im außeruniversitären Bereich decken. Dabei werden die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) und auch das Stanford-Research Institut, USA, das durch deutsche Institute nicht ersetzt werden könne, genannt. Kennzeichnend für die Situation ist auch die verschwindend geringe Zahl von wehrwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen an den deutschen Hochschulen.

Von größerer Relevanz ist der für 1971 auf 1,3 Mrd. DM angestiegene Etatposten für die wehrtechnische Entwicklung und Erprobung.

<sup>133)</sup> Ohne Anteil für die DFVLR; Weißbuch 1970, S. 152.

<sup>134)</sup> Fritz Vilmar, Technischer Fortschritt als Abfallprodukt der Rüstungsforschung? in: Frankfurter Hefte 4/1970, S. 247. — Die 16 Aufträge des amerikanischen Verteidigungsministeriums für deutsche Hochschulen beliefen sich 1969 auf rund 2,5 Millionen DM. Vgl. Der Spiegel 21/1969, S. 22. — Siehe die materialreiche Untersuchung von Rilling, a. a. O.

<sup>135)</sup> Peter Henning u. a., Wehrwissenschaft in der Bundesrepublik 1968/69, in: Wehrkunde 1/1970, S. 9—20.

Damit werden die Entwicklungen auf dem Gebiet der Luftfahrt (zu ca. 45 Prozent), dem Panzerbau und der sonstigen Wehrtechnik finanziert. Mit diesen Geldern hat die Bundesregierung zusammen mit den Entwicklungsdarlehen des Bundeswirtschaftsministeriums ein Instrument in der Hand, mit dem sie Teile der Industrie strukturell beeinflussen kann.

Das Verteidigungsministerium finanziert den Betrieb eines zentralen Entwicklungszentrums, der halbstaatlichen Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) in Ottobrunn, das — mit 1100 Mitarbeitern — den mit wehrtechnischen Entwicklungen beauftragten Industriefirmen zur Verfügung steht. Das zentrale Weltraum-Testlaboratorium, das bei derselben Firma betrieben wird, wird aus den Mitteln des Forschungsministeriums finanziert.

Häufig ist eine Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung nicht mehr möglich. Die Mittel fließen in dieselben Unternehmen und vom technischen know how profitieren alle Produktionszweige der Luft- und Raumfahrtunternehmen und Institute. So wird auch die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) sowohl aus dem Etat des Verteidigungsministeriums (36 Millionen DM) als auch aus dem des Wissenschaftsministeriums (46,5 Millionen DM) finanziert<sup>136)</sup>. Letzteres wird im Jahre 1971 500 Millionen DM zur Weltraum- und Luftfahrtforschung beitragen<sup>137)</sup>.

Der Einfluß der wehrtechnischen Forschung und Entwicklung auf den allgemeinen technischen Fortschritt wird allgemein überschätzt. Es gibt Verfahrenstechniken wie die Explosivverformung, die Digitaltechnik integrierter Fernmeldenetze oder das Elektronenstrahlschweißen, deren Entwicklungen durch Bundeswehraufträge forciert oder erst möglich geworden sind. Der exakte Nachweis eines mehr als punktuellen positiven Einflusses der waffen-technischen Forschung und Entwicklung auf den allgemeinen technischen Fortschritt ist jedoch für den Bereich der Bundesrepublik selbst in Ansätzen nicht geliefert<sup>138)</sup>. Der volkswirtschaftliche oder ingenieurwissenschaftliche

<sup>136)</sup> Die DFVLR beschäftigte am 31. 12. 1969 in 43 Institutionen bzw. Einrichtungen 2 316 Personen.

<sup>137)</sup> Genaue Angaben in Beilage zur BT-Drucksache VI/1100.

<sup>138)</sup> Vgl. dazu z. B. Hans Georg Jaeger, Wirtschaftliche Auswirkungen der Verteidigungsausgaben, Diss. Darmstadt 1967; Horst Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, Hamburg 1970.



Nachweis wäre allerdings von erheblich reduzierter politischer Relevanz, weil damit nur der Einfluß der Rüstung auf eine technische Entwicklung nachgewiesen wäre, die wegen ihrer finanziellen und ökologischen Konsequenzen in höchstem Maße fragwürdig geworden ist<sup>139)</sup>.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß bei Entwicklungsprojekten zur Bewältigung gesellschaftlicher Zukunftsprobleme auffallend viele Firmen mit einem hohen militärischen Produktionsanteil vertreten sind<sup>140)</sup>. Darin spiegelt sich vor allem die seit Jahren zu registrierende Verlagerung der Bundesmittel zur Wissenschaftsförderung vom Verteidigungshaushalt auf den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft wider. Von 1967 bis 1971 stieg der Anteil der vom Wissenschaftsministerium finanzierten Forschung von 50 auf 65 Prozent, während der entsprechende Prozentsatz des BMVg von 28,3 auf 19 sank<sup>141)</sup>. Trotz leicht ansteigender Etatposten für die militärische Forschung und Entwicklung werden die Rüstungsfirmen in der Bundesrepublik immer mehr von nicht-militärischen staatlichen Aufträgen abhängig werden.

## 5. Militär

Einen allgemeinen Herrschaftsanspruch meldet das Militär in der Bundesrepublik nicht an<sup>142)</sup>. Für die Generalität der Bundeswehr gilt das Wort von der „Subalternität der Elite“<sup>143)</sup>, der Unterordnung unter die politische Führung. Neue Untersuchungen, die dies in Zweifel ziehen, haben nicht belegen können, daß das Militär in der Bundesrepublik den Primat der parlamentarisch verantwortlichen politischen

Führung nicht anerkennt<sup>144)</sup>. Die Bundesrepublik kann als Land mit einer hochentwickelten politischen Kultur<sup>145)</sup> gelten, in der die Einmischung des militärischen Apparates auf den politischen Entscheidungsprozeß nicht außerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen erfolgt. In der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik müßten die militärischen Interessen dann gewichtig sein, wenn sie beispielsweise mit industriellen Interessen kongruent wären. Die Intensität des daraus resultierenden Einflusses auf den politischen Entscheidungsprozeß ist von dem Grad der personellen Verbindungen und Verflechtungen zwischen Militär und Industrie und anderen Kräften abhängig. Im folgenden sollen Anhaltspunkte zu dieser schwer meßbaren Frage gegeben werden.

### *Offiziere in der Wirtschaft*

Die Berufsoffiziere der Wehrmacht mußten sich nach der Kapitulation bzw. nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft um eine auf Dauer angelegte zivile Tätigkeit bemühen, da mit der Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte nicht zu rechnen war. Dies geschah unter folgenden Erschwernissen, die im wesentlichen andauerten bis zum Dezember 1949, als der Artikel 131 des Grundgesetzes vom Bundestag verabschiedet wurde:

1. Allgemeine Not und Arbeitslosigkeit
2. Achtung des Berufsstandes durch die Alliierten (Anklage des Generalstabes in Nürnberg, Studiumverbot, Verlust der Versorgungsansprüche u. a.)
3. Ablehnung der Berufsoffiziere durch Behörden, Gewerkschaften und Unternehmer

<sup>144)</sup> Siehe Wilfried v. Bredow, Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit, Köln 1969, und besonders Wido Mosen, Bundeswehr — Elite der Nation? Determinanten und Funktionen elitärer Selbsteinschätzung von Bundeswehrsoldaten, Neuwied und Berlin 1970. Beide Autoren differenzieren nicht zwischen dem elitären Selbstbewußtsein eines Teils der Generalität und der — traditionellen — Unterordnung des deutschen Militärs unter die politische Führung. Beide orientieren sich an einem veralteten Militarismusbegriff.

<sup>145)</sup> Im Sinne von Samuel S. Finer, der vier Stadien der politischen Kultur unterscheidet, die für die Form des Einflusses des Militärs auf die Politik bestimmend sind: mature political culture, developed political culture, low political culture and minimal political culture. The Man on Horseback, The Role of the Military in Politics, London 1962, S. 88 f.

<sup>139)</sup> Siehe die Diskussion in den USA über das Projekt des Überschallverkehrsflugzeuges SST. — Zur „technologischen Krise“ siehe Peter Odrich in FAZ v. 19. 2. 1971.

<sup>140)</sup> So gehören z. B. dem Birlinghovener Kreis, der sich mit neuen Techniken des spurgebundenen Landverkehrs befaßt, folgende Firmen an: AEG-Telefunken, BBC, Dornier System, Krauss-Maffei, Friedr. Krupp, Mak, MAN, MBB, Rheinstahl Transporttechnik (Henschel) und Siemens.

<sup>141)</sup> Detaillierte Angaben in: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Informationen 1/71, S. 4 f.

<sup>142)</sup> Vgl. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 283.

<sup>143)</sup> O. H. v. d. Gablentz, Der Kampf um die rechte Ordnung, Köln und Opladen 1964, S. 208.

Die Herkunft insbesondere der höheren Offiziere aus Oberschichtfamilien<sup>146)</sup> und die gute Schulbildung begünstigten jedoch den Einstieg in eine zivile Tätigkeit. Vor allem die Generalstabsoffiziere konnten sich in der Wirtschaft durchsetzen. „Ihre systematische Ausbildung zum militärischen Führer ermöglichte ihnen nach gewissen Anfangsstellungen einen fast nahtlosen Übergang in entsprechende Führungsstellen der Wirtschaft.“<sup>147)</sup>

Auch einer neuen empirischen Untersuchung ist es nicht gelungen, den Weg der Berufsoffiziere nach dem Zweiten Weltkrieg zuverlässig darzustellen<sup>148)</sup>. Es können deshalb auf der Tabelle 2 (S. 27) lediglich als Orientierungshilfe die markantesten und politisch relevanten Tätigkeiten von Wehrmachtsberufssoldaten in der Wirtschaft und Verwaltung festgehalten werden<sup>149)</sup>. Aus dieser Übersicht wird deutlich, daß es ehemaligen Berufsoffizieren in mehreren Fällen gelungen ist, in die Führungspositionen der deutschen Wirtschaftselite vorzustoßen<sup>150)</sup>. Es kann als gesichert gelten, daß diejenige Gruppe, die nach dem Krieg in die Wirtschaft gegangen ist, mit Abstand die stärkste ist; ihre große Mehrheit erreichte aber nur die mittlere Ebene (Vertriebsleiter, Abteilungsleiter, Prokuristen)<sup>151)</sup>.

Die Mehrheit der „Industrie-Kommandeure“ scheint sich heute noch der militärischen Herkunft verbunden zu fühlen. Der Generaldirektor der Mannesmann AG und ehemalige Generalstabsmajor Dr. Egon Overbeck hat in dem „Freundeskreis Mars und Merkur“ rund 100 ehemalige Offiziere aus dem Top-Management der deutschen Industrie zusammengeführt<sup>152)</sup>. Darüber hinaus gibt es Vereinigungen, wie

die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, in denen sich Wirtschaftsführer treffen. Ohne Zweifel haben diese Kontakte auch der gegenseitigen beruflichen Unterstützung gedient<sup>153)</sup>. Wichtiger aber sind die dadurch entstandenen Verbindungen zwischen den Machtebenen von Wirtschaft und Militär.

Die Zahl der in Spitzenstellungen tätigen ehemaligen Berufsoffiziere ist 25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg natürlich rückläufig. Der Rückgang wird durch pensionierte Bundeswehroffiziere jedoch mehr als ausgeglichen.

Das Pensionierungsalter der Bundeswehrgenerale lag in der Zeit von 1965—1970 bei durchschnittlich 58,4 Jahren. Damit ist ihnen ein zweiter Berufsweg in der Industrie versperrt<sup>154)</sup>. Die nach ihrer Pensionierung in der Industrie tätigen Generale sind deshalb zumeist als Berater, Repräsentant oder „consultant“ tätig, wie die Tabelle 3 (S. 28) zeigt<sup>155)</sup>.

Nicht aufgeführt in der Tabelle sind die zivilen Funktionswechsler. Mehrere Referenten der ehemaligen Abteilung Technik des BMVg sind heute in Unternehmen der Rüstungsindustrie tätig<sup>156)</sup>. Der ehemalige Ministerialdirektor und Hauptabteilungsleiter für Angelegenheiten der Rüstung im Verteidigungsministerium, Werner Knieper, der kurze Zeit auch Staatssekretär im Bundeskanzleramt war, ist heute Vorstandsmitglied bei VFW-Fokker. Der ehemalige Minister im Bundeskanzleramt Ludger Westrick wurde Vorsitzender des Aufsichtsrates der Honeywell GmbH, Frankfurt.

Es kann als gesichert gelten, daß die meisten der in der Industrie tätigen ehemaligen Generale für Rüstungsfirmen arbeiten und daß häufig zwischen ihrer früheren Funktion in den Streitkräften und ihrer jetzigen Tätigkeit in der Industrie ein enger Zusammenhang besteht. Auffallend häufig ist die Tätigkeit für ausländische Rüstungsfirmen, die naturgemäß eine stärkere Lobby in der Bundesrepublik unterhalten als die einheimischen Hersteller. In der Konzentration der Luftwaffengenerale

<sup>146)</sup> Vgl. dazu Wolfgang Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965 (2), S. 172 f.

<sup>147)</sup> Wolfgang Schall, Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft, Bad Harzburg 1965, S. 113.

<sup>148)</sup> Manfred Lesch, Die Rolle der Offiziere in der deutschen Wirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, Berlin 1970.

<sup>149)</sup> Zusammengestellt nach: Franz Kurowski, Deutsche Offiziere in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft, Herford und Bonn 1967; Lesch, a. a. O.; Ferdinand Simoneit, Die neuen Bosse, Düsseldorf und Wien 1966; Capital, 7/1970, S. 33 ff. u. a.

<sup>150)</sup> Eine Befragung von 41 Prozent der Vorstandsmitglieder der 50 umsatzgrößten westdeutschen Unternehmen ergab, daß von diesen 20 Prozent als Offiziere (d. h. nicht nur Berufsoffiziere) im Krieg gewesen waren. Siehe Wolfgang Zapf, Die deutschen Manager, in Zapf (Hrsg.), a. a. O., S. 137 ff.

<sup>151)</sup> Vgl. Lesch, a. a. O., S. 96 ff.

<sup>152)</sup> Siehe Capital 11/1970, S. 45 f.

<sup>153)</sup> Vgl. Lesch, a. a. O., S. 131 und 138.

<sup>154)</sup> In England beispielsweise, wo die Generale wesentlich jünger pensioniert werden, haben weit über 1 000 Offiziere vom Oberstleutnant aufwärts in der eigens dafür eingerichteten „School of Management Studies“ eine Ausbildung für eine zweite Karriere in der Industrie erhalten. Vgl. Der Spiegel 44/1967, S. 146.

<sup>155)</sup> Zusammengestellt nach: Der Spiegel 8/1969, S. 60 f., Capital 7/1970, S. 32 f., Die Zeit v. 5. Juni 1970.

<sup>156)</sup> Namen und Funktionen bei Rilling, a. a. O., S. 186 f.

## Wehrmachtsoffiziere in der deutschen Wirtschaft

Name	Dienstgrad	Funktion in der Wirtschaft
Winrich Behr	Major i. G.	Geschäftsführender Gesellschafter der Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co.
Fritz Berendsen	Oberst i. G.	Prokurist bei Klöckner, 1953—59 und 1965—69 MdB (CDU), 1959—64 Bundeswehr, zuletzt Generalmajor; Sonderbeauftragter bei BBC Mannheim
Peter Busch	Major i. G.	Hauptgeschäftsführer des Stahlkontors Ruhr-West
Wilhelm Christians	Rittmeister	Vorstandsmitglied der Deutschen Bank
Gerhard Engel	Generalleutnant	Vertreter von Rüstungsfirmen in Bonn
Walther Fellgiebel	Major i. G.	Vorstandsmitglied der deutschen Zündwarenmonopolgesellschaft
Raymund Feser	Major i. G.	Direktor Pfanniwerke
Adolf Galland	General	Industrieberater bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm
Erich Hampe	General der Techn. Truppe	Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz
Rolf-Günther Hermichen	Major i. G.	Personalchef der Karstadt AG
Clemens Graf Kageneck	Major i. G.	Bankier Hardy & Co.
Werner Kreipe	General der Flieger	Abteilungsleiter Luftverkehr im Bundesverkehrsministerium
Kurt Lotz	Major i. G.	Generaldirektor des Volkswagenwerks, zuvor Generaldirektor von BBC, Mannheim
D. W. v. Menges	Hauptmann i. G.	Generaldirektor der GHH
Egon Overbeck	Major i. G.	Generaldirektor von Mannesmann
Friedrich W. Pollmann	Oberstleutnant	Vorstandsmitglied Audi NSU
Ludwig Poullain	Oberstleutnant	Generaldirektor Westdeutsche Landesbank
Hans Salb	Major i. G.	Alleininhaber des Bankhauses Mertz & Co., Hamburg
Peter Sauerbruch	Oberstleutnant	Vorstandsmitglied der Mobil Oil AG; 1952—54 für das Amt Blank in Paris
Toni Schmücker	Oberstleutnant	Generaldirektor Rhestahl AG, Essen
Herbert Schneider	Hauptmann (i. G.)	Seit 1953 MdB (DP, CDU), Geschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
Wolfgang Thomale	Generalleutnant	Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (CDA)
Walter Wenck	General der Panzertruppe	Generaldirektor bei Diehl, Nürnberg; rüstungswirtschaftlicher Berater des Bundesverbandes der deutschen Industrie
Siegfried Westphal	General der Kavallerie	Direktor und Leiter der Verbindungsstelle der Rheinischen Stahlwerke in Bonn und Präsident des Ringes deutscher Soldatenverbände
W. v. Wietersheim	Generalleutnant	Leiter der Bonner Vertretung der DEMAG
Günter Winkelmann	Oberleutnant	Direktor bei Rhestahl AG, Vorstandsmitglied der Veba
Helmut Witte	Korvettenkapitän	Personalchef der DEMAG

Tabelle 3

*Bundeswehroffiziere in der deutschen Wirtschaft*

Name	Dienstgrad und Funktion in der Bundeswehr	Funktion in der Wirtschaft/Rüstungsfirma
Willy Antrup	Brigadegeneral (Lw), Kommandeur der Technischen Akademie der Luftwaffe	Technische Werke der Fa. Hellige & Co. (Litton)
Herbert Becker	Brigadegeneral (Lw), Überwachung deutscher Munitionsaufträge in Portugal	Rheinmetall
Hellmut Bertram	Brigadegeneral (Lw)	Engins Matra S. A., Frankreich
Wolfgang Falck	Oberst (Lw)	Bonner Vertreter der McDonnell Douglas Corp.
Kurt Fischer	Brigadegeneral (Lw) Inspizient der Flugkörperverbände und der Luftverteidigung	Hispano-Suiza
Joachim Freyer	Generalmajor (Heer), Versorgungschef im Truppenamt	Industrie-Werke Saar GmbH
Kurt Gieser	Brigadegeneral	BASF automation, Heidelberg
Lothar v. Heinemann	Generalmajor	Bonner Vertreter der Deutschen Philips
August Hentz	Generalmajor (Lw), Kommandeur der 2. Luftwaffen-Division	Bonner Vertreter der Boeing Corp.
Hellmuth Mäder	Generalleutnant (Heer), Chef des Truppenamtes	Bell Aerospace Corp. und Rheinmetall
Hans Meckel	Kapitän zur See, Leiter der Unterabteilung für Schiffe und Flugzeuge im Führungsstab der Marine	Technischer Berater der Marine-technik Planungsgesellschaft (MTG)
Heinrich Moog	Oberst (Lw), im Beschaffungswesen des Verteidigungsministeriums	VFW-Fokker
Werner Panitzki	Generalleutnant, Inspekteur der Luftwaffe	Vorsitzender des Beirates der Europavia-Deutschland GmbH (Vertretung der Sud-Aviation)
Friedrich Schlichting	Generalmajor, Stellv. Inspekteur der Luftwaffe	Messerschmitt-Bölkow-Blohm
H. Specht	Oberstleutnant (Heer), Leiter der Gruppe Luftfahrtgerät im Truppenamt	Dornier
Erich Topp	Konteradmiral, Stellv. Inspekteur der Marine	Deutsche Werft AG
Henning Wilcke	Generalmajor (Lw), Befehlshaber im Wehrbereich II, Hannover	Dornier

auf die Luftfahrtindustrie wird außerdem die große Bedeutung dieser Branche für die Rüstungsindustrie sichtbar. Für die Zahl der mittleren Offizierdienstgrade in der Industrie gibt es wenig Anhaltspunkte. Die Aufnahmefähigkeit der Industrie für diesen Personenkreis scheint wegen der im allgemeinen unzureichenden Ausbildung und fehlenden Spezialisierung recht begrenzt zu sein.

#### *Offiziere in der Politik*

Es ist nicht verwunderlich, daß ehemalige Berufsoffiziere unter den politischen und psychologischen Bedingungen in der Zeit nach der Kapitulation keine hohen politischen Ämter erreichen konnten<sup>157</sup>). Mehrere ehemalige Berufsoffiziere konnten in der Beamtenhierarchie obere Plätze besetzen. Zu ihnen gehört der ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Carl Günther von Hase, heute Botschafter in London; er war bei Kriegsende Major im Generalstab.

In den Bundestag ist eine größere Zahl von ehemaligen Berufssoldaten eingezogen. Der Generalstabsoffizieranwärter Herbert Schneider, heute Präsident des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie und CDU-MdB, war Fraktionsvorsitzender der Deutschen Partei. Dem 6. Deutschen Bundestag gehören sechs aktive Soldaten an<sup>158</sup>). Sie haben keinen über die Ausschubarbeit hinausgehenden politischen Einfluß im Parlament.

Einigen Obersten der Bundeswehr ist es gelungen, im politisch-administrativen Bereich Einfluß zu gewinnen. So war der Oberst Gerd Stamp Leiter des Kanzlerbüros unter Kiesinger. Oberst Hellmuth Roth wurde, nachdem er mehrere Jahre militärischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion war, Botschafter und Abrüstungsbeauftragter der Bundesregierung. Sein Vorgänger bei der SPD-Fraktion, General Friedrich Beermann, wurde Bundestagsabgeordneter.

Zur Beantwortung der Frage nach einer in der Zukunft denkbaren stärkeren Beeinflussung der Politik durch die Generalität wären deren Denk- und Handlungskategorien sowie der Grad der Homogenität der Bundeswehroffi-

ziere darzustellen. Hier können nur einige relevante Aspekte erwähnt werden.

Häufig wird unterstellt, die Generale der Bundeswehr hätten allesamt nach dem Zweiten Weltkrieg eine zivile Tätigkeit ausgeübt. Dadurch seien zwei Welten miteinander in Berührung geraten, was „ohne Frage die Militärs verändern mußte“<sup>159</sup>). Tatsächlich hat ein großer Teil der ersten führenden Generale diese zivile Welt nicht oder nur kurz kennengelernt<sup>160</sup>). In der Historical Division des Oberkommandos des Heeres der USA in Europa wurde 1946 eine mehrere hundert deutsche Generale und Generalstabsoffiziere umfassende Gruppe gebildet. Unter der Leitung von Generaloberst Halder hatte diese Gruppe den Auftrag, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu erforschen. Ihr entstammen fast alle obersten Generale der ersten Inspektursgeneration der Bundeswehr. Die wichtigsten sind die Generale Heusinger (Generalinspekteur 1957—1961), Speidel (Befehlshaber der Landstreitkräfte Europa Mitte 1957—1963), Müller-Hillebrand (Stellvertreter des Chefs des Stabes des NATO-Hauptquartiers in Europa 1961—1966), Kammhuber (Inspekteur der Luftwaffe 1957—1962), Büchs (Stellvertreter Generalinspekteur 1967—1971) sowie Vizeadmiral Ruge (Inspekteur der Marine 1957—1961). Die späteren Generale Ferber, Moll und Guderian erlebten nach 1945 in der Organisation Gehlen die gradlinige Fortsetzung ihrer militärischen Karriere<sup>161</sup>). Lange bevor mit der Einsetzung des Generals Graf von Schwerin im August 1950 die Wiederbewaffnung zum Gegenstand öffentlicher Diskussion wurde, haben diese Offiziere an der westdeutschen Aufrüstungskonzeption gearbeitet. Im Büro Schwerin und dann im Amt Blank haben sie sich bis zur Aufstellung der Bundeswehr mit militärischen Problemen beschäftigt.

Bemerkenswert ist die auch hier zu registrierende Bereitwilligkeit der Generale, unmittelbar nach einem erbittert geführten Krieg und einer totalen Niederlage für einen westlichen Siegerstaat zu arbeiten, der sie pauschal als Kriegsverbrecher angeklagt hat. Sicher war die Tätigkeit in der Historical Division häufig eine Alternative zum eintönigen

<sup>157</sup>) Der ehemalige FDP-Bundesvorsitzende und Minister Erich Mende, in der Wehrmacht Major, ist die bekannteste Ausnahme.

<sup>158</sup>) Detaillierte Angaben über die Zahl der Soldaten, die Mandatsträger sind, im Jahresbericht 1970 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Ziff. 2.6.

<sup>159</sup>) Dahrendorf, a. a. O., S. 282.

<sup>160</sup>) Daneben gibt es eine Gruppe von russischen Spätheimkehrern, die von der ununterbrochenen Kette Wehrmacht — Kriegsgefangenschaft — Bundeswehr geprägt sind.

<sup>161</sup>) Vgl. Der Spiegel 16/1971, S. 134.

Lagerleben, trotzdem ist das Verhalten dieser Generale nur aus der traditionellen Subordination des deutschen Militärs unter jedwede politische Führung zu begreifen.

Mit einem anderen Erfahrungshintergrund stießen diejenigen ehemaligen Offiziere zur Bundeswehr, die zuvor einer zivilen Tätigkeit nachgegangen waren. Aber auch sie bildeten keine geschlossene Gruppe, was bei der Verschiedenwertigkeit ihrer Zivilarbeit und der Unterschiedlichkeit der Motivation für die Reaktivierung nicht überraschen kann. Durch das Studium, das zahlreiche ehemalige Offiziere trotz der anfänglichen Erschwernisse absolvierten, trat eine zusätzliche Differenzierung ein.

Die schon dadurch verursachte Heterogenität der militärischen Elite wird infolge teilstreitkraft- und generationsbedingter Differenzen noch vergrößert. Nicht zuletzt haben Zweifel am Auftrag der Bundeswehr und die offensichtlich zahlreichen betriebsinternen Friktionen zu einem stark reduzierten Selbstbewußtsein geführt, was die effektive Repräsentation militärischer Interessen gegenüber der politischen Führung sehr erschwert. Die Tatsache, daß Generale Gewerkschaftsmitglieder sind, während andere vom Verteidigungsminister „reaktionäre Typen“<sup>162)</sup> genannt werden, ist markanter Ausdruck der politischen Disparität der Bundeswehroffiziere. Eine weitere Ursache für das mangelnde Selbstbewußtsein des westdeutschen Militärs liegt in der unzulänglichen Ausbildung der Offiziere im allgemeinen und der Generalstabsoffiziere im besonderen. Das zivilen Leistungskategorien tendenziell zuwiderlaufende Kooptationsprinzip für den Generalstabsnachwuchs sowie Ziel und Niveau der Ausbildung an der Führungsakademie<sup>163)</sup> bewirken, daß Offiziere mit dem derzeit vermittelten Bildungsniveau im allgemeinen weder für die zivile Ministerialbürokratie noch für das Industriemanagement und erst recht nicht für die Wissenschaft äquivalent befähigte Partner sein können.

Die amtlichen Publikationen der Bundeswehr und die privaten Veröffentlichungen von Offizieren, mit denen das Militär selbst öffentliche Meinung produzieren könnte, entsprechen dem

<sup>162)</sup> Helmut Schmidt, in: *Tatsachen und Argumente*, (Hrsg.: Vorstand der SPD), Nr. 286, S. 11.

<sup>163)</sup> Eine kritische Durchsicht von veröffentlichten und nichtveröffentlichten Arbeiten, die an der Führungsakademie geschrieben und teilweise ausgezeichnet wurden sowie zahlreiche Gespräche mit Absolventen, Lehrgangsteilnehmern und Lehrern der Akademie bestätigen dies.

allgemeinen, durch die Bundestagsparteien abgedeckten Meinungsspektrum. Die institutionelle und personelle Anpassungsfähigkeit des Militärs an eine veränderte politische Führung hat sich als groß erwiesen. Das Militär in der Bundesrepublik pendelt zwischen den Resten eines ständisch-homogenen Elitebewußtseins und dem Bekenntnis zur zweckrationalen Haltung nach den Maßstäben der industriellen Leistungsgesellschaft<sup>164)</sup>.

### *Bundesnachrichtendienst*

Die amtliche Stelle in der Bundesrepublik Deutschland zur Beschaffung und Auswertung geheimer Auslandsnachrichten, der Bundesnachrichtendienst, wurde von Soldaten aufgebaut und wird auch heute noch von Soldaten geführt. Der BND ist aus der OKH-Abteilung Fremde Heere Ost hervorgegangen, deren personeller Kern kurz nach der Kapitulation von der amerikanischen Besatzungsmacht zur Erkundung des osteuropäischen Militärpotentials eingesetzt wurde. General Reinhard Gehlen leitete den Dienst unter den drei Auftraggebern von 1942 bis 1968.

Sein Schüler und Nachfolger ist der Bundeswehrgeneral Gerhard Wessel, der im Amt Blank die Grundlagen für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr erarbeitet hat und diesen rein militärischen Dienst sieben Jahre führte. Rund ein Drittel der ca. 5500 hauptamtlichen Mitarbeiter des BND sind Soldaten; unter ihnen dürften sich zehn Generale und rund 50 Oberste befinden<sup>165)</sup>. Militärs halten einen Großteil der politisch relevanten Positionen besetzt.

Obwohl das Aktionsfeld des BND das Ausland ist, wurde in der Bundesrepublik ein dichtes Netz mit über 100 Dienststellen aufgebaut. In Behörden und Verbänden arbeiten so viele Vertrauensleute, daß der BND fast in jeden politischen und gesellschaftlichen Sektor der Bundesrepublik einwirken kann.

Die Möglichkeiten des BND, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, können kaum unterschätzt werden. Der Dienst unterstützt Auslandskorrespondenten von deutschen Tageszeitungen, subventioniert Zeitschriften, Informationsdienste und Dokumentationszentren, fördert politische Bildungseinrichtungen und

<sup>164)</sup> Vgl. Helmut Große, *Die Bundeswehr in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 4/70, S. 22.

<sup>165)</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt die erste beachtenswerte Arbeit über den BND von Hermann Zolling und Heinz Höhne, in: *Der Spiegel* 11/1971 ff.

ermöglicht in Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen selbst die Produktion von Fernsehfilmen, ohne daß er nach außen und oft auch nicht gegenüber den Informationsträgern in Erscheinung tritt. Damit kann unter entsprechenden Voraussetzungen eine Bundesregierung — oder aber bei fehlender Kontrolle der Bundesnachrichtendienst selbst — nicht nur politische Strömungen begünstigen, sondern es können auch nicht überprüfbare gezielte Informationen durch einen scheinbaren Prozeß pluralistischer Berichterstattung und Kommentierung zu glaubhaften Orientierungswerten hochstilisiert werden. Bei der Bedeutung des BND als dem mit Abstand größten westeuropäischen Geheimdienst für die militärische Aufklärungsarbeit der NATO könnte bei internationalen Krisen oder bei Phasen eines beschleunigten Wettrüstens die Informationspolitik des Pullacher Apparates ein entscheidendes innenpolitisches und internationales Gewicht bekommen.

#### *Soldatenverbände*

Die besondere Lage der Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg hat zur Gründung von mitgliederstarken Notgemeinschaften geführt. Ziel dieser Vereinigungen waren sozial- und versorgungsrechtliche Fragen, außerdem kümmerte man sich um die Kriegsgefangenen und Vermißten. Erst mit der Gründung des Schutzbundes ehemaliger Deutscher Soldaten und dann des Verbandes deutscher Soldaten (VdS) entstanden die Soldatenverbände, die allerdings keine — selbst in der Frage der Wiederbewaffnung — politische Geschlossenheit erzielten<sup>166)</sup>.

Heute leiden die Verbände, wie auch die Gesellschaft für Wehrkunde, an Überalterung ihrer Mitgliedschaft. Im Vergleich zu den frühen fünfziger Jahren, in denen zu einem Verbandstreffen der Bundestagspräsident, der Vizekanzler und mehrere Minister erschienen, ist heute die politische und gesellschaftliche Bedeutung der Soldatenverbände so gering, daß darüber hinweggesehen werden kann.

Da es den Verbänden auch nicht gelungen war, sich als eine Interessenorganisation der Reservisten der Bundeswehr zu formieren, wurde auf Veranlassung des Bundesverteidigungs-

ministeriums 1960 der „Verband der Reservisten der Bundeswehr e. V.“ gegründet. Doch auch diese Vereinigung war bei dem Versuch, die über 1,5 Millionen ausgebildeten Reservisten der Bundeswehr zu erfassen, wenig erfolgreich. Obwohl eine eigene Reservisten-Betreuungsorganisation der Bundeswehr den Verband unterstützt und aus Etatmitteln jährlich über eine Million DM beigesteuert werden, ist sowohl die regionale Ausstrahlung der Reservistenorganisation als auch die politische Bedeutung des Bundesverbandes auffallend gering<sup>167)</sup>. Seine Mitgliederzahl liegt bei etwa 36 000; das Verbandsorgan „loyal“ wirkt in die Truppe und in die wehrpolitisch interessierte Öffentlichkeit hinein.

Der einzige politisch relevante Soldatenverband in der Bundesrepublik ist der Bundeswehrverband, dem rund 80 Prozent aller Berufs- und Zeitsoldaten angehören. Der Verband vertritt mit quasi gewerkschaftlicher Legitimation besonders die sozialen Interessen der Soldaten gegenüber Regierung, Bundestag und Öffentlichkeit<sup>168)</sup>. Die faktische Monopolstellung des Bundeswehrverbandes und die Mitgliedschaft von Angehörigen des Verteidigungsausschusses haben dem Verband einen großen Einfluß gegeben, der im Laufe der Zeit über den Sektor der Besoldung und Fürsorge hinausreichen könnte<sup>169)</sup>.

#### *Zusammenfassung*

Neben den historischen Determinanten ist die Tatsache, daß nicht die Bundeswehr, sondern die USA und die NATO die Sicherheit der Bundesrepublik garantieren, für die politische Rolle der westdeutschen Streitkräfte von entscheidender Bedeutung. Der damit verbundene Prestige- und Machtverlust wird durch die Funktionen deutscher Generale in der militärischen Organisation der NATO nicht ausgeglichen.

Der Personalmangel in der Bundeswehr und zahlreiche Friktionen, auch eine Folge des Wi-

<sup>167)</sup> Präsident des Reservistenverbandes ist z. Z. der Leiter des Bonner ZDF-Studios, Rudolf Woller, der mit seinem Buch „Der unwahrscheinliche Krieg“, Bonn 1970, die Diskussion über die Verteidigungskonzeption der Bundeswehr beeinflusst hat.

<sup>168)</sup> Siehe dazu Dietmar Schössler, Militär und Gewerkschaften, Berufsproblematik und Interessenartikulation der westdeutschen Berufssoldaten, in: Beiträge zur Militärsoziologie, a. a. O., S. 136—156.

<sup>169)</sup> Im Vergleich zur Stärke und Stellung des Bundeswehrverbandes mit seinen 140 000 Mitgliedern ist die Fachgruppe Soldaten in der Gewerkschaft OTV mit rund 6 000 Mitgliedern von geringer Bedeutung.

<sup>166)</sup> Zur Entstehung der Soldatenverbände siehe Krafft Frhr. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, in: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Erste Folge, Witten und Berlin 1965, S. 96—177.

derspruchs von traditionellen Führungsprinzipien und modernen technischen Funktionen, haben zu einer „übertriebenen Sensitivität“<sup>170)</sup> geführt. Die nahezu totale Integration in die NATO, verbunden mit den Rüstungsbeschränkungen gemäß Protokoll III des revidierten Brüsseler Vertrages (WEU), haben verschiedentlich zu einer Geisteshaltung des Militärs geführt, in der es sich eher einer imaginären atlantischen Großmacht verpflichtet fühlt als der Regierung und Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland<sup>171)</sup>.

Das politische Gewicht des Militärs in der Bundesrepublik ist geringer, als dies Größe und wirtschaftliche Bedeutung der Streitkräfte vermuten lassen. Es bestehen jedoch für das Militär hinreichende Möglichkeiten, über institutionelle und personelle Verflechtungen mit anderen gesellschaftlichen Sektoren öffentlich und parlamentarisch nicht kontrollierbar politischen Einfluß auszuüben.

## 6. Bundestag

Der Bundestag hat nach dem Grundgesetz die Möglichkeit, auf mehrfache Weise das Militär zu kontrollieren, als auch die Pflicht, verteidigungspolitische Entscheidungen zu fällen. Im Haushaltsplan wird der finanzielle Rahmen bis zu den Einzelpositionen, zum Beispiel der Munitionsbeschaffung, festgelegt. Selbstverständlich ist dabei das Parlament nicht in der Lage, die militärische Notwendigkeit dieser Ansätze zu prüfen; allenfalls der Vergleich zu den Ausgaben der Vorjahre gibt ihm einen Maßstab. Der Einfluß des Haushaltsausschusses beschränkt sich auf Umschichtungen in einer Größenordnung von 200 bis 300 Millionen DM<sup>172)</sup>. Ausgabenkürzungen nimmt, wie im Frühjahr 1965 und Herbst 1967, das Kabinett vor.

Nach den Aussagen eines Mitgliedes des Verteidigungsausschusses hat sich dieses Gremium weniger als Kontrolleur denn als Helfer der Bundeswehr erwiesen<sup>173)</sup>. Die Arbeit wird so

<sup>170)</sup> Helmut Schmidt, in: *Tatsachen und Argumente*, a. a. O., S. 10.

<sup>171)</sup> Nach eigenen Beobachtungen des Verfassers bei Übungen in NATO-Stäben.

<sup>172)</sup> Vgl. Heribert Schatz, *Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß, Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag*, Meisenheim 1970, S. 163 f.

<sup>173)</sup> Egon Klepsch, *Der Verteidigungsausschuß — Helfer der Bundeswehr, Gedanken zur Arbeit des Verteidigungsausschusses nach dem ersten Jahr der 5. Legislaturperiode*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, 17. Jg., 1/1970, S. 11.

stark von Untersuchungsaufgaben beherrscht, daß für die planerische Initiative wenig Zeit bleibt. Auch nach der Aufbauphase der Streitkräfte ist der Verteidigungsausschuß ein „Bundeswehrausschuß“ geblieben, der sich den sozialen Fragen der Soldaten mit besonderer Intensität widmet.

Die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik werden entscheidend von Bündnisverpflichtungen bestimmt. Dadurch wäre das Parlament in seinem Recht der Budgetkontrolle auch dann außerordentlich eingeschränkt, wenn die Ausschüsse personell und instrumental besser qualifiziert wären. Für den Teil der Verteidigungsausgaben, der in den gemeinsamen NATO-Haushalt fließt, ist die Kontrolle durch den Bundestag faktisch vollkommen aufgehoben. Dem Parlament bleibt zusammen mit dem Bundesrechnungshof für einen Großteil des Verteidigungsetats lediglich eine Leistungskontrolle; die politische Kontrolle ist minimal.

Für eine effektive Kontrolle der komplexen Militäradministration bedürften die Mitglieder des Verteidigungsausschusses neben einem leistungsfähigen Apparat einer militärischen und technischen Kompetenz, wie sie in kritischer Distanz zu den militärischen und rüstungswirtschaftlichen Interessen gar nicht zu erreichen ist<sup>174)</sup>.

Die Zusammensetzung des Verteidigungsausschusses des 6. Deutschen Bundestages zeigt folgendes Bild: Von den 29 ordentlichen Mitgliedern sind vier Soldaten (je zwei von CDU und SPD)<sup>175)</sup> und sechs Reserveoffiziere. Weitere zwei sind oder waren mit der Bundeswehr beruflich verbunden. Drei weitere Mitglieder waren Berufssoldaten in der Wehrmacht, und schließlich war einer von 1967 bis 1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Damit sind mindestens 16 der 29 Mitglieder des von dem CSU-Abgeordneten Zimmermann geleiteten Verteidigungsausschusses so mit dem Militär verbunden, daß sie sich im Konfliktfall von politischen und militärischen Interessen mit großer Wahrscheinlichkeit tendenziell auf die Seite des Militärs stellen werden.

<sup>174)</sup> Ein häufig im Verteidigungsausschuß erscheinender Offizier aus dem BMVg sagte, es sei unerheblich, wenn man dauernd vor dem Ausschuß erscheinen müsse, um Informationen zu geben, die dann doch nicht verstanden würden. Nach Schatz, a. a. O., S. 114.

<sup>175)</sup> Oberstleutnant a. D. Krall (FDP) ist seit Januar 1971 stellvertretendes Mitglied.



Die Rüstungsindustrie ist bei den ordentlichen Ausschußmitgliedern nicht erkennbar vertreten<sup>176)</sup>.

In keinem Gesetz und keiner Geschäftsordnung ist die Mitwirkung des Verteidigungsausschusses bei der militärischen Beschaffung geregelt. Es ist eine gewohnheitsrechtliche Übung, daß der Verteidigungsausschuß „bei allen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung oder von beträchtlichem Umfang“<sup>177)</sup> vom Verteidigungsministerium eingeschaltet wird, kurz bevor die Beschaffungsverträge unterzeichnet werden. Der Verteidigungsausschuß hat kein Vetorecht; die Entscheidung bleibt letztlich beim Verteidigungsminister bzw. der Regierung. Die Abgeordneten sehen sich häufig vor Entscheidungen gestellt, für die ihnen weder Fachkenntnisse noch Informationen in erforderlichem Umfang zur Verfügung stehen. Die Beschaffungsprojekte werden „zur Kenntnis genommen“<sup>178)</sup>, wodurch das Verteidigungsministerium die Verantwortung an den Verteidigungsausschuß abgetreten hat, ohne an Entscheidungskompetenz viel zu verlieren.

Die Position des Verteidigungsausschusses ist auch deshalb bei den Beschaffungsentscheidungen nicht stark, weil die Etatmittel vom Haushaltsausschuß genehmigt sind, bei deren Festlegung der Verteidigungsausschuß nur gutachterlich und nicht mitberatend beteiligt

ist. Der Haushaltsausschuß hat außerdem eine wichtige Stellung in Rüstungsfragen, da ein Großteil der Titel des Einzelplans 14 mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehen ist, wonach Zuschüsse, Darlehen und Bürgschaften der Zustimmung des Haushaltsausschusses bedürfen, nicht etwa der des Verteidigungsausschusses.

Kennzeichnend für die Rolle des Verteidigungsausschusses bei den Beschaffungsentscheidungen<sup>179)</sup> dürfte folgendes Beispiel sein: Für die Modernisierung der beiden „Pershing“-Raketen-Geschwader der Luftwaffe wurde dem Ausschuß die Beschaffungsvorlage mit dem ausdrücklichen Hinweis zugeleitet, daß sich das Projekt um 50 Millionen DM verteuern würde, wenn die Parlamentarier nicht innerhalb von zwei Tagen zustimmten<sup>180)</sup>. Bereits einen Tag später war die Entscheidung für das Projekt im Wert 525 Millionen DM gefallen.

Generell ist eine geringe Bedeutung des Parlaments im verteidigungspolitischen Sektor und besonders im Beschaffungswesen festzustellen. Die Position des Bundestages als einer gegenüber der Exekutive unabhängigen Gewalt ist in diesen Bereichen wohl noch schwächer als allgemein im parlamentarischen Regierungssystem; auch deshalb weil die jeweilige Opposition die ihr von der Verfassung gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten nie genutzt hat.

### III. Schlußbemerkungen

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland die zahlenmäßig stärkste Armee in Westeuropa unterhält und in einem geographischen Brennpunkt des west-östlichen Spannungsbereichs liegt, ist das eingangs skizzierte Phänomen eines militärisch-industriellen Komplexes in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit nicht nachzuweisen. Weder das gesamte politische System noch die Subsysteme werden von relevanten Militarisierungstendenzen beeinflusst.

Eine Rüstungsindustrie von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung gibt es nur in Ansätzen. Die Rüstungsforschung hat keine Abhängigkeiten der Universitäten von militärischen Projekten verursacht. Das Militär ist vornehmlich mit sich selbst beschäftigt und besitzt einen mäßigen politischen Einfluß<sup>181)</sup>. Schließlich sind im Parlament keine starken politischen Kräfte aus-

<sup>176)</sup> Die Nominierung der Abgeordneten Pohle (CSU) und Schneider (CDU) als stellvertretende Mitglieder hat Kritik ausgelöst. Vgl. Die Zeit v. 20. 3. 1970, S. 44.

<sup>177)</sup> Rupert Schick, Zur Stellung des Verteidigungsausschusses, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 18. Jg., Heft 1/1968, S. 21.

<sup>178)</sup> Beispiele im Weißbuch 1970, S. 196.

<sup>179)</sup> Siehe dazu auch die im März 1971 nur vom Bundesverteidigungsminister gefällte Entscheidung zum Kauf des Düsenjägers Phantom.

<sup>180)</sup> Nach Aussage des FDP-Abgeordneten Jung, 14. Meldung der Nachrichtenagentur UPI v. 12. 12. 1968, zitiert nach Kahn, a. a. O., S. 143.

<sup>181)</sup> Das schließt einzelne politische Aktionen, zum Beispiel im Bereich der Psychologischen Verteidigung, nicht aus. Hierfür verfügbare Haushaltsmittel im Jahre 1969: 2,6 Millionen DM.

zumachen, die über allgemeine Industrieinteressen hinaus Rüstungsbelange mit besonderem Nachdruck zur Geltung bringen.

Es gibt keine parallelen oder identischen, gesellschaftlichen und politischen Interessen, die so stark wären, daß sie die Rüstungsausgaben in die Höhe treiben könnten. Die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland sinken seit mehreren Jahren relativ zu den Gesamtausgaben des Staates und werden in den nächsten Jahren auch real nicht erhöht werden. Die Formierungen rüstungsinteressierter Kräfte in der Bundesrepublik sind — gemessen am Erfolg ihres Einflusses — mit die schwächsten Interessengruppen.

Indes konnte die Existenz mehrerer notwendiger Bedingungen für die Entstehung eines technologischen Militarismus nachgewiesen werden: Der Bedarf der Streitkräfte an hochwertigen Rüstungsgütern ist groß; die Elemente des militärisch-industriellen Komplexes sind zumindest in Ansätzen vorhanden; die Kommunikation zwischen den Machteliten von Wirtschaft, Militär und Politik besteht. Außerdem würde der systemspezifische, allgemein konstatierte, im Vergleich zu gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen mächtige Einfluß der Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß die Bildung einer Allianz von Militär, Rüstungsindustrie und anderen Kräften begünstigen.

Daß es trotzdem in der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes kam, ist auf die folgenden drei Primärursachen zurückzuführen:

1. Die Bundesrepublik stellt nur einen Teil der auf ihrem Territorium erforderlichen konventionellen Truppen. Die übrigen zur Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts in Mitteleuropa nötigen Verbände werden von Partnerstaaten der NATO stationiert. Als Gegenleistung kauft die Bundesrepublik von diesen Ländern Waffen in beträchtlichem Umfang. Dadurch wird die Rüstungspolitik von außenpolitischen und bündnispolitischen Fragen überlagert, d. h. unter anderem, die Beschaffungsentscheidungen werden häufig dem innenpolitischen Kräftespiel entzogen und die Ausweitung der nationalen Rüstungsindustrie stark gehemmt.
2. Die Bundesregierung hat darauf verzichtet, den Waffenexport in dem Maße zum Instrument der Außenpolitik zu machen, wie

das Frankreich oder Großbritannien getan haben. Art und Umfang der deutschen Waffenlieferungen und der militärischen Ausbildungshilfen haben weder die Bedeutung der Rüstungsindustrie noch die des Militärs vergrößert.

3. Die Wehrverfassung der Bundesrepublik ist stark von zivilen und bürokratischen Normen bestimmt. Außerdem sind die Entscheidungskompetenzen weitgehend im Verteidigungsministerium konzentriert, wo die militärischen Stäbe auf die mit Hilfe ministerieller Verwaltungsmethoden erarbeiteten Entscheidungen nur geringen Einfluß haben. Diese Bedingungen haben zwar möglichen Tendenzen zur Verselbständigung des Militärs entgegengewirkt, andererseits aber nicht unwesentlich die militärische Effizienz der Streitkräfte beeinträchtigt.

Die praxeologische Folgerung ist evident: In dem Maße, wie diese drei Faktoren reduziert werden, wächst die Möglichkeit, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein militärisch-industrieller Komplex von systemveränderndem Gewicht entsteht.

Der erste Faktor, die Bündnisverflechtung der Bundesrepublik, ist eine Funktion der internationalen Verhältnisse im allgemeinen und der Stärke der amerikanischen Truppen auf europäischem Boden im besonderen. Ein Abkommen über eine beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung würde die Bundesrepublik bei einem weiteren Abzug von Verbänden der USA aus Europa von dem Zwang befreien, durch eigene Aufrüstung das Gleichgewicht zu erhalten. Kommt es nicht zu einem Abrüstungsabkommen, würde der Abzug amerikanischer Truppen zu einer Stärkung mehrerer Elemente des militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik führen. Der damit wahrscheinlich verbundene Anstieg der Inlandsbeschaffung würde zu einer beachtlichen Vergrößerung der Tiefenrüstung führen, wodurch auch dann mit einer Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte zu rechnen wäre, wenn dies von der jeweiligen Bundesregierung nicht gewünscht werden würde. Um so kräftiger wären die Impulse für die Herausbildung eines militärisch-industriellen Komplexes, wenn der Rüstungsexport ein Instrument der deutschen Außenpolitik werden sollte.

Während die beiden ersten Faktoren nicht oder nur teilweise von der deutschen Regierung beeinflußt werden können, steht der

dritte Faktor, die Wehrverfassung, nahezu ganz der jeweiligen Regierung und Bundestagsmehrheit zur Disposition.

Um die „Führung, Verwaltung und Planung der Bundeswehr von Ballast zu befreien, zu modernisieren und auf diese Weise die Wirksamkeit der für Verteidigungszwecke eingesetzten Mittel zu erhöhen“<sup>182)</sup>, hat die Bundesregierung seit der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Helmut Schmidt im Jahre 1969 Maßnahmen ergriffen, die diesem Ziel wahrscheinlich förderlich sind, teilweise aber auch an Symptome des military industrial complex in den USA erinnern.

Ein Novum ist die Berufung des Vorstandsvorsitzenden der Thyssen-Röhrenwerke AG, Ernst Wolf Mommsen, in das Verteidigungsministerium, wo er im Range eines Staatssekretärs für Rüstungsangelegenheiten zuständig ist. Mommsen ist kein Beamter; seine Firma zahlt seine Bezüge voll weiter. Durch diese Personalentscheidung wurde das Verteidigungsministerium nicht nur für das industrielle Management, sondern auch für industrielle Interessen weiter geöffnet als je zuvor, zumal auf Betreiben von Staatssekretär Mommsen ein Beraterkreis von Rüstungsindustriellen institutionalisiert wurde.

Zweifellos wird dadurch die traditionelle, zumindest formal bestehende Trennung von Wirtschaft und Ministerialbürokratie durchlöchert. Dies erscheint grundsätzlich bedenklich, auch wenn durch die Integrität des Stelleninhabers und der starken politischen Führung des Verteidigungsministeriums heute keine akute Gefahr für die politische und öffentliche Kontrolle der Beschaffungspolitik bestehen mag.

In diesem Zusammenhang sind die in jüngster Zeit intensivierten offiziellen Kontakte zwischen dem oberen und mittleren Industrie-management und den Verbänden der Streitkräfte interessant. Offensichtlich handelt es sich um die Vorbereitung eines „Blutaus-tausches“ (Helmut Schmidt) zwischen Wirt-

schaft und Bundeswehr. Die Luftwaffenführung will in der Nähe von Bonn ein „Haus der Luftwaffe“ errichten, das zu einer Begnungsstätte von Luftwaffe und Luftfahrtindustrie werden soll. Im Zuge der Neuordnung des Rüstungsbereiches werden die militärischen Führungsstäbe einen größeren Einfluß erhalten und „die Verantwortung des Durchführungsbereiches durch konsequente Delegation wird vergrößert“<sup>183)</sup> werden. Auch diese Maßnahmen können dazu führen, daß die traditionellen Barrieren zwischen Militär, Ministerialbürokratie und Industrie beseitigt oder umgangen werden.

Demokratische Sicherungsmechanismen gegen Machtmißbrauch wirken unter dem Aspekt der Effizienz stets wie Ballast. Reformen in dem für den gesamten Staat so bedeutenden militärischen Sektor bedürfen permanenter Überprüfung, ob sie nicht über das unvermeidliche Maß hinaus dem Prinzip der demokratischen Kontrolle zuwiderlaufen<sup>184)</sup>.

Aus dem waffentechnologischen Wettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion ist längst ein technologischer Krieg<sup>185)</sup> geworden, bei dem nicht mehr die Zerstörung, sondern die Veralterung der gegnerischen Waffensysteme angestrebt wird. Dieser Krieg absorbiert in steigendem Maße die ökonomischen Ressourcen eines Landes und macht denjenigen zum Verlierer, dessen System unter der Last der Rüstung als erstes zusammenbricht. Das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt, wie schwach eine westliche Demokratie werden kann, wenn die Verteidigung zur Sache unkontrollierter Kräfte wird.

<sup>183)</sup> Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Rahmenerlaß und Bericht der Organisationskommission des BMVg zur Neuordnung des Rüstungsbereiches, Bonn 1971, S. 101 u. 135.

<sup>184)</sup> Selbst unter dem Aspekt der Kostenwirksamkeit ist beispielsweise die Forderung, bei der Rüstungsbeschaffung Parallelentwicklungen zu vermeiden, nicht zwingend, wenn das Verteidigungsministerium Gefahr läuft, von einem kaum kontrollierbaren Monopolisten abhängig zu werden.

<sup>185)</sup> Siehe dazu die im Sommer 1971 in den USA erscheinende Arbeit von S. T. Possony und J. E. Pournelle, *The Strategy of Technology, Winning the Decisive War*.

<sup>182)</sup> Weißbuch 1970, S. 170.

# Militärhilfe als Problem deutscher Außenpolitik

Die Diskussion über die deutsche Beteiligung an dem Cabora-Bassa-Projekt sowie einige weitere Ereignisse in jüngster Zeit haben die Frage nach dem Nutzen von Militärhilfe aufgeworfen. Die gegenwärtige Regierung hat zwar dem Militärhilfe-Pferd so stark die Zügel angezogen, daß es kaum noch durchgehen kann; aber sie läßt es weiter auf dem Rüstungsparcours reiten. Es mag daher angebracht sein, der Frage nachzugehen, ob und inwieweit eine solche deutsche Hilfe politisch sinnvoll ist oder ob und wann sie im Gegensatz zu fundamentalen Zielen deutscher Politik steht.

Als Militärhilfe werden hier diejenigen Leistungen bezeichnet, welche die Zurverfü-

gungstellung von Waffen und Gerät sowie von militärischer Ausbildung im Rahmen von Regierungsverträgen an andere Staaten vorsehen. Im Hinblick auf die Militärhilfe der Bundesrepublik ist es zweckmäßig, im einzelnen zu unterscheiden zwischen

- NATO-Verteidigungshilfe,
- Ausrüstungshilfe und darauf bezogener Ausbildungshilfe sowie
- militärischer Ausbildungshilfe.

Kommerzielle Rüstungsexporte werden nicht zur Militärhilfe gezählt, gleichgültig, ob es sich nun um Verkäufe von militärischem Gerät aus deutscher Produktion oder um ausgesondertes Bundeswehrmaterial handelt.

## I. NATO-Verteidigungshilfe

Die NATO-Verteidigungshilfe wird gemäß Art. 3 des NATO-Vertrages geleistet. Ihr Ziel ist die Stärkung des Bündnisses durch wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Verbündeten, insbesondere der wirtschaftlich weniger entwickelten wie Griechenland und die Türkei. Der Anlaß für die NATO-Verteidigungshilfe der BRD war das amerikanische Bemühen, die Europäer zur Übernahme größerer Lasten im Rahmen des Bündnisses zu gewinnen und den eigenen Etat sowie die Zahlungsbilanz zu entlasten. Es fand seinen Niederschlag in einer Empfehlung des NATO-Rates vom 15. Dezember 1962, in der die Mitglieder aufgefordert wurden, Maßnahmen zu ergreifen, die „eine gerechte Aufteilung der gemeinsamen Verteidigungslast ... gewährleisten“. Auf der Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 31. Mai und 1. Juni 1965 wurden erneut die „Verteidigungsprobleme Griechenlands und der Türkei im Lichte ihrer wirtschaftlichen Lage“ erörtert und an die

Mitglieder, insbesondere an die Bundesrepublik, appelliert, diese beiden Länder zu unterstützen.

Den größten Anteil an der NATO-Verteidigungshilfe erhielt bislang die Türkei. Von 1964 bis 1970 wurden zwischen Bonn und Ankara sechs Abkommen mit einem Gesamtvolumen von 400 Mio DM geschlossen. Davon sind fünf Tranchen im Wert von 300 Mio DM bis Ende 1970 abgewickelt worden. Die Lieferungen bestanden etwa zur Hälfte aus Überschußmaterial der Bundeswehr — Jagdbombern, Transportflugzeugen, Kampfpanzern, Geschützen, Kraftfahrzeugen und Fernmeldegerät sowie diversen Ersatzteilen — und aus neuem Gerät deutscher Fertigung — Schnellbooten, Verbindungsflugzeugen, Panzerabwehrraketen und Munition. Ab etwa 1967 wurden auch Industrieanlagen, Lizenzen und technisches know-how zur Fertigung von Waffen und Munition in die Verteidigungshilfe aufgenommen.

Mit Griechenland wurden drei Abkommen über insgesamt 101,3 Mio DM abgeschlossen. Die Hilfe war ähnlich strukturiert wie jene an die Türkei; sogenanntes „weiches“ Gerät — ein Schwimmdock, Kühlwaggons, Kraftfahrzeuge aller Art sowie Fernmelde- und Sanitätsgerät überwog, aber es wurden auch

Als Ergänzung zu diesem Beitrag sei auf die 1971 im Bertelsmann-Universitätsverlag, Düsseldorf, veröffentlichte Studie der Verfasserin: „Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD“ hingewiesen. Sie enthält ausführliches statistisches Material und Quellenangaben zu dem hier behandelten Thema.

Jagdbomber, Aufklärer, Schnellboote, Handfeuerwaffen und Munition geliefert. Nach dem Militärputsch im April 1967 wurden die laufenden Vereinbarungen noch erfüllt, die Lieferung von Waffen jedoch ausgesetzt. In einem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. April 1968 wurde die Bundesregierung aufgefordert, keine bilaterale Hilfe mehr an Griechenland zu leisten, solange dort die demokratischen Verhältnisse nicht wiederhergestellt seien.

Portugal erhielt keine NATO-Verteidigungshilfe. Die Regierung in Lissabon erwarb jedoch größere Mengen von Überschußmaterial aus Beständen der Bundeswehr, vor allem Kampf- und Transportflugzeuge. Die deutsche Industrie lieferte Rüstungsmaterial im Wert von etwa 350 Mio DM (LKWs, Geländefahrzeuge und Schiffe). Es ist wahrscheinlich, daß ein Teil dieser Lieferungen mit den Zahlungen verrechnet wurde, die die Bundesregierung für die Benutzung des Luftstützpunktes Beja leistet. Auch wurden an die portugiesische Industrie Rüstungsaufträge im Werte von 350 Mio DM vergeben. Dafür wurde vor allem Munition bezogen und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Da die Bundesrepublik in der westlichen Allianz den Garanten ihrer Sicherheit sieht, ergibt sich für sie mit Notwendigkeit die Verpflichtung zur Unterstützung der Verbündeten. Die sicherheitspolitische Zielsetzung der NATO-Verteidigungshilfe ist daher im Parlament und in der Öffentlichkeit bislang nicht in Frage gestellt worden. Dennoch hat sich in der Vergangenheit eine Reihe von Problemen ergeben. Während des Zypernkonflikts im Jahre 1965 sah sich die Bundesregierung in

eine Situation gebracht, in der sie beide Seiten mit militärischer Hilfe unterstützen mußte. Sie reagierte darauf, indem sie der Lieferung von zivilen Gütern den Vorrang gab und das Volumen drastisch reduzierte. Der Militärputsch in Griechenland stellte die Bundesregierung dann vor das Dilemma, zwischen der Verfolgung sicherheitspolitischer Interessen und demokratischer sowie rechtsstaatlicher Grundsätze abwägen zu müssen. Bisher hat sie sich nicht zu einer klaren Entscheidung durchgerungen, wie sie hier die Prioritäten ihrer Politik setzt. Sie hält einerseits am Beschluß des Bundestages von 1968 fest, kein neues Abkommen mit Griechenland abzuschließen, bis das Land zur Demokratie zurückgekehrt ist; andererseits kann das Regime der Obristen in der Bundesrepublik weiterhin Rüstungsmaterial und ausgesondertes Bundeswehrgerät kaufen.

Die Lieferungen an Portugal sind vor allem deshalb problematisch, da Portugal in Afrika einen Kolonialkrieg führt und ein Teil seiner Streitkräfte dort einheimische Befreiungsbewegungen bekämpft. So wurden einige der von der Bundesrepublik gelieferten Flugzeuge und Schiffe in den Kolonien eingesetzt, obwohl die Bundesrepublik alle ihre Lieferungen an Portugal mit der Auflage versieht, daß die Waffen nur im NATO-Gebiet verwandt werden dürfen. Wenn sich auch viele der vom Angola-Komitee behaupteten oder vermuteten Lieferungen deutscher Waffensysteme an Portugal und ihr anschließender Einsatz in Afrika nicht verifizieren lassen bzw. widerlegt werden können, so impliziert doch jegliche militärische Hilfe an Portugal die indirekte Unterstützung des von Lissabon geführten Kolonialkrieges.

## II. Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe

Die von der Bundesrepublik gewährte Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe durchlief hinsichtlich ihrer Zielsetzung und ihrer Ausgestaltung drei Phasen, die sich wie folgt charakterisieren lassen:

- eine militärische Phase,
- eine Polizeiphase und
- eine Infrastruktur- oder Pionierphase.

Die deutsche militärische Hilfe setzte ein zu Beginn der sechziger Jahre; zu einer Zeit also, als eine große Zahl ehemaliger Kolonien

in Afrika die Unabhängigkeit errang. Der Kalte Krieg dauerte an, und die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der jungen Staaten wurde von verantwortlichen Politikern in Ost und West als eine Möglichkeit angesehen, Einfluß zu nehmen auf die Gesellschaftsordnung und die außenpolitische Orientierung dieser Staaten. Diese Einflußnahme mochte sich darauf beschränken, den Völkern Afrikas und Asiens zu innerer Konsolidierung, einer funktionsfähigen Regierung und Schutz vor äußerer Bedrohung zu verhelfen, damit sie in der Lage wären, selbst ihren

platz in der Völkergemeinschaft zu bestimmen. Viele Politiker, wie z. B. der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer, sahen aber in dieser Hilfe ein Korrelat zu der Verteidigungsbereitschaft des Westens gegen eine kommunistische Aggression, eine Aktion gegen den internationalen Kommunismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Für die Bundesrepublik stand dabei das Ziel im Vordergrund, sich politische Einflußzonen gegenüber der DDR zu sichern.

Im Laufe der Jahre wurden die ideologischen Beweggründe abgebaut; weitgehend begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß jede Hilfe vorrangig auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung des betreffenden Landes abzielen müsse. Auf die Lieferung von Waffen und militärischem Großgerät wurde verzichtet, statt dessen wurden solche Projekte gefördert, die zur inneren Stabilisierung der Empfängerländer und zur Verbesserung ihrer Nachrichten- und Verkehrsinfrastruktur beitragen. Die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe rückte damit in die Nähe der verschiedenen Formen der Entwicklungshilfe.

Die deutsche militärische Hilfe ist jedoch zu keiner Zeit Entwicklungshilfe im engeren Sinne gewesen. Sie hat den Prozeß der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Empfängerländern sicher in gleichem Maße gefördert — durch Stärkung integrierender oder systemstabilisierender Faktoren und durch die Vermittlung von technischen Fertigkeiten — wie behindert — durch die Festigung militärischer und politischer Strukturen. Bei der Vergabe von Ausrüstungshilfe dominierten politische Überlegungen. Neben der deutschlandpolitischen Motivation waren es vor allem sicherheitspolitische Gesichtspunkte. Ebenso wie die NATO-Hilfe wurde auch sie z. T. unter dem Aspekt des „burden sharing“, der Entlastung der westlichen Vormacht USA, gesehen. Die jungen Staaten sollten in die Lage versetzt werden, mit eigenen Mitteln für ihre Sicherheit zu sorgen.

Auch wirtschaftliche Gesichtspunkte sprachen für eine derartige Hilfe der Bundesrepublik. Etwa zwei Drittel der Militärhilfe kommt in Form von Aufträgen der deutschen Industrie zugute, das restliche Drittel besteht aus ausgemustertem Bundeswehrgerät. Die Erfahrung zeigt ferner, daß Hilfeempfänger in der Folge verstärkt Rüstungsaufträge an deutsche Firmen geben. Eine Reihe von Programmen waren auch so angelegt, daß alle Kosten für

Waffen und Gerät von dem Empfängerland getragen werden sollten, während die BRD die Ausbildungskosten übernahm.

Ein Sonderfall ist die umfangreiche Hilfe an Israel, die im Zusammenhang mit den deutschen Wiedergutmachungsleistungen an den jüdischen Staat gesehen werden muß. Das Abkommen geht auf eine vertrauliche Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Ben Gurion vom März 1960 zurück. Einzelheiten wurden dann 1962, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Auswirkungen des Eichmann-Prozesses, zwischen den damaligen Verteidigungsministern, Strauß und Peres, vereinbart. Moralisch-politische Beweggründe dominierten dabei über die reale Einschätzung der politischen Situation im Mittleren Osten.

Ausrüstungs- und darauf bezogene Ausbildungshilfe erhielten zwischen 1962 und 1970 18 Länder in Afrika und Asien sowie Israel. Dafür wurden etwa 440 Mio DM aufgewandt. Das erste Abkommen dieser Art wurde Ende 1961 mit dem Sudan abgeschlossen, der etwa ein Viertel des Gesamtbetrages erhielt. Die Mittel wurden für den Aufbau einer motorisierten Grenzschutztruppe und die Modernisierung eines Luftstützpunktes verwandt. Geliefert wurden vor allem Panzerspähwagen, Kraftfahrzeuge aller Art, Pioniergerät und einige kleinere Flugzeuge sowie Waffen und Munition; etwa 200 Soldaten und Techniker wurden in der Bundesrepublik ausgebildet. In Nigeria und Tansania sollte die Luftwaffe von deutscher Seite ausgerüstet und ausgebildet werden. Nach Tansania, wo außerdem ein Küstenschutz aufgebaut werden sollte, wurden bis zur Einstellung des Programms Anfang 1965 einige Schulflugzeuge und Küstenschutzboote, ein Luftwaffenwerkstattzug sowie Handfeuerwaffen und Munition geliefert. Für das nigerianische Programm war keine feste Größenordnung vereinbart worden; es war vorgesehen, daß Nigeria alle Lieferungen — zunächst vor allem Schul- und Verbindungsflugzeuge, Noratlas-Transporter sowie eine Luftwerftausrüstung — selbst bezahlen sollte. Die Bundesrepublik übernahm die Kosten der Ausbildung von etwa 550 Technikern und Piloten in Deutschland und entsandte eine aus 32 Offizieren und Unteroffizieren bestehende Beratergruppe nach Nigeria, dessen Chef zeitweilig Kommandeur der nigerianischen Luftwaffe war.

Bei allen drei Projekten ergaben sich politische Probleme, die schließlich zu einer Ein-

stellung der deutschen Hilfe führten. Das sudanesisches Programm wurde abgebrochen, als Khartum im Gefolge der Krise in den deutsch-arabischen Beziehung 1965 die Beziehungen zu Bonn abbrach. In diesem Zusammenhang sollte vielleicht darauf hingewiesen werden, daß nicht das Militärhilfeabkommen mit Israel, sondern die deutsche Reaktion auf die Ankündigung eines offiziellen Besuches Ulbrichts in Kairo die Ursache der deutsch-arabischen Spannungen war. Aber das Abkommen trug zu ihrer Verschärfung bei, und seine Aufdeckung wurde zum Pressionsinstrument der arabischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik. Auch die Einstellung der Hilfe an Tansania lag in der deutschlandpolitischen Konzeption der damaligen Bundesregierung begründet. In Übereinstimmung mit der Hallstein-Doktrin betrachtete Bonn die Errichtung eines Generalkonsulates der DDR in Daresalam als einen unfreundlichen Akt. Die Schwierigkeiten in Nigeria waren anderer Art; hier galt es vor allem eine Verwicklung in den nigerianischen Bürgerkrieg zu vermeiden.

Nach dem Militärputsch im Januar 1966 reduzierte die Bundesrepublik ihre Beratergruppe und vereinbarte eine Modifizierung des Abkommens von 1963. Wenige Tage vor dem offenen Ausbruch des Biafra-Konflikts wurden die letzten Berater abgezogen und die zwei gelieferten Transportmaschinen zurückgekauft.

Nachdem in einer Reihe von Fällen die Problematik der Militärhilfe sichtbar geworden war, überlegte man, ob die Bundesrepublik in Zukunft völlig auf militärische Lieferungen an Staaten außerhalb der NATO verzichten sollte. Die SPD-Opposition brachte einen entsprechenden Antrag im Bundestag ein. Die Regierung Erhard entschied sich ihrerseits dafür, Waffenlieferungen nur dann zuzugestehen, wenn es sich bei dem Empfängerland nicht um ein Spannungsgebiet handele. Auch sollten in Zukunft weniger rein militärische Vorhaben gefördert werden, als vielmehr solche Maßnahmen, die zur inneren Stabilisierung der Entwicklungsländer beitragen würden. In dieser zweiten Phase deutscher Militärhilfe übernahm Bonn nun die Aufstellung und Ausrüstung von Polizeistreitkräften in Somalia, Äthiopien und Niger. Die deutschen Lieferungen bestanden vor allem aus Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuginstandsetzungseinrichtungen, Fernmeldegerät und Feldzeugmaterial. Waffen und Munition wurden nicht geliefert.

Die von der Bundesrepublik aufgebauten Polizeitruppen haben in diesen Ländern eine äh-

nliche Funktion wie der Bundesgrenzschutz; in Anbetracht der zahlreichen umstrittenen Grenzen in Afrika sollen sie jedoch nicht nur Grenzverletzungen verhindern, sondern können auch zur Untermauerung eigener Gebietsansprüche benutzt werden. Ebenfalls werden sie im Inneren bei Unruhen und zur Niederschlagung von Aufstandsversuchen eingesetzt. Die deutsche Hilfe für Äthiopien wird beispielsweise dadurch belastet, daß die — sichtbar — mit deutschem Gerät ausgerüstete Polizei in den letzten Jahren mehrfach brutal gegen demonstrierende Schüler und Studenten durchgegriffen hat. Auch ist es wahrscheinlich, daß die Grenztruppe in den Kämpfen mit der Eritreischen Befreiungsfront eingesetzt worden ist. Besonders problematisch dürfte jedoch sein, daß Somalia und Äthiopien — übrigens auch Somalia und Kenia, ein weiterer deutscher Hilfeempfänger —, seit mehreren Jahren mit wechselnder Intensität einen Grenzkrieg führen, in dem auf beiden Seiten auch die mit deutscher Hilfe ausgebildeten und mit deutschem Material ausgerüsteten Polizeistreitkräfte zum Einsatz kommen.

Die als Reaktion auf diese Ereignisse folgende „Infrastruktur- oder Pionierphase“ deutscher Militärhilfe geht zurück auf eine Empfehlung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. März 1968, in der es heißt: „Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe soll in erster Linie dem Aufbau einer gesunden Infrastruktur in den Empfängerländern dienen, die auch zivilen Bedürfnissen entgegenkommt.“ Geliefert wurden jetzt vor allem Pionier- und Straßenbaugerät, Kraftfahrzeuge aller Art, Transport- und Verbindungsflugzeuge sowie Fernmeldematerial. Als Modell diente das — allerdings schon Mitte der sechziger Jahre begonnene — Programm für Guinea. In Guinea waren mit Mitteln der Ausrüstungshilfe verschiedene Militärfabriken errichtet und dafür Fachkräfte angelernet worden. Ferner übernahm die Bundeswehr die Aufstellung eines Pionierkorps. Etwa 300 Pioniere wurden in der Bundesrepublik ausgebildet, die dann unter Anleitung deutscher Berater und mit von der Bundesrepublik gelieferten Baumaschinen und -geräten in Guinea Straßen und Brücken bauten. Die Hilfe an Guinea, das — nach dem Sonderfall Sudan — den größten Anteil der nach Afrika vergebenen Militärhilfe erhalten hatte, wurde Ende Dezember 1970 abrupt unterbrochen, als Staatschef Sekou Touré die deutschen Helfer mit der Beschuldigung, sie hätten einen wenig zuvor von Portugiesisch-Guinea aus unternommenen Inva-

sionsversuch unterstützt, des Landes verwies. Die Ausrüstungshilfe an den Tschad wirft dagegen die Frage auf, ob es politisch sinnvoll ist, eine Regierung zu unterstützen, deren Streitkräfte in Kämpfe mit Aufständischen im Norden des Landes verwickelt sind und in dem die Ausweitung zu einem Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen werden kann.

In mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich ist das 1966 abgeschlossene und 1969 verlängerte Abkommen mit dem Iran. Der Iran ist — abgesehen von den NATO-Verbündeten und Israel — der einzige nichtafrikanische Staat, der substantielle deutsche militärische Hilfe erhielt. Er ist ferner auch der einzige Staat, dem nach dem Beschluß der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern und bei der Gewährung von Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe mehr Zurückhaltung walten zu lassen, größere Mengen an Handfeuerwaffen und Munition überlassen worden waren. Für diese Lieferungen und für den Bau einer Waffen- und Munitionsfabrik stellte die Bundesrepublik insgesamt 40 Mio DM zur Verfügung. Etwa der gleiche Betrag wurde auch von Teheran aufgebracht. Der Iran ist ferner eines der wenigen Länder, bei dem militärische Ausrüstungshilfe, Technische Hilfe und kommerzielle Exporte eng miteinander verzahnt sind.

Für die Gewährung von Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe gelten eine Reihe von Einschränkungen. Auf den Grundsatz, keine Waf-

fen in Spannungsgebiete zu liefern, ist bereits hingewiesen worden. Auch ergreift die Bundesregierung nicht von sich aus die Initiative, um einem Staat Hilfe anzubieten, sondern liefert nur, was von dem betreffenden Land selbst gewünscht wird. Jedes Projekt wird von den verantwortlichen Referaten im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium unter außenpolitischen, wirtschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten geprüft. Detaillierte Vergabekriterien sind niemals festgelegt worden, doch gehen die zuständigen Stellen davon aus, daß die wirtschaftliche und politische Situation des Empfängerlandes stabil sein und daß es der Politik der Bundesrepublik positiv gegenüberstehen sollte. Ferner wurde in der Regel darauf geachtet, daß militärische und Entwicklungshilfe in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, ebenso zu den Leistungen an die Nachbarländer. Die weitestreichende Beschränkung ist zweifellos, daß sowohl der Auswärtige Ausschuß als auch der Haushaltsausschuß des Bundestages jedem Abkommen zustimmen müssen. Eine entsprechende Bestimmung wurde 1966 auf Initiative der SPD in das Haushaltsgesetz aufgenommen. 1968 ersuchte der Bundestag darüber hinaus die Bundesregierung, den Auswärtigen Ausschuß bereits vor der Aufnahme verbindlicher Verhandlungen zu konsultieren. Damit ist für die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe — ebenso wie für die NATO-Verteidigungshilfe — die Möglichkeit einer politischen Kontrolle gegeben.

### III. Militärische Ausbildungshilfe

Unabhängig von der auf die Ausrüstungshilfe bezogenen Ausbildungshilfe führt die Bundeswehr noch ein weiteres Ausbildungsprogramm durch. Während im Rahmen der Ausrüstungshilfe eine Ausbildung nur erfolgt, „soweit sie für die fachgemäße Verwendung des Materials geboten ist“, umfaßt jenes andere Programm die Ausbildung von Truppen- und Generalstabsoffizieren sowie Offiziersanwärtern aus verbündeten und befreundeten Ländern. In einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums heißt es, das Ziel dieser Ausbildungshilfe sei es, „bei relativ geringem Kostenaufwand eine langfristige Wirkung zu erreichen. Es werden auf diese Weise Freunde gewon-

nen, die die deutschen Verhältnisse kennenlernen und verstehen.“

Bislang sind von der Bundeswehr im Rahmen dieses Programms etwas mehr als 1000 Soldaten und Offiziere aus ca. 25 Ländern in Westeuropa, Südamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Asien ausgebildet worden. Dafür stehen im Bundeshaushalt im Jahr etwa  $\frac{1}{2}$  —  $\frac{3}{4}$  Mio DM zur Verfügung; hinzu kommen einige Allgemeinkosten, die aus anderen Haushaltstiteln genommen werden. Einzelheiten, insbesondere die Nationalität der Teilnehmer und die besuchten Einrichtungen sowie die Dauer der Ausbildung, sind nur in wenigen Fällen be-



kannt. Das Verteidigungsministerium verweigert jede Auskunft mit der Begründung, mit den Entsendestaaten sei Vertraulichkeit vereinbart worden. Lediglich über die Ausbildungsprogramme für afrikanische Soldaten und Offiziere gelangten Details an die Öffentlichkeit. Bekannt wurde vor allem, daß die Luftwaffe Mitte der sechziger Jahre einige libysche Piloten und Techniker in der Bundesrepublik ausgebildet hatte. Auch Nigeria und Togo, Indonesien, Thailand und der Iran sowie neutrale Länder wie Schweden und Österreich, haben Kadetten und Offiziere zur Ausbildung in die Bundesrepublik geschickt. Unter besonders strenger Geheimhaltung lief das Israel-Programm. Es ist auch nicht festzustellen, ob die Ausbildung von Truppen- und technischen Offizieren ebenfalls 1965 mit der Einstellung der Militärhilfslieferungen abgebrochen wurde. Erstaunlich ist ferner, daß in den Jahren 1964 bis 1967, zu einem Zeitpunkt also, als das Verhältnis zwischen der Bundes-

republik und dem Sudan keineswegs mehr demjenigen „befreundeter Länder“ entsprach, 15 sudanesisische Offiziere eine nachrichtendienstliche Kurzausbildung bei der Bundeswehr bekamen.

Überblickt man die verschiedenen Ausbildungsprogramme, so dominiert bei denjenigen für außereuropäische Teilnehmer die technische Spezialausbildung. Die Schlußfolgerung liegt daher nahe, daß der Hauptwert der Ausbildungshilfe in der Vermittlung von technischem know-how liegt und diese damit direkt oder indirekt zu einer Hebung des Lebensstandards in den Heimatländern beiträgt. Spezialuntersuchungen kommen jedoch zu dem Ergebnis, daß infolge organisatorischer und methodischer Probleme die Vermittlung technischen Wissens nicht in dem Maße erfolgt, wie es die Zahl von schätzungsweise rund 2000 bis 2500 in der Bundesrepublik entsandten Soldaten aus Entwicklungsländern vermuten läßt.

#### IV. Umfang und Bedeutung der deutschen Militärhilfe

Um die Bedeutung der deutschen Militärhilfe zu ermessen, ist es nützlich, sie mit anderen Leistungen der Bundesrepublik gegenüber Entwicklungsländern zu vergleichen sowie sie in Relation zu stellen mit den Aufwendungen anderer westlicher Staaten.

In den zehn Jahren von 1961 bis 1970 wurde für die verschiedenen Militärhilfeprogramme eine knappe Milliarde DM aus Bundesmitteln aufgewandt, und zwar für

NATO-Verteidigungshilfe	368 Mio DM
Ausrüstungshilfe	440 Mio DM
Ausbildungshilfe	18 Mio DM
Entschädigung für eingestellte Militärhilfe an Israel	140 Mio DM
Insgesamt	<u>966 Mio DM</u>

Diese Berechnung stützt sich auf die Haushaltrechnung für die Jahre 1962 bis 1970. Sieht man einmal ab von den Lieferungen an Israel und einem kleineren Abkommen mit Kenia, das im Rahmen des deutsch-britischen Devisenausgleichs abgewickelt wurde, so ist es wenig wahrscheinlich, daß — wie vielfach behauptet wird — in den verschiedenen Bundeshaushalten größere verschleierte Beträge oder „Geheimtitel“ für Militärhilfe enthalten

sind. Angesichts des Aufsehens, das die Israel-Lieferungen auslösten, und der Kritik, die im Bundestag an der Vergabe der Militärhilfe geäußert wurde, wären derartige Beträge in den Bundeshaushalten der letzten Jahre sicher nicht der Aufmerksamkeit der Parlamentarier entgangen.

Durchschnittlich wurden für Militärhilfe in den Jahren 1961 bis 1970 97 Mio DM ausgegeben; das entspricht etwa 0,6 % des Verteidigungshaushaltes im Zehnjahresdurchschnitt. Ein Maximum erreichten die Aufwendungen für die Militärhilfe 1965 mit 165,4 Mio DM im ordentlichen und 140,0 Mio DM im außerordentlichen Haushalt. In den folgenden Jahren nahmen sie dann ständig ab, um sich gegenwärtig bei 93 Mio DM einzupendeln. Bei einem Verteidigungshaushalt von 20,35 Mrd DM (1970) machen sie 0,46 % der militärischen Ausgaben aus. Außerdem zeigt sich heute eine Umkehrung des Verhältnisses von NATO-Verteidigungshilfe und Ausrüstungshilfe für außereuropäische Staaten. Während in den ersten fünf Jahren die Leistungen für die Ausrüstungshilfe das Dreifache der Hilfe für die NATO-Verbündeten ausmachten, so geht seit 1967 nur noch ein Drittel der Gesamthilfe in den außereuropäischen Bereich.

Ein Vergleich der deutschen Militärhilfe mit derjenigen anderer westlicher Staaten stößt auf zahlreiche Schwierigkeiten, die auf die Unzulänglichkeit der veröffentlichten Daten zurückzuführen sind. Für die Jahre 1964 und 1966 ergeben sich folgende ungefähre Zahlen (in Mio DM):

	1964	1966
USA	4 000,0	5 880,0
Großbritannien	211,2	192,0
Frankreich	194,0	98,0
Bundesrepublik	151,5	108,9

Damit lag die deutsche Militärhilfe in ihrer Größenordnung unter — oder zwischen — der britischen und der französischen.

Für die Frage möglicher Abhängigkeiten ist von Interesse, in welchem Verhältnis die deutsche Militärhilfe zu den Verteidigungsaufwendungen der Empfänger steht. Sie entspricht im Durchschnitt 7 % der eigenen Verteidigungsausgaben. Bei zwei Dritteln aller Länder liegt sie unter diesem Mittel, bei zwei Ländern über 10 % und bei drei Ländern über 20 %. Am höchsten liegt der Anteil bei Togo: Gemessen an einem Verteidigungsetat von umgerechnet 16,2 Mio DM (für 1970 und 1971) macht die — bescheidene — deutsche Hilfe von 4 Mio DM fast 25 % des Etats aus. Sehr hoch war anteilmäßig auch die dem Sudan und Guinea gewährte Ausrüstungshilfe.

Des weiteren sollen die Leistungen der Bundesrepublik für Entwicklungshilfe mit denjenigen für Militärhilfe verglichen werden. Von 1962 bis 1968 wurden für Entwicklungshilfe (private und öffentliche Leistungen) 24 786 Mio DM und für Militärhilfe 785,5 Mio DM aufgewandt, das sind rund 3 %. Der Anteil der amerikanischen Militärhilfe an der gesamten Auslandshilfe betrug im gleichen Zeitraum 28,5 %. In den Jahren 1964, 1965 und 1966, als die deutsche Militärhilfe ein Maximum erreicht hatte, lag ihr Anteil bei 5,1 %, 9,5 % und 3,6 %; er sank in den letzten Jahren stetig und dürfte gegenwärtig bei etwa 1 % liegen. Ein anderes Bild erhält man jedoch, wenn man die Militärhilfe mit den Leistungen der öffentlichen Hand für Auslandshilfe, vor allem für bilaterale Technische Hilfe vergleicht. 1965 wurden für Technische Hilfe 703,4 Mio DM und für Militärhilfe 305,4 Mio DM aufgewandt; im folgenden Jahr waren es 450,9 Mio DM bzw. 108,9 Mio DM. Heute hat die zivile Hilfe aber wieder eindeutiger den Vor-

rang; weniger als 5 % der Mittel der öffentlichen Hand für Entwicklungshilfe gehen in die Militärhilfe. (1970: 2,2 Mrd. DM staatliche Entwicklungshilfe gegenüber 93,7 Mio DM für NATO-Verteidigungs- und Ausrüstungshilfe.)

Diese Angaben bedürfen jedoch der Relativierung. Ein Betrag von 30 oder 40 Mio DM wiegt nicht viel für die Bundesrepublik, seine Wirkung in einem Entwicklungsland mit niedrigem Bruttosozialprodukt ist ungleich größer. Dazu ist festzustellen, daß die Bundesregierung bemüht war und ist, die einem Land gewährte Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe in einem ausgewogenen Verhältnis zu der gewährten Entwicklungshilfe zu halten. So waren dem Ausrüstungshilfe-Abkommen mit Tansania (1963) in Höhe von 42,2 Mio DM Zusagen über Kapitalhilfe und Technische Hilfe in Höhe von 77 Mio DM vorausgegangen. Bis Ende 1968 hatte Äthiopien 65 Mio DM Technische Hilfe und 34 Mio DM Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe erhalten. In der Regel betrug die zivile Hilfe ein Vielfaches der militärischen. Eine Ausnahme bildete lediglich der Sudan, der etwa ebensoviel Zivil- wie Militärhilfe erhielt. Bei Indien, Tunesien, Jordanien und Marokko machte die Militärhilfe nur einen Bruchteil der Gesamthilfe aus. Bislang bekam kein Land Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe, das nicht auch Entwicklungshilfe empfing.

Während sich in der Militärhilfe eine rückläufige bzw. seit 1968 etwa gleichbleibende Tendenz abzeichnet, stiegen im gleichen Zeitraum jedoch die Rüstungsexporte der Bundesrepublik. Diese setzen sich zusammen aus Verkäufen von ausgesondertem Bundeswehrmaterial, von Waffen und Waffensystemen gemäß der Definition des Kriegswaffenkontrollgesetzes sowie von neuem Rüstungsmaterial ohne Waffen. Die Größenordnung dieser Exporte läßt sich nicht zuverlässig bestimmen, der Beobachter ist auf grobe Schätzungen angewiesen. In den Jahren 1965 bis 1970 betrug das Gesamtvolumen der deutschen Rüstungsexporte etwa 3,1 Mrd. DM, davon 227 Mio DM ausgesondertes Bundeswehrmaterial. Etwa 80 % der Lieferungen gingen an NATO-Staaten. Obwohl im Verhältnis zum Gesamtexport die Rüstungsexporte nur einen verschwindend kleinen Prozentsatz ausmachen — 0,4 bis 0,8 % —, haben sich an ihnen in der Vergangenheit eine Reihe politischer Konflikte entzündet, die eine Überprüfung der bisherigen Genehmigungspraxis ratsam erscheinen lassen.

## V. Politische Probleme der Militärhilfe

Die gegenwärtige Bundesregierung ist mit einem Programm der „Friedenspolitik“ angetreten. Sie versteht darunter den Ausgleich mit Osteuropa, die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Westeuropa und im nordatlantischen Raum sowie Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Die Glaubwürdigkeit dieser Friedenspolitik erfordert eine Überprüfung der Militärhilfe-Politik, da diese eine Reihe von Zielkonflikten für die Politik der Bundesrepublik aufwirft.

Eines der grundlegenden politischen Axiome der Bundesrepublik ist die Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis. Seine militärische und politische Stärke wird als die beste Garantie für die Sicherheit betrachtet. Die NATO-Verteidigungshilfe ist Ausdruck dieser Politik. Gleichzeitig bekennt sich die Bundesrepublik im Grundgesetz zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Zu einer Interessenkollision kommt es dann, wenn einer der NATO-Verbündeten, der von der Bundesrepublik Hilfe erheischt, diese Menschenrechte mißachtet. Das Regime der Obristen in Griechenland und das in einen Kolonialkrieg verwickelte Portugal sind, wie hier ausgeführt wurde, dafür Beispiele.

In der Diskussion zu diesem Thema wurde verschiedentlich der Versuch gemacht, bei Lieferungen in diese Länder zwischen offensiven und defensiven Waffen — zwischen solchen, die nur gegen einen äußeren Feind, und solchen, die auch im Innern eingesetzt werden können — zu unterscheiden. Doch was sind defensive oder nichtaggressive Waffen? Die Schul- und Transportmaschinen, die die Bundesrepublik im Rahmen der Militärhilfe liefert, eignen sich besser zum Einsatz im Dschungelkrieg als Überschallbomber. Die Verwendung von Trainern zum Kampfeinsatz im Biafra-Konflikt beweist dies. Doch selbst wenn eine derartige Unterscheidung auch theoretisch möglich ist, wäre sie problematisch. Gerade ein Militärregime bezieht aus der Stärkung des ihm zur Verfügung stehenden militärischen Potentials politische Macht — nach innen und nach außen.

Neben der Alternative, entweder den sicherheitspolitischen Gesichtspunkten Vorrang zu geben oder aber alle militärischen Lieferun-

gen an Griechenland einzustellen, bis das Land zur Demokratie zurückgekehrt ist, gibt es möglicherweise noch eine dritte Option. Sie besteht in dem völligen Verzicht auf nationale Militärhilfe und ihrer Multilateralisierung im Rahmen der Allianz. Diese könnte darin bestehen, daß im NATO-Rat über die Vergabe von Verteidigungshilfe unter militärischen und politischen Gesichtspunkten entschieden und die Leistungen über eine NATO-Behörde abgewickelt werden. Die Kosten würden sich auf alle beteiligten Staaten verteilen, ähnlich wie es bei dem Infrastrukturprogramm geschieht.

Eine derartige „Multilateralisierung“ der Verteidigungshilfe würde zweifellos nicht alle mit ihr verbundenen Probleme aus der Welt schaffen. Wahrscheinlich würden sich nicht alle Mitglieder der Allianz an einem derartigen Pool beteiligen. Gerade im Fall Griechenland gehen die Auffassungen, z. B. der USA und der skandinavischen Staaten, sehr weit auseinander; es wäre daher zu prüfen, ob mit der Übertragung der Verantwortung für die Militärhilfe an die NATO als Ganzes nicht neue Spannungen in die Allianz getragen würden. Andererseits könnten die Mitglieder eines Verteidigungshilfe-Pools stärkeren politischen Druck ausüben, als es ein einzelnes Land vermag. Natürlich würde es auch nicht im Interesse der Bundesrepublik liegen, zwar den „Schwarzen Peter“ an eine supranationale Behörde weiterzugeben, aber innerhalb dieser zu finanziellen Leistungen verpflichtet zu sein, ohne auf die Vergabe angemessen einwirken zu können.

Der Zielkonflikt der militärischen Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an die außereuropäischen Staaten ergibt sich aus ihrer dualistischen Zweckbestimmung. So soll sie einmal der Stärkung der bewaffneten Macht des Empfängerlandes und zur Festigung seiner äußeren und inneren Sicherheit dienen, zum anderen beim Aufbau einer gesunden Infrastruktur mithelfen, die auch zivilen Bedürfnissen entgegenkommt. Eine „zivile Militärhilfe“ — ist das nicht ein Widerspruch in sich? Betrachtet man die in den letzten Jahren mit afrikanischen Staaten abgeschlossenen Abkommen, so dominieren die Lieferungen von Kraftfahrzeugen, Fernmeldeanlagen, Straßenbau- und Pioniergerät sowie die Ausbildung von Technikern und Pionieren. Die Frage stellt sich daher, ob die Ausrüstungs- und Aus-

bildungshilfe nach dem Auslaufen der bisherigen Abkommen Ende 1971 eingestellt bzw. geeignete Programme in die Technische Hilfe einbezogen werden und sich ihre Vergabe an den für sie gültigen Kriterien orientieren sollte. Dadurch könnte nicht nur der zivile Charakter aller deutschen Hilfsprogramme herausgestellt werden, sondern die Vergabe könnte sich auch stärker am Gesamtentwicklungsplan des Empfängerlandes orientieren.

Zur Einstellung der Militärhilfe sollten die Bundesregierung sowohl die negativen Erfahrungen als auch die Erkenntnis veranlassen, daß sie ein stumpfes Instrument ist, um die Interessen der Bundesrepublik in der Dritten Welt wirksam zu fördern. Mitte der sechziger Jahre war bereits am Beispiel des Israel-Abkommens demonstriert worden, wie vorzüglich sich Rüstungslieferungen als Pressionsinstrument benutzen lassen. Auf der Konferenz der Staatschefs der OAU in Addis Abeba und der Konferenz der Blockfreien in Lusaka fand sich die Bundesrepublik im vergangenen Jahr erneut auf die Anklagebank gesetzt. Sie wurde — trotz mehrfacher Richtigstellung — beschuldigt, die Republik Südafrika militärisch unterstützt zu haben. Für die Verurteilung der Bundesrepublik stimmten dort gerade diejenigen Staaten, die umfangreiche Militärhilfe erhalten hatten, wie z. B. Äthiopien und Somalia. Und erst jüngst demonstrierte Guinea, das Paradeferd deutscher Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe, wie wenig es sich durch diese Hilfe zu einem „Wohlverhalten“ gegenüber dem Geberland verpflichtet fühlt.

Eines der Ziele deutscher Militärhilfe-Politik war die Sicherung innenpolitischer Stabilität in den jungen Staaten Afrikas. Die jüngste Geschichte dieses unruhigen Kontinents bietet zahlreiche Beispiele dafür, wie wenig eine starke Armee ein Garant für innere Stabilität ist. Die Lieferungen von militärischem Material haben im Gegenteil dazu beigetragen, regionale Rüstungswettläufe zu stimulieren, z. B. im Horn von Afrika. Die Bundesrepublik hat sich gegen den Vorwurf, ihre Politik trage zur Erhöhung der Konfliktgefahr bei, zu schützen versucht, indem sie keine Waffen in Spannungsgebiete liefert. Der Begriff „Spannungsgebiet“ ist jedoch sehr vage und sagt im Grunde wenig aus. Eines der größten Spannungsgebiete ist derzeit neben dem Nahen Osten und Südostasien der Mittelmeerraum — einschließlich der Südflanke der NATO. Und noch ein weiterer Gesichtspunkt ist hier

zu berücksichtigen: Wer sichert die Bundesrepublik davor, daß eine Region, die heute noch stabil scheint, nicht morgen schon zum akuten Spannungsgebiet wird? Nigeria war ein Beispiel dafür.

Bislang gibt es keine überzeugenden Beweise dafür, daß eine Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe den außenpolitischen und entwicklungspolitischen Zielen der Bundesrepublik besser dienen könnte als Entwicklungshilfe-Vorhaben. Nach einem Bericht des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums, der im Sommer 1969 dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages vorlag, sollen alle Empfänger erklärt haben, daß die Militärhilfe nicht durch andere Maßnahmen ersetzbar sei — wobei drei Länder ihr eine besondere Priorität zuerkannten, zwei aber eine solche verneinten. Als Begründung wurde genannt, daß diese Form der Hilfe im besonderen Maße die innere und äußere Sicherheit gewährleiste, die nationale Integration fördere und zur Verbesserung der Infrastruktur beitrage. In Bonn wird ferner darauf hingewiesen, daß der stets einsatzbereite Apparat der Bundeswehr eine schnelle und damit effektive Hilfe garantiere. Diese Gründe dürften jedoch weniger für die Militärhilfe als gegen die Art und Weise sprechen, wie bisher die Technische Hilfe durchgeführt wurde. Auch das des öfteren gebrauchte Argument, Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe sei „billiger Einfluß“, dürfte keine zureichende Begründung enthalten.

Wenig tauglich erweist sich auch eine Militärhilfe-Politik mit gesellschaftspolitischen Vorzeichen. In den ersten Jahren spielte bei der Vergabe der Mittel die Erwartung eine Rolle, daß durch die deutsche Hilfe privatkapitalistische Strukturen in der Dritten Welt gestärkt würden, während linke Kritiker heute in ihr ein Instrument des Neo-Imperialismus sehen. Die Tatsache, daß die deutsche Hilfe an Staaten mit sehr unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftssystemen wie z. B. Guinea und Äthiopien geht, widerlegt jedoch die Annahme einer einseitigen ideologischen Ausrichtung. Das Beispiel Guinea und Äthiopien demonstriert zugleich aber auch die Fragwürdigkeit von Bestrebungen, die sich die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit dem Instrument der Militärhilfe zum Ziel setzen. Zum Scheitern verurteilt wäre auch eine Politik, die auf die Herbeiführung gesellschaftspolitischer Veränderungen abzielte. Auf der anderen Seite ist die Militärhilfe gesellschaftspolitisch nicht neutral; sie hat die Ten-

denz zur Verfestigung bestehender Strukturen und damit zur Erschwerung sozialen Wandels.

Auf die Fragwürdigkeit der deutschlandpolitischen Zielsetzung braucht nicht mehr besonders hingewiesen zu werden; sie ist von der Bundesregierung bereits weitgehend aufgegeben worden. Die Vergabe von Ausrüstungshilfe wird nicht mehr davon abhängig gemacht, ob die Empfänger den Standpunkt der Bundesregierung in der deutschen Frage teilen. In den Vordergrund ist der Wunsch getreten, die Beziehungen zu den Entwicklungsländern freundschaftlich und kooperativ zu gestalten. Ihre gegenwärtige Rüstungspolitik hat der Bundesrepublik manchen Ärger und Verdächtigungen seitens der jungen Nationen eingebracht; eine Begrenzung auf den NATO-Bereich würde von ihnen jedoch nicht uneingeschränkt begrüßt werden. Besonders von den betroffenen Staaten würde der Vorwurf der Diskriminierung der Entwicklungsländer erhoben werden. Dieser Vorwurf verlöre nur dann an Überzeugungskraft, wenn alle freiwerdenden staatlichen und privaten Mittel ganz in der Entwicklungshilfe investiert würden.

Eine Beschränkung aller militärischen Lieferungen und Leistungen auf die NATO-Verbündeten trüge den Sicherheitsinteressen der Bundesregierung voll Rechnung. Gegen eine derartig restriktive Politik ist jedoch eingewandt worden, daß sie den außenpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik unnötig einenge. Zweifellos gibt es wirtschaftspolitische und rüstungspolitische Interessen, die für eine Fortführung oder sogar Intensivierung der Militärhilfe sprechen mögen. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß es der deutschen Politik nur in den wenigsten Fällen gelungen ist, Militärhilfe zur Unterstützung der Kernziele der deutschen Außenpolitik wirksam ein-

zusetzen. Sie war zum einen zu gering, um nachhaltige politische Wirkungen zu erzielen, andererseits zu umfangreich, um unbemerkt zu bleiben. So hat sie sich in der Vergangenheit als eine politische Belastung erwiesen.

Auch der Hinweis auf das Beispiel anderer Staaten ist kein Beweis für das Gegenteil. Die Vereinigten Staaten sind eine Weltmacht, ihre Rüstungspolitik hat notwendigerweise globale Dimensionen. Militärhilfe und Waffenexporte, ihre Vergabe und ihre Verweigerung dienen dazu, das militärische Gleichgewicht zu erhalten, Krisen unter Kontrolle zu bringen oder Konflikte auszutragen, militärische Verbündete und politische Partner zu gewinnen. Sie dienen in vielen Fällen als Ersatz für die Präsenz amerikanischer Truppen, sie sollen die amerikanische Zahlungsbilanz ausgleichen und sind ein Instrument politischer Einflußnahme. Auch für Frankreich und Großbritannien ist die Ausgangssituation anders. Beide haben traditionelle Verpflichtungen gegenüber vormals abhängigen Gebieten; in dem Maße, in dem sich diese auch rüstungspolitisch von den alten Metropolen lösen, suchen Paris und London mit Hilfe einer expansiven Rüstungspolitik ihren ehemaligen Großmachtstatus zu konservieren.

Im Gegensatz dazu ist die Bundesrepublik eine Macht mittlerer Größenordnung, sie verfolgt keine über Europa und den nordatlantischen Raum hinausgehende politische Interessen. Ihre Sicherheits- und Außenpolitik unterliegt aus historischen und geographischen Gründen einer Reihe von Beschränkungen. Es ist daher naheliegend, daß sich ihr unterschiedliches politisches Selbstverständnis auch in einer anderen Militärhilfe-Politik ausdrückt.